

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Mit traditionellen Ernährungspraktiken gut durch Corona gekommen

Eine kürzlich veröffentlichte Studie mit Ergebnissen aus sieben Ländern ergab, dass ländliche Gemeinschaften auf den Pazifikinseln, die ihre traditionellen Praktiken zur Lebensmittelerzeugung beibehalten haben, die Auswirkungen der Corona-Pandemie ganz gut überstanden haben.

„Vom Sago-Anbau in Papua-Neuguinea über den Gemeinschaftsgartenbau in Fidschi bis hin zu traditionellen Techniken zur Konservierung von Lebensmitteln in den Föderierten Staaten von Mikronesien haben die Gemeinden, die die alten Methoden beibehalten haben, besser abgeschnitten“, erklärte Teri Tuxson vom *Marine Area Network*, das die in der Fachzeitschrift *„Marine Policy“* veröffentlichte Studie koordinierte.

Zu den traditionellen Ernährungspraktiken gehört auch das Teilen von Lebensmitteln, d. h. die gemeinsame Nutzung von Lebensmitteln im Kreis der Verwandtschaft, aber auch mit allen Mitgliedern einer Gemeinschaft, denen es an Lebensmitteln mangelt, wie z. B. älteren Menschen, alleinstehenden Müttern, Witwen und Neuankömmlingen aus städtischen Gebieten, die noch keine Zeit zum Anbau von Obst und Gemüse hatten.

„Es war inspirierend zu sehen, dass pazifische Inselgemeinschaften, die auf Solidarität, Gegenseitigkeit und kollektiver Unterstützung beruhen, in diesen schwierigen Zeiten soziale Sicherheitsnetze bereitstellen“, sagte die Studienleiterin Dr. Caroline Ferguson von der *Stanford University*.

Nach Ansicht der Autor*innen liegen die Ergebnisse nahe, dass die Politik im Pazifikraum die nachhaltige lokale Lebensmittelproduktion und -praxis fördern sollte, um die

ländlichen Gemeinschaften im Umgang mit Katastrophen zu stärken.

Das *Locally Managed Marine Area Network* (LMMA), ein *Think tank* aus Regierungsvertretern, Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaftlern und Betroffenen, arbeitete bei der Durchführung der Studie mit Partnerorganisationen in Mikronesien, Fidschi, Papua-Neuguinea, den Salomonen, Tonga und Tuvalu zusammen. In Palau wurde die Studie der *Stanford University* in Zusammenarbeit mit der *Ebil Society* durchgeführt.

Die Erhebungen im Rahmen der Studie begannen in den ersten Monaten der COVID-19-Pandemie und wurden über ein Jahr hinweg in 199 Dörfern durchgeführt. Aufgrund der Corona-Reisebeschränkungen für die Wissenschaftler*innen wurde die Studie auch von lokalen Forscher*innen aus der Region durchgeführt, so dass mehrere indigene Autor*innen von den pazifischen Inseln an der Studie beteiligt waren.

„Aus den Ergebnissen und der Analyse dieser Schnellbewertung lassen sich wichtige Lehren für die Vorbereitung und die angemessene Reaktion auf die Vielfalt aktueller und künftiger regionaler Bedrohungen ziehen und es wird deutlich, wie wichtig es ist, nachhaltige, gerechte und widerstandsfähige lokale Praktiken anzuerkennen und zu unterstützen“, so Dr. Andrew Smith, stellvertretender Direktor der Abteilung für Küstentischerei bei der *Pacific Community SPC*.

Eine Zunahme des Fischereidrucks folgt in der Regel auf Ereignisse wie Wirbelstürme, bei denen häufig die Nahrungsmittelbestände zerstört werden. Bei COVID-19 stellte die Studie jedoch fest, dass sich die Menschen vor allem durch die Landwirtschaft anpassen, insbesondere in Gebieten, in denen die Arbeitslosigkeit gestiegen ist und die Menschen aus den Städten zugewandert sind.

Eine signifikante Zunahme der Fischerei wurde in der Studie nicht festgestellt. In einigen Gebieten

wurde trotz des Rückgangs des Tourismus und des Zugangs zu den Märkten ein Rückgang des Fischereidrucks festgestellt.

Die Studie ergab auch, dass in Gebieten, in denen die befragten Personen über Ernährungsunsicherheit berichteten, die Gemeinden häufig zu einer stärker auf Bargeld basierenden Wirtschaft übergegangen waren.

„Es besteht ein immenser Druck, den ländlichen Gebieten des Pazifiks wirtschaftliche Möglichkeiten zu bieten. Die wirtschaftliche Entwicklung muss jedoch in einem ausgewogenen Verhältnis zu anderen Vorteilen stehen, da die Aufrechterhaltung traditioneller Nahrungsmittelsysteme, die das soziale Sicherheitsnetz für die Gemeinschaften bilden, von großem Wert ist“, sagte Meeresbiologe Dr. Sanjeeta Mangubhai aus Fidschi.

Die Autor*innen fanden ebenso heraus, dass die traditionellen Systeme zwar in der Lage sind, künftige Schocks wie die Auswirkungen globaler Pandemien zu bewältigen, Naturkatastrophen jedoch eine ganz andere Herausforderung darstellen. Klimakatastrophen wie etwa Wirbelstürme haben das Potenzial, die gesamte Ernte zu zerstören und machen Unterstützung von außen erforderlich.

„Die Pazifikstaaten sollten eine übermäßige Abhängigkeit von Lebensmittelimporten vermeiden und gleichzeitig Maßnahmen ergreifen, um die Ernährungssicherheit nach Katastrophen zu gewährleisten, indem sie lokal erzeugte und konservierte Lebensmittel bei Bedarf durch importierte Lebensmittel ergänzen“, riet Tuxson.

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass die Erholung nach den Corona-Lockdowns eine Chance bietet, nachhaltigere, gerechtere und widerstandsfähigere Lebensmittel für die Zukunft aufzubauen.

Info: Die Studie wurde von der *David and Lucile Packard Foundation*, der Europäischen Union und

der schwedischen Regierung im Rahmen des *Pacific-European Union Marine Partnership-Programms* gefördert. Weiterhin beteiligten sich *Nature Conservancy*, *Micronesia Conservation Trust*, das *Emmett Interdisciplinary Program in Environment and Resources*, die *Flora Family Foundation SwedBio* und die australische Regierung.

Hier geht es zur Studie: <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0308597X220001X>

(Pressemitteilung SPC Media 27.01.22)

Pazifikstaaten fordern Vermeidung von Plastikmüll

Guam ist eines von acht Ländern und Territorien in Ozeanien, die eine „Pazifische regionale Erklärung zur Vermeidung von Meeresmüll und Plastikverschmutzung und deren Auswirkungen“ (Pacific Regional Declaration on the Prevention of Marine Litter and Plastic Pollution and its impacts) unterzeichnet haben. Die Erklärung wurde vom Präsidenten der Universität von Guam, Thomas W. Krise, als Vertreter Guams im Sekretariat des regionalen Umweltprogramms für den Pazifik (SPREP) unterschrieben.

Die Erklärung wird eine von den Regierungen Ruandas und Perus eingebrachte Resolution zur Plastikverschmutzung unterstützen, die ein globales und rechtsverbindliches Abkommen über den Lebenszyklus von Plastik fordert. Die Resolution wird auf der fünften Sitzung der *Umweltversammlung der Vereinten Nationen (UNEA)* vom 28. Februar bis 2. März in Nairobi (Kenia) vorgelegt. In der UNEA kommen Vertreter der 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen zusammen, um sich über politische Maßnahmen zur Bewältigung der dringendsten Umweltprobleme der Welt zu verständigen.

In der Erklärung heißt es: „Wir, die Vertreter der Menschen in der Pazifikregion und Verwalter des größten Ozeans der Welt [...] sind

zutiefst besorgt über die Auswirkungen der Verschmutzung durch Plastik und Mikroplastik auf unsere Region und sind der Meinung, dass das derzeitige Flickwerk an internationalen Rechtsinstrumenten nicht ausreicht, um die Beschleunigung dieser Auswirkungen zu verhindern.“

In dem Dokument wird festgestellt, dass die Entsorgung von Kunststoffprodukten am Ende ihrer Lebensdauer weltweit vernachlässigt wird, die Entwicklung von Kunststoffalternativen nicht ausreichend unterstützt wird und weiterhin schädliche Kunststoffe, insbesondere Einwegkunststoffe, produziert werden. Die Befürworter teilen die Sorge, dass sich die jährliche Produktion von 368 Millionen Tonnen Neuplastik bis zum Jahr 2040 verdoppeln wird, während nur 9% aller jemals produzierten Kunststoffe recycelt werden.

„Trotz einiger Fortschritte auf nationaler und regionaler Ebene erfordert die Krise der Meeresverschmutzung durch Abfälle und Kunststoffe eine engagierte und koordinierte globale und regionale Antwort mit der Unterstützung aller Staaten und anderer institutioneller globaler und regionaler Akteure“, heißt es in der Erklärung.

Guams Uni-Präsident Thomas Krise berichtete auf der 30. Tagung des Sekretariats des Regionalen Umweltprogramms für den Pazifik im September 2021 über die besonderen Herausforderungen und Bemühungen Guams in Bezug auf die Plastikverschmutzung.

„Entlang der Küsten von Guam resultiert die Verschmutzung der Meere hauptsächlich aus illegalen Müllablagerungen und Abfällen an Land. Obwohl es eine Mülldeponie und eine zuverlässige Müllabfuhr gibt, sind die Kosten für die Abfallentsorgung und das mangelnde Bewusstsein für die Auswirkungen der Verschmutzung die Hauptgründe für diese schädlichen Aktivitäten“, erläuterte Krise.

Info: Zu den weiteren Unterzeichnern der Erklärung gehören Frankreich, Australien, Neuseeland,

Samoa, die Salomonen, das Vereinigte Königreich sowie Wallis und Futuna.

(EurekAlert14.02.22, https://www.sprep.org/sites/default/files/documents/circulars/Cir21-113_SPREP%20Ministers%E2%80%99%20Highlevel%20Talanooa%202021%20Declaration%20on%20Plastics.pdf)

Pacific Islands Development Bank wird von Frau geführt

Der Aufsichtsrat der *Pacific Islands Development Bank (PIDB)* hat Lindsay Motil Timarong zur neuen Präsidentin und *Chief Executive Officer (CEO)* der regionalen Entwicklungsfinanzierungsinstitution gewählt. Lindsay Motil Timarong ist die erste Frau in dieser prestigeträchtigen Position. Mit ihrem Amt als Präsidentin der Bank wird sie auch Vorsitzende des Verwaltungsrats. Sie hat ihr Amt bereits am 1. Februar 2022 angetreten.

Ihre Wahl folgt auf das Ausscheiden des ehemaligen PIDB-Präsidenten und CEO Christopher A. Cruz. Frau Timarong war bereits seit 2019 Vize-Präsidentin der Bank. Sie hat mehr als 15 Jahre Erfahrung im Finanz- und Bankensektor, darunter mehr als ein Jahrzehnt als Senior Bank Examiner für die *Republic of Palau Financial Institutions Commission*. Vor ihrer Tätigkeit bei PIDB war sie Beraterin und Gründerin von *HeartKey Synergies*, einer Unternehmens- und Finanzberatungsfirma in Palau.

Timarong ist Vorsitzende des Kuratoriums des Treuhandfonds der Republik Palau für den *Compact of Free Association*. Sie wurde im Oktober 2015 vom ehemaligen Präsidenten von Palau, Tommy E. Remengesau, Jr. ernannt und 2021 vom derzeitigen Präsidenten, Surangel Whipps, Jr. im Amt bestätigt.

Info: Lindsay Timarong hat einen Master-Abschluss in Wirtschaftswissenschaften von der *University of Hawai'i* und einen Bachelor-Abschluss in Wirtschaftswissenschaften von der *Washington State University*. Sie ist in Palau ge-

boren und aufgewachsen und hat fünfzehn Jahre lang in den Vereinigten Staaten gelebt und gearbeitet, bevor sie in ihre Heimat zurückkehrte. Als sie ihre Stelle bei der PIDB antrat, zog sie nach Guam und wird auch weiterhin hauptsächlich dort arbeiten.

Die *Pacific Islands Development Bank* wurde am 5. Juli 1989 als regionales Entwicklungsfinanzierungsinstitut gegründet. Sie hat das Ziel, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Pazifikstaaten zu unterstützen. Zu den derzeitigen Mitgliedern bzw. Anteilseignern gehören die Regierungen der Nördlichen Marianen, die vier Bundesstaaten der Föderierten Staaten von Mikronesien, die Marshall-Inseln, die Republik Palau, Guam und die *Kwajalein Atoll Development Authority* als assoziiertes Mitglied.

Die PIDB bietet den Bürger*innen ihrer Mitgliedsländer Geschäfts-, Wohnungs- und Verbraucherkredite an. (*Island Times* 04.02.22, *Marshall Islands Journal* 11.02.22)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Grenzöffnung seit Mitte Februar

Am 16. Februar hat Papua-Neuguinea seine Grenzen wieder für doppelt geimpfte Reisende geöffnet. Damit enden zwei Jahre strenger Grenzsicherungen, die den melanesischen Staat praktisch von seinen Nachbarn abriegelten.

Der Pandemiebeauftragte des Landes, David Manning, erklärte, er habe die Vorschriften, die eine Einreisegenehmigung und eine obligatorische Quarantäne vorschreiben, zu Mitte Februar aufgehoben.

Die Vorschriften hatten die Produktion in einigen der größten Kupfer- und Goldminen des Landes behindert und zu diplomatischen Auseinandersetzungen geführt - vor allem mit Indien und China, die beschuldigt wurden, die Vorschriften zu umgehen, um ihre Minenarbeiter und Angestellten trotz der Grenzsicherung ins Land zu bringen.

Einige inländische Beschränkungen bleiben weiterbestehen, darunter die Pflicht zum Tragen von Masken auf den Wochenmärkten, in Geschäften, in öffentlichen Verkehrsmitteln und an religiösen Stätten sowie die Begrenzung von Versammlungen auf 100 Personen. Davon ausgenommen sind kirchliche Veranstaltungen, hier gibt es keine Personenobergrenze.

Die Krankenhäuser waren wiederholt überlastet, ein großes Sportzentrum musste in ein Feldlazarett umgewandelt werden, und es wurden Massenbestattungen genehmigt.

Info: Papua-Neuguinea hat offiziell 39.247 Covid-Fälle (Stand: 18. Februar) in einem Land mit knapp neun Millionen Einwohnern registriert. Corona-Tests und Rückver-

folgung sind jedoch minimal und die tatsächliche Zahl dürfte in die Millionen gehen. Nur vier Prozent der Bevölkerung sind bisher doppelt geimpft. (*Mitteilung des Pandemic Controller* 15.02.22, *ABC Australia* 15.02.22)

Marape verbucht Erfolge auf China-Reise

Premierminister James Marape war vom 9. bis 11. Februar in Peking (China). Die geplanten präsentischen Gesprächstermine mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping, Funktionären und Politikern konnten jedoch nicht stattfinden, da sich Marape wegen eines positiven PCR-Tests am Flughafen gleich in ein Quarantänehotel begeben musste. So wurden die Gespräche in den digitalen Raum verlegt. Trotz der widrigen Gesprächsumstände konnte der Premier etliche Einigungen mit der chinesischen Regierung erzielen. Es konnten mehrere Handelsprotokolle unterschrieben werden. Bei den unterzeichneten Abkommen handelt es sich u.a. um 1) das Protokoll über Inspektion, Quarantäne und veterinärhygienische Anforderungen für wildlebende Fischereierzeugnisse aus dem Meer und 2) das Protokoll über Quarantäne- und Hygieneanforderungen für essbare Wassertiere.

Laut des neuguineischen Fischereiministers Dr. Lino Tom war vor allem die Unterzeichnung des Handelsprotokolls für die Ausfuhr lebender Meeresprodukte auf den chinesischen Markt ein großer Erfolg. Er erklärte, dass das Protokoll über tote und/oder gefrorene Meeresprodukte bereits vor zwei Jahren unterzeichnet worden war und dass deshalb heute 78 einheimische Unternehmen direkten Zugang zum chinesischen Markt haben, ohne Zwischenhändler in anderen südostasiatischen Ländern einschalten zu müssen. Die einheimischen Unternehmen profitierten unmittelbar von den neuen Abkommen im Fischereisektor, erläuterte Minister Tom die Vorteile dieser Abkommen vor allem für kleine und mittelständische Fischereibetriebe. Minister Tom begrüßte auch Ma-

rapes Verhandlungen mit potentiellen chinesischen Investoren im Fischereisektor. Die Gespräche mit der *Wehai Fishing Association* und mit ihren Joint-Venture-Partnern, der *Shandong Port Group* (eine der größten Hafengruppen der Welt) und der *Wehai Investment Group*, seien sehr erfolgreich verlaufen. Man erhoffe sich von diesen chinesischen Firmen eine Investition in Höhe von 300 Millionen US-Dollar in den neuguineischen Fischereisektor. Mit den Geldern werde man auf jeden Fall die *Ndrahukey Werft* auf der Insel Manus ausbauen, so der Fischereiminister. (Pressemitteilung Büro des Premierministers 06.02.22)

Kostenlose Schulbildung im Schuljahr 2022

Die Regierung von Papua-Neuguinea hat für das Schuljahr 2022 die kostenlose Schulbildung wiedereingeführt und übernimmt die vollen Schulgebühren für Schüler staatlicher Schulen von der Vorschule bis zur Klasse 12. Das geht aus der Erklärung (*Ministerial Policy Statement*) des Bildungsministeriums vom 19. Dezember 2021 hervor. Hier heißt es: „*The Government has increased funding to pay 100% school fees for students from elementary to grade 12 in 2022 considering the impact of COVID-19 pandemic on the economy, citizens and families.*“

Bildungsminister Jimmy Ugoro sagte, dies sei eine Erleichterung für die Eltern, die die Befreiung vom Schulgeld seit 2012 genossen hatten, bis sie 2020 aufgefordert worden waren, anteilig 37 % der Schulgebühren zu zahlen.

„*Die Erhöhung der Schulgebühren seit Januar 2020 war eine große Herausforderung für die Eltern während der Corona-Pandemie. Sie mussten versuchen, neben den Lebenserhaltungskosten noch zusätzlich das Schulgeld aufzubringen*“, erklärte der Bildungsminister. Er erklärte weiter, dass sich die staatliche Übernahme des Schulgeldes nicht auf die sogenannten „Projektgelder“ beziehe.

Sollten Schule besondere, außerlehrplanmäßige Projekte für ihre Schüler*innen anbieten, müssten die Eltern diese Gebühren privat bezahlen. Diese Gebühren bewegen sich dabei zwischen 20 und 220 Kina pro Kind und Schuljahr.

Die Befreiung vom Schulgeld bezieht sich nicht auf private (z.B. kirchliche) Schulen.

Für den Bildungssektor sind im Staatshaushalt für das laufende Jahr 2022 632 Millionen Kina vorgesehen, im letzten Jahr waren es nur 486 Millionen Kina.

Der ehemalige Premierminister von Papua-Neuguinea, Peter O'Neill, unter dessen Führung das Land 2012 die Befreiung von Schulgebühren für staatliche Schulen beschlossen hatte, warf dem jetzigen Amtsinhaber James Marape, vor, die kostenlose Bildung für 2022 als Mittel im Wahlkampf und als „*leeres Wahlversprechen*“ (Zitat) zu missbrauchen. Die Eltern hätten seit Januar 2020 unter den erneut eingeführten Gebühren gelitten und das in schwierigen Corona-Zeiten.

O'Neill sagte wörtlich: „*Three years of suffering. Kids and families have suffered for three years. A little bit too late.*“

(*The National* 12.10.2021, <https://studyingpng.com/2021/12/government-tuition-fee-gtf-policy-for-2022-for-general-education-sector/>)

Behörde zur Korruptionsbekämpfung geplant

Die geplante Gründung einer „*Unabhängigen Kommission zur Korruptionsbekämpfung*“ (ICAC) schreitet weiter voran. Der ICAC-Ernennungsausschuss ist kürzlich zum zweiten Mal in diesem Jahr in Port Moresby zusammengelassen. An dem Treffen nahmen der Oberste Richter von Papua-Neuguinea, Gibbs Salika, der Interimsvorsitzende des ICAC, Thomas Eluh, Generalstaatsanwalt Dr. Eric Kwa und andere hochrangige Beamte des *Department of Justice and Attorney General* (DJAG) teil.

Premierminister James Marape betonte die Notwendigkeit für die Regierung, die „*Krankheit der Korruption*“ (Zitat) im Land zu bekämpfen und forderte den Ausschuss auf, den Gründungsprozess so schnell wie möglich voranzutreiben, spätestens bis zu den Parlamentswahlen in diesem Jahr.

Auf der Sitzung, die vom DJAG ausgerichtet worden war und bei der der Premierminister den Vorsitz führte, wurden die Zusammensetzung der Kommission, die Kontroll- und Ausgleichsmechanismen, die Berichtsstruktur und andere administrative und rechtliche Anforderungen, einschließlich der Einstellung von Mitgliedern, erörtert.

Das Gesetz über nicht offengelegtes Vermögen (*Undisclosed Wealth Act*) und das Gesetz über Informanten (*Whistle Blowers Act*) sind laut Premierminister Marape zwei unterstützende Rechtsvorschriften, die der Kommission bei der Durchführung ihrer Arbeit helfen werden, sobald diese ihre Arbeit aufgenommen haben wird.

Die Bemühungen der DJAG folgen auf eine Rekordzahl von Gesetzesentwürfen, die vom Parlament im letzten und in diesem Jahr verabschiedet wurden und die dazu beigetragen haben, PNGs Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) von *Transparency International* zu verbessern, wie eine aktuelle Studie zeigt.

Laut ICAC-Interimsvorsitzender Thomas Eluh ist PNG im Korruptionswahrnehmungsindex des Jahres 2021 von Platz 142 (von 180 Ländern) auf Platz 126 zurückgefallen.

„*Dies ist ein massiver Rückgang innerhalb eines Jahres, der die positiven und starken Bemühungen der Regierung Marape bei der Bekämpfung der grassierenden Korruption im Land unterstreicht*“, sagte Eluh. „*Die vollständige Inbetriebnahme des ICAC wird die Einstufung PNGs im CPI weiter verbessern*“, so Eluh weiter.

Premierminister Marape forderte den Ernennungsausschuss, das ICAC-Team und die DJAG dazu auf, darauf hinzuarbeiten, dass PNGs CPI-Ranking auf einen zweistelligen Wert gesenkt wird. Er forderte die DJAG außerdem auf, die drei Jahre bis zum 50. Geburtstag des Landes und die damit einhergehenden Feierlichkeiten im Jahr 2025 zu nutzen, um die Rechts- und Verwaltungssysteme des Staates zu verbessern. (PNG Business News 27.01.22)

Kundiawa bekommt „Fischerei-Schule“

Die Provinzregierung der Provinz Simbu hat mit der nationalen Fischereibehörde von Papua-Neuguinea (*National Fisheries Agency*, NFA) eine Projektvereinbarung über 850.000 Kina unterzeichnet, um in Kundiawa eine neue Schulungseinrichtung sowie ein Bürogebäude zu bauen.

Mehr als 23.000 Binnenfischzüchter*innen in der Provinz werden von der neuen „Fischerei-Schule“ profitieren, die ihnen grundlegende Kenntnisse über die Verwaltung und Erweiterung ihrer Fischzuchtbetriebe vermitteln soll.

Die Vereinbarung sieht vor, dass die NFA die Hälfte der Projektkosten übernimmt, während die restlichen 40 % von der Provinzregierung übernommen werden.

Laut Justin Ilakini, dem Geschäftsführer der Fischereibehörde, freut sich die NFA über die Unterzeichnung des Kooperationsabkommens mit einer der wichtigsten Binnenfischereiprovinzen im Hochland und über den Bau von Infrastrukturen zur Unterstützung der örtlichen Fischproduzent*innen.

Nach der Unterzeichnung einer Absichtserklärung im vergangenen Jahr ist dies das erste Mal, dass eine Provinz von den neuen Vereinbarungen profitiert, so Ilakini. (Post-Courier 11.02.22)

Australische Gelder für Hafenerenovierungen

Die australische Regierung wird Papua-Neuguinea bei der Umsetzung des im letzten Jahres vom Parlament beschlossenen „*Ports Infrastructure Master Plan*“ finanziell unterstützen. Dazu stellt die australische Regierung nicht nur, wie bereits im Juli 2021 entschieden, 420 Millionen AUS-Dollar zur Verfügung, sondern sogar 580 Millionen. Es handelt sich um eine Mischfinanzierung aus Darlehen und Krediten.

Die Extra-Mittel kommen zu einem Zeitpunkt, an dem Australien sich verpflichtet hat, mehr Geld im Pazifikraum auszugeben, um dem Einfluss Chinas entgegenzuwirken. China wird vorgeworfen, es wende eine „Schuldenfallen-Diplomatie“ an, um ärmeren Nationen teure Projekte aufzubürden, die sie sich nicht leisten können.

„Hier geht es darum, die Souveränität, die Unabhängigkeit und die Selbstversorgung von Papua-Neuguinea zu unterstützen und das war schon immer unser Ziel bei all unseren Unterstützungsmaßnahmen“, erklärte der australische Premierminister Scott Morrison.

Die Gelder sollen in die Renovierung von Hafenanlagen gesteckt werden, viele von diesen Häfen wurden seit 70 Jahren nicht renoviert oder instandgehalten und sind dementsprechend marode.

Mit den Investitionen wird das *Lae Tidal Basin*, der größte Hafen Papua-Neuguineas an der Ostküste, zu einem regionalen Drehkreuz für den asiatisch-pazifischen Raum ausgebaut, indem seine Kapazitäten für die Abfertigung von großen Containerschiffen aus Südostasien verbessert werden.

Die Vereinbarungen sehen auch Renovierungen in den Häfen von Kimbe an der Nordküste der Insel Neubritannien, in Lorengau auf der Insel Manus, in Kavieng auf der Insel Neuirland, in Vanimo in der Provinz West Sepik und in Wewak in der Provinz Ost Sepik vor. (Sydney Morning Herald 21.01.22)

Innovation bei Trinkwasserherstellung

Rund 40% der 8,5 Millionen Einwohner*innen von Papua-Neuguinea haben keinen Zugang zu Leitungswasser aus dem Hahn und sind auf die Trinkwasserversorgung in Einwegplastikflaschen oder Plastikkanistern angewiesen. Das möchte ein Unternehmen ändern. Die *TWM Group* ist Hersteller und Vertreiber von Trinkwasser in Plastikflaschen, hat sich aber jetzt der Nachhaltigkeit verschrieben und ein innovatives System zur Gewinnung von Trinkwasser entdeckt. Die von der Firma SOURCE entwickelten neuartigen „Hydropanels“ nutzen ausschließlich die Kraft der Sonne, um vor Ort und aus der umgebenden Atmosphäre hochwertiges Trinkwasser zu gewinnen.

Das mit Sonnenenergie betriebene Hydropaneel zieht reinen Wasserdampf aus der Luft auf ein patentiertes hygroskopisches Material, das H₂O-Moleküle effizient anzieht und absorbiert. Das System wandelt diese Moleküle in flüssiges Wasser um, das in einem Behälter im Inneren des Paneels gesammelt und mit Magnesium und Kalzium mineralisiert wird. So entsteht hochwertiges, mit Mineralien angereichertes, Trinkwasser, das direkt an Haushalte, Unternehmen, kommunale Vertriebszentren und Abfüllbetriebe geliefert werden kann.

Durch die Nutzung des Wasserdampfs aus der Atmosphäre erzeugen die Paneele frisches Trinkwasser dort, wo es verbraucht wird, und senken so die Kosten und Kohlenstoffemissionen, die mit der Abfüllung und dem Transport von Wasser verbunden sind. Während seiner Lebensdauer kann ein einziges Paneel bis zu 54.750 Einweg-Plastikflaschen ersetzen.

Die Technologie funktioniert völlig unabhängig vom Stromnetz und ohne zusätzliche Infrastruktur. Mit den Paneelen könnten die Trinkwasserkosten durchschnittlich um 25 % gesenkt werden, erläuterte ein Sprecher der TWM-Gruppe.

Bisher steht eine solche Hydropower-Anlage nahe Roku (Central Province) in einer trockenen Gegend, in der es selten regnet. Die Anlage ist die erste Phase einer größeren Trinkwasserinitiative der *TWM-Gruppe*. Das Unternehmen plant, das Projekt auf das nahe gelegene Dorf Roku auszudehnen, in dem mehr als 2.500 Menschen leben, die bisher auf Regenwasser angewiesen sind.

Info: Mit über 130 Vollzeitmitarbeitenden erbringt die *TWM Group* Abfall- und Umweltdienstleistungen für die in Papua-Neuguinea ansässigen Branchen, darunter Erdöl, Bergbau, Industrie und Handel. Seit seiner Gründung im Jahr 2011 legt das Unternehmen großen Wert auf Innovation, Sicherheit, solide Dienstleistungen, Nachhaltigkeit und soziales Engagement.

<https://www.pngbusinessnews.com/articles/2021/11/twm-group-is-making-high-quality-drinking-water-using-nothing-but-sunlight-and-air>, <https://twm.com.pg/>

Mehr Frauen in Führungspositionen

Ok Tedi Mining Limited (OTML) hat die Ernennung von vier Frauen in verschiedene Führungspositionen innerhalb des Unternehmens bekannt gegeben. Dies ist Teil der betriebsinternen „Vision 2025“, bei der sich der Bergbaukonzern sich zum Ziel gesetzt hat, den Anteil der Frauen in der Organisation auf 20 % zu erhöhen und bis Ende des Jahres 2025 einen Frauenanteil von 25 % in Führungspositionen zu erreichen.

Die vier neuen Führungskräfte sind Ani Topurua, die in die neu geschaffene Position der Managerin für Soziales und Nachhaltigkeit berufen wurde, Carolyne Manahave als Managerin für Verträge und Recht, Lyndah Brown als Managerin für das *Process Asset Renewal Project Interface* und Chantel Christensen als Managerin für das *Ok Tedi Way Project*.

Mit diesen Ernennungen steigt die Gesamtzahl der weiblichen Führungskräfte bei OTML auf sieben.

Frau Topurua ist seit 2004 bei OTML tätig und hatte verschiedene Aufsichtsfunktionen inne, darunter die des Koordinators für die Minenschließung und zuletzt die des Superintendenten für sozio-ökonomische Bewertung.

Frau Manahave verfügt über mehr als 17 Jahre Erfahrung in den Bereichen Verträge und Recht, nachdem sie bei *Newcrest Mining* und *Oil Search* gearbeitet hatte, bevor sie 2018 zu OTML kam.

Musje Werror, Geschäftsführer und CEO von OTML, sagte, dass die Ernennung dieser sehr erfahrenen Frauen Teil von OTMLs Plänen sei, mehr weibliche Mitarbeitende in Führungspositionen zu bringen und zum Wachstum und zum Erfolg des Unternehmens beizutragen.

„Ok Tedi ist ein Arbeitgeber, der auf Chancengleichheit setzt, und Vielfalt und Integration sind für unseren Erfolg von größter Bedeutung. Frauen spielen eine wichtige Rolle in unserer Gesellschaft, und wenn man ihnen die Möglichkeit gibt, eine Führungsrolle zu übernehmen, sind sie nicht nur als Einzelpersonen erfolgreich, sondern auch das Unternehmen und das Land gedeihen“, so Werror. (OTML Pressemitteilung Februar 2022)

Schweres Busunglück mit 18 Toten

Am Freitag, dem 4. März kamen in Mount Hagen achtzehn Menschen bei zwei verschiedenen Verkehrsunfällen ums Leben, die sich beide zufällig gegen 17 Uhr am selben Ort (Kitpeng) in der Nähe von Togoba ereigneten.

Ein Bus mit 25 Fahrgästen war auf dem Weg von Togoba in die Stadt wegen eines Motorschadens von der Fahrbahn abgekommen und auf die Seite gekippt, wobei eine Schülerin der Klasse 12 der *Togoba Secondary School* ums Leben kam und andere Fahrgäste verletzt wurden. Ein zweiter Bus, der ebenfalls mit 25 Fahrgästen auf der Straße unterwegs war, kam nur wenige Minuten später zur Unfallstelle. Der Fahrer des

zweiten Busses vollzog zur Vermeidung einer Kollision mit dem verunglückten Fahrzeug eine Vollbremsung, woraufhin sein Bus umkippte, von der Straße abkam und einige Meter in einen kleinen Fluss (Truk) geschleudert wurde, wobei 17 Fahrgäste auf der Stelle starben und 13 weitere verletzt wurden, die in das *Mt Hagen General Hospital* eingeliefert wurden.

Dr. John McKup Jr., Facharzt in der Notaufnahme des Krankenhauses von Mount Hagen, bestätigte, dass 18 Menschen ums Leben gekommen seien während sich 22 in kritischem Zustand befinden.

Die Verstorbenen und Überlebenden stammen aus drei Bezirken der Provinz: Hagen Central, Mul-Baiyer und Tambul-Nebilyer.

Laut Simon Kik, Senior Sergeant der Highway Patrol, waren die Überladung und die Geschwindigkeit vermutlich ein Faktor bei dem zweiten Unfall. *„Der zweite Bus war überladen und es gab nicht genügend Sitze und Rückhaltesysteme für die Anzahl der Fahrgäste“*, so der Polizist. (Post-Courier 07.03.22)

BOUGAINVILLE

Einigung über Panguna-Mine ?

Die Aussichten auf eine Wiedereröffnung der Panguna-Kupfermine in Central Bougainville haben sich durch die Unterzeichnung einer gemeinsamen Resolution durch die Landbesitzer und die Autonome Regierung von Bougainville (ABG) verbessert. Die Resolution wurde nach einem dreitägigen Gipfeltreffen Anfang Februar von Vertretern der fünf größten Clans in der Panguna-Region - Basikang, Kurabang, Bakoringu, Bara-pang und Mantaa - unterzeichnet.

Die ABG hat sich mit der Resolution verpflichtet, mit den Landbesitzergruppen zusammenzuarbeiten, um den Prozess der Wiedereröffnung der Mine zu erleichtern.

Die ABG verhandelt derzeit auch mit der nationalen Regierung von Papua-Neuguinea über die Unabhängigkeit der autonomen Region, deren Bevölkerung Ende 2019 fast einstimmig für die Unabhängigkeit gestimmt hat.

Info: Die Panguna-Mine ist seit dem 15. März 1989 nach schweren zivilen Unruhen geschlossen. Als sie in Betrieb war, gehörte sie zu den größten Kupferminen der Welt und erwirtschaftete zeitweise zwei Fünftel des Bruttoinlandproduktes von PNG.

Die Anlage wurde auf 75 Mrd. AUD (204 Mrd. Kina) geschätzt und verfügt über geschätzte Reserven von einer Milliarde Tonnen Kupfer und 12 Millionen Unzen Gold.

Die Investitionen, um die Mine wieder produktionsfähig zu machen, werden auf etwa 16,3 Mrd. Kina (6 Mrd. AUD\$) geschätzt.

Welche Bergbaufirma die Mine wieder in Betrieb nehmen soll, ist noch nicht endgültig geklärt. Die australische Bergwerksgesellschaft *Bougainville Copper Limited* (BCL), das Unternehmen, das die Pacht für die Panguna-Mine innehatte, als diese 1989 geschlossen wurde, ist ein potenzieller Kandidat, obwohl auch andere Minengesellschaften in den letzten Jahren Interesse bekundet haben.

BCL wird gemeinsam vom Staat PNG und der *Bougainville Minerals Limited* kontrolliert, die beide einen Anteil von 36,4 Prozent an dem Unternehmen halten.

Die Aktien von BCL werden an der *Australian Securities Exchange* gehandelt. Der Kurs der BCL-Aktie stieg nach der Unterzeichnung der Resolution zeitweise um 122,5 Prozent an. (*Business Advantage PNG* 11.02.22, *Wikipedia*, <https://www.bcl.com.pg/>)

Rückverlegung der Hauptstadt geplant

Die autonome Provinzregierung von Bougainville hat angekündigt, die Hauptstadt der Region wieder nach Arawa zu verlegen. Die Regierung hat ihren Sitz seit Beginn des Bürgerkriegs in Buka, weil sie die Kontrolle über Arawa an die Rebellen der *Bougainville Revolutionary Army* verloren hatte.

Der Wunsch nach einer Rückverlagerung nach Arawa besteht schon seit längerem. Die örtliche Landbesitzerin Therese Jaintong sagte, die Regierung sei bereits dabei, alte Regierungsgebäude zurückzufordern. Es sei jedoch schwierig, da einige Menschen die aufgelassenen Regierungsgebäude illegal besetzt hätten. Hier dürfte die Provinzregierung die Menschen nicht einfach „rauswerfen“, sondern müsste mit den Besetzern verhandeln, forderte Jaintong.

Info: Im Bougainville-Konflikt wurde die Stadt an der Ostküste der Insel beinahe komplett zerstört, weshalb ihre Funktion als Hauptstadt aufgegeben wurde und diese nach Buka im Norden der Insel verlagert wurde. Arawa hatte 36.443 Einwohner (Zählung im Jahr 2000, im Jahr 1980 waren es noch 12.623). Laut der letzten verfügbaren Statistik aus dem Jahr 2011 lebten vor elf Jahren in der Stadt nur noch 2.769 Menschen. Arawa diente einst auch als Hauptsitz der Minengesellschaft *Bougainville Copper Limited*.

(*Radio NZ intern*. 21.02.22, <https://www.abg.gov.pg/index.php/about/quick-facts>)

ABG wirbt für Corona-Schutzimpfung

Die Autonome Regierung von Bougainville (*Autonomous Bougainville Government*, ABG) hat zum 1. Februar eine neue Bewusstseinsmachungs-Kampagne für die Corona-Schutzimpfung gestartet. Die Kampagne hat das Motto „Bougainville sanap strong-Kisim COVID banis sut“. Vorgelegt wurden die Poster, Flyer und Infobroschüren von Polizei-

Minister Emmanuel Kaetavara und der Parlamentsabgeordneten für Nord-Bougainville, Amanda Masono. Gemeinsam mit Angestellten aus dem Gesundheitssektor posierten die Parlamentarier mit Masken vor einem Banner mit der Aufschrift „Sleeves up!“

Mit Beginn der Kampagne wurden automatisch 65.000 SMS an die Handybesitzer*innen in Bougainville verschickt. Außerdem gingen Radio- und Fernsehspots *on air* und die Kampagne wurde auch über die Sozialen Medien verbreitet.

Frau Masono erklärte, die Impfquote in Bougainville sei vor allem aufgrund von Falschinformationen sehr niedrig. Die Kampagne solle dafür sensibilisieren, dass sich die Bürger*innen in seriösen Quellen über Corona und die Impfung informierten und sich nicht auf die im Internet verbreiteten Verschwörungstheorien verließen. Deshalb habe man auch viele kleine Filme mit Impfbefürwortern und deren „Erfolgsgeschichten“ produziert. Diese können auf der Facebook-Seite der ABG abgerufen werden.

Für die Impfkampagne werben ebenfalls die Mitglieder der *Bougainville Christian Churches Association*.

Info: Mit Stand 6. März meldet die WHO für ganz Papua-Neuguinea 41.421 Infektionen und 638 Todesfälle. (*Loop PNG* 02.02.22, <https://bougainvillemedia.com/>, <https://www.facebook.com/AutonomousBougainvilleGovernment>)

Australien spendet Frauen-NGO Laptops

Die australische Botschafterin für Papua-Neuguinea, Annie Hildebrand, hat bereits im letzten Jahr drei Laptops an die *Bougainville Women's Federation* (BF) übergeben. BWF-Präsidentin Priscilla Bisiro bedankte sich für die nützliche Spende. Da die BWF jeweils ein Regionalbüro in Nord-, Zentral- und Süd-Bougainville unterhält, könnten sich die Mitarbeiterinnen nun einfacher über Videotelefonie austauschen und bräuchten weni-

ger reisen.

Info: Die BFW wurde 2019 in Bougainville als Nichtregierungsorganisation gegründet. Sie setzt sich für die Gleichstellung von Frauen in Kultur, Politik und Gesellschaft ein. (Loop PNG 20.08.2021, Facebook-Seite der BWF)

SALOMONEN

Wiedereröffnung der US-amerikanischen Botschaft

Mitte Februar kündigte US-Außenminister Antony Blinken die Wiedereröffnung der US-amerikanischen Botschaft auf den Salomonen an, um dem Einfluss Chinas in dieser politisch unruhigen Zeit für den Pazifikstaat entgegenzuwirken. Blinken kündigte diesen Schritt während eines Besuchs auf Fidschi an, wo er sich virtuell mit rund 18 Regierungschefs der Pazifikinseln getroffen hatte. Die Reise diente dazu, die Bedeutung der Region für Washington deutlich zu machen und Pekings Drang nach größerem Einfluss einzudämmen. Das geht aus einer Mitteilung hervor, die dem Nachrichtendienst AP zugespielt wurde. Darin heißt es: *„Die Vereinigten Staaten haben ein strategisches Interesse daran, ihre politischen, wirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen zu den Salomonen, der größten pazifischen Inselnation ohne US-Botschaft, zu verbessern.“*

Die Entscheidung zur Wiedereröffnung der Botschaft erfolgt nur wenige Monate, nachdem auf mehreren Inseln im November Unruhen ausgebrochen waren und Demonstrant*innen versuchten, das Parlament zu stürmen, sowie mehrere Geschäfte in Honiars Stadtteil Chinatown in Brand steckten.

Auslöser der Unruhen waren die Unzufriedenheit mit der Sogavare-Regierung, Armut, Arbeitslosigkeit, Spannungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, aber auch Ressentiments gegen den wachsenden chinesischen Einfluss, der die US-Regierung eben-

falls zunehmend in Besorgnis versetzt.

Nach langjährigen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen den Salomonen und Taiwan brach die Sogavare-Regierung die Verbindungen 2019 abrupt ab und näherte sich stattdessen der Regierung in Peking an. Aufgrund der politischen Spannungen zwischen der Volksrepublik China und Taiwan sind für die meisten Staaten weltweit nur diplomatische Beziehungen mit einem der beiden Staaten möglich. Beobachter*innen gehen davon aus, dass der Zugang zum chinesischen Markt und die versprochenen Wirtschaftsinvestitionen den Ausschlag für diesen Wandel in der Außenpolitik der Salomonen gegeben haben.

Die Biden-Regierung versicherte nun, dass sie den Indo-Pazifik als entscheidenden Schauplatz der zukünftigen Sicherheitspolitik und Wirtschaftsstrategie der USA einschätze. Die USA wollen wieder engere Beziehungen mit pazifischen Partnern aufnehmen, um sich langfristig als bevorzugter internationaler Partner für Sicherheitsfragen im Pazifik zu etablieren.

Inzwischen hat auch das amerikanische *Peace Corps* (Friedenskorps) angekündigt, sein Büro auf den Salomonen erneut für den Freiwilligendienst zu öffnen. Man gehe davon aus, dass auch weitere US-amerikanische Nichtregierungsorganisationen ein Regionalbüro in Honiara aufbauen, hieß es aus Pressekreisen.

Info: Die USA unterhielten zuvor fünf Jahre lang eine Botschaft auf den Salomonen, bevor sie diese im Juli 1993 schlossen. Seitdem sind US-Diplomaten aus dem benachbarten Papua-Neuguinea auf den Salomonen akkreditiert, wo es eine US-Konsularabteilung gibt.

(Artikel von Julia Ratzmann und Clara Groth. AP Press 12.02.22, <https://www.capitalfm.co.ke/news/2022/02/us-to-reopen-solomon-islands-embassy-to-counter-chinese-influence/>)

Engere Kooperation mit der australischen Polizei

Ende Februar unterzeichneten die Polizeibehörden Australiens und der Salomonen eine Absichtserklärung zur engeren Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung. Das sogenannte *Policing Partnership Program* (RAPPP) umfasst Ausgaben in Höhe von 106 Millionen AUD und soll zunächst bis 2025 wirken. Außerdem sind zusätzliche technische Unterstützung und Weiterentwicklung vorhandener Fähigkeiten und Kapazitäten vorgesehen.

Mit den Geldern sollen Ermittlungsarbeit, Förderprogramme, der Ausbau des nationalen Katastrophendienstes, die Abteilung für Forensik, Gesundheitsprogramme und die Entwicklung von Führungskräften unterstützt werden.

(Artikel von Clara Groth. <https://www.onepng.com/2022/02/mou-singed-between-australian-federal.html>)

Engere Kooperation mit der chinesischen Polizei

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und den Salomonen im Jahr 2019 markiert auch den Beginn einer engeren Kooperation der Sicherheitskräfte beider Länder. Insbesondere während und nach den Unruhen in Honiara im November 2021 bat die Sogavare-Regierung die chinesischen Partner um polizeiliche Unterstützung. Das chinesische Ministerium für öffentliche Sicherheit entsandte daraufhin ein neunköpfiges Team sowie Ausrüstung in einem Gesamtwert von etwa 9,86 Millionen RMB auf die Salomonen.

Neben der Hardware-Ausstattung wird die chinesische Polizei auch drei Projekte aktiv fördern: ein neues Kommunikationssystem für Honiara, ein forensisches Autopsielabor und das Interpol-Kommunikationssystem „I-24/7“. Die drei Projekte sollen die örtliche Polizei in den Bereichen Kommunikationssicherheit, strafrechtliche Ermittlungen und Ermittlungszusammenarbeit effektiv unterstützen.

Dies ist durchaus auch im Interesse der chinesischen Seite, denn mit den wachsenden Wirtschafts- und Handelsbeziehungen in den letzten Jahren kamen immer mehr chinesische Bürger*innen auf die Salomonen, sei es im Rahmen von Infrastrukturprojekten, Geschäftsbeziehungen, Tourismus, oder dem kulturellen Austausch. Chinesische Bürger*innen und Unternehmen fordern daher ein sicheres und stabiles soziales Umfeld ein.

Die politische Opposition beobachtet diese Entwicklungen mit großer Sorge. Oppositionsführer Matthew Wale argumentierte in einer öffentlichen Erklärung, dass die chinesischen Polizeieinheiten eine Bedrohung für die Souveränität und die nationale Sicherheit der Salomonen darstellten. Seiner Meinung nach komme das Abkommen einer ausländischen Einmischung in die Angelegenheiten der nationalen Sicherheit auf den Salomonen gleich. (Artikel von Clara Groth. <https://www.onepng.com/2022/02/china-boosts-royal-solomon-island.html>) <https://www.onepng.com/2022/02/training-of-chinese-nationals-in-si.html>)

Massiver Corona-Ausbruch führt zu Überlastung des Gesundheitssystems

Angesichts der ersten „community outbreaks“ des Corona-Virus auf den Salomonen hat das Regionalbüro des Roten Kreuz vor einer Überforderung des einheimischen Gesundheitssystems gewarnt.

In der Hauptstadt Honiara gibt es nur ein kleines Krankenhaus und die Behörden haben bereits ein Sportgebäude in ein Feldlazarett und ein Fußballstadion in ein Impfzentrum umgewandelt, sagte Clement Manuri, Generalsekretär der *Solomon Islands Red Cross Society*.

Die Behörden der Salomonen gaben Mitte Februar bekannt, dass jeder zweite Einwohner der Hauptstadt COVID-19-Symptome aufweist. Da es keine Testkits gibt, ist es schwierig, genau zu sagen, wie viele Menschen derzeit an dem Virus erkrankt sind, da auch

die normale Grippe im Moment grassiert, so Manuri.

Ein leitender Arzt und zwei Krankenschwestern im *National Referral Hospital* (NRH) in der Hauptstadt Honiara berichteten, dass es keine Betten für Covid-Patienten mehr gibt - was dazu führt, dass Menschen auf dem Boden der Krankenstationen sterben. Sie sprachen auch über den Personalmangel, der dazu geführt hat, dass Covid-positive Krankenschwestern zur Arbeit zurückgerufen wurden und Krankenschwestern in Ausbildung sich allein um kranke Patient*innen kümmern müssen, obwohl sie von einer erfahrenen Krankenschwester beaufsichtigt werden müssten.

„Die Menschen sterben auf dem Boden, das Krankenhaus ist überfüllt ... Überall liegen kranke Menschen und Leichen herum“, sagte ein leitender Arzt im NRH, der lieber anonym bleiben möchte. *„Die Leichenhalle ist voll. Es ist eine traurige Erfahrung. So etwas habe ich noch nie gesehen.“*

Verschärft wird die Situation durch die Angst einiger Angehöriger vor dem Krankenhaus: *„Wir haben beobachtet, dass viele Tote zu Hause aufgebahrt werden und nicht ins Krankenhaus gebracht werden, weil man befürchtet, dass jede Leiche, die ins Krankenhaus kommt, einem Abstrich unterzogen wird und die Angehörigen sie nicht mehr mitnehmen dürfen, wenn sie positiv getestet wurde“*, sagte der Mediziner.

Der Arzt warnte, dass Patienten mit anderen Krankheiten wie Krebs, Diabetes, Bluthochdruck und Patienten, die dringend operiert werden müssten, nicht behandelt, überwacht oder medikamentös korrekt eingestellt werden können, was zu weiteren Todesfällen führe.

Auf den Salomonen haben die Behörden zudem mit dem Transport, der Lagerung und der Verteilung des Impfstoffs zu kämpfen, insbesondere auf den schwer zugänglichen Inseln in Randlage. Außerdem, so Clement Manuri

vom Roten Kreuz, gibt es viele Impfgegner*innen, was größtenteils auf die Verbreitung falscher Informationen im Internet zurückzuführen ist.

Beim aktuellen Ausbruch der Krankheit in ihrem direkten Umfeld drängen die Menschen jedoch in Scharen zur Impfung, so dass die Impfstationen teilweise überfüllt sind, ergänzte der Generalsekretär. *„Die Leute stehen dann den ganzen Tag Schlange vor dem Impfzentrum“*, sagte er.

Der Anstieg des Interesses scheint zum Teil eine Reaktion auf den Ausbruch der Krankheit zu sein, aber auch auf neue Regierungsvorschriften, die viele Einrichtungen für ungeimpfte Menschen geschlossen haben, so Manuri.

Info: Derzeit sind nur knapp 20 % der Bevölkerung (690.600 Einwohner*innen) vollständig geimpft, aber weitere 17 % haben sich bereits einmal impfen lassen. Mit Stand 6. März wurden offiziell 7.940 Fälle registriert, 115 Menschen starben. (Time 17.02.22, *The Guardian* 21.02.22, <https://covid19.who.int/region/wpro/country/sb>)

China spendet Material

Anfang des Jahres hat die *Royal Solomon Islands Police Force* (RSIPF) Material zur Niederschlagung von Aufständen und Unruhen aus China bekommen. Auf dem *Henderson International Airport* in der Hauptstadt Honiara übergab der chinesische Botschafter Li Ming in einer feierlichen Zeremonie die Ausrüstungsgegenstände an Minister Dickson Mua und den Polizeikommandanten Mostyn Mangau. Dieser erklärte, die Schilde, Helme, Schlagstöcke und weitere Abwehrgeräte (keine Schusswaffen!) würden benötigt, um die Unruhen auf den Straßen der Hauptstadt besser in den Griff zu bekommen.

Mangau bedankte sich bei dieser Gelegenheit auch bei der australischen Regierung, die dabei half, Sicherheits- und Polizeikräfte aus Papua-Neuguinea, Neuseeland und Fidschi für eine begrenzte Zeit

ins Land zu holen, um die angespannte Situation mit Hilfe dieser „Friedensmission“ in den Griff zu bekommen.

Hintergrund: Die Unruhen auf den Salomonen mit ihren rund 680.000 Einwohner*innen waren Ende November 2021 ausgebrochen, als Premierminister Manasseh Sogavare beschuldigt wurde, Gelder aus einem nationalen Entwicklungsfonds, der aus China stammt, verwendet zu haben. Sogavare hatte die Korruptionsvorwürfe stets zurückgewiesen.

China und die Salomonen hatten ihre bilateralen Beziehungen erst im September 2019 aufgenommen, als die Salomonen von Taiwan zu Peking gewechselt waren. (*South China Morning Post* 24.12.21)

FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik von Oliver Hasenkamp, Vorstandsmitglied des Pazifik-Netzwerks e.V., Berlin.]

Gesundheitszustand des Premierministers wird nach Herz-OP in Australien zum Politikum

Fidschis Premierminister Voreqe Bainimarama hat sich Anfang des Jahres wegen einer Herzoperation mehr als zwei Monate in Australien aufgehalten und ist am 2. März 2022 nach Fidschi zurückgekehrt, nachdem sein Gesundheitszustand zunehmend zu einem Politikum in seinem Heimatland geworden ist. Auf Kritik stieß vor allem, dass es zunächst keinerlei Ankündigung zu seiner medizinischen Behandlung im Ausland gegeben hatte und erst nach seiner Operation und zehn Tage, nachdem er zuletzt öffentlich aufgetreten war, überhaupt über seine Abwesenheit informiert wurde. Zwar hatte die Regierung danach immer wieder betont, Bainimarama gehe es gut und er kehre nach einer Reha-Maßnahme im Anschluss an die Operation nach Fidschi zurück, doch vor allem über die sozialen Medien haben sich zahlreiche Spekulationen über den Gesundheitszustand des Premierministers

verbreitet. Immer wieder hieß es, sein Zustand habe sich möglicherweise deutlich verschlechtert und teilweise war im Internet sogar die Frage diskutiert worden, ob Bainimarama überhaupt noch am Leben sei.

Auch der frühere Premierminister und Oppositionspolitiker Sitiveni Rabuka kritisierte wiederholt, dass es kaum Informationen zum Gesundheitszustand des Premierministers gebe und forderte von der Regierung regelmäßige Updates. Das Volk habe ein Anrecht über Informationen dazu, ob und wann der Premierminister seine Amtsgeschäfte wiederaufnehmen könne. Diese Kritik Rabukas wurde von Bainimaramas Stellvertreter Aiyaz Sayed-Khaiyum, der die Regierungsgeschäfte in Bainimaramas Abwesenheit führte, als Verstoß gegen die Persönlichkeitsrechte und als zutiefst „unfidischianisch“ zurückgewiesen.

Tatsächlich hatte sich der 67-jährige Bainimarama schon vor seinem Aufenthalt in Australien im letzten Jahr immer mehr aus der Öffentlichkeit zurückgezogen und immer mehr Aufgaben an seinen Stellvertreter Sayed-Khaiyum übergeben. Auch nach der Rückkehr Bainimaramas nach Fidschi gibt es daher Ungewissheit, ob er bei der Wahl Ende dieses Jahrs erneut antreten oder sich möglicherweise aus der Politik zurückziehen wird. Der frühere fidschianische Militärführer Bainimarama hatte die Macht im Land im Jahr 2006 durch einen Putsch übernommen und stand bis zum Jahr 2012 als Übergangspräsident einer demokratisch nicht legitimierten Regierung vor, bevor er in den Jahren 2012 und 2018 auch als Sieger aus zwei Parlamentswahlen hervorging.

Kritiker*innen werfen Bainimarama, der sich einst selbst gerne als starker Anführer inszenierte und zu Beginn seiner Regentschaft kaum andere einflussreiche Personen neben sich duldet, bereits seit Jahren vor, dass zunehmend sein Stellvertreter Sayed-Khaiyum als der tatsächliche „Strippenzieher“ und Lenker der Regierungsgeschäfte im Hintergrund wirke. Auch der 56-jährige Sayed-

Khaiyum hatte sich im vergangenen Jahr für mehrere Wochen für medizinische Behandlungen in Singapur aufgehalten und damit Spekulationen über seinen Gesundheitszustand ausgelöst. Anders als nun Bainimarama meldete er sich in den sozialen Medien und in Videokonferenzen aber in dieser Zeit selbst zu Wort und es hieß offiziell, er führe seine Amtsgeschäfte als Minister vom Krankenbett weiter. Sayed-Khaiyum war es auch, der schließlich über den Aufenthalt Bainimaramas in Australien informierte und anmerkte, dass er sich selbst zuvor auch erneut für einen medizinischen Check im Ausland aufgehalten habe, was Spekulationen befeuerte, ob Fidschi zu Jahresbeginn möglicherweise tatsächlich einige Tage ohne handlungsfähigen Regierungschef dastand, da es keinen Stellvertreter für den Stellvertreter gebe. (*Radio New Zealand* 16.01.22, 40.02.22, 07.02.22, 21.02.22, 02.03.22, *Fiji Times* 01.03.22, *soziale Medien*, eigene Recherchen, Wikipedia)

Sitiveni Rabuka gründet neue Oppositionspartei

Der fidschianische Putschführer von 1987 und ehemalige Premierminister Sitiveni Rabuka hat im Januar angekündigt, eine neue Oppositionspartei unter dem Namen *People's Alliance Party* (PAP) gründen zu wollen.

Von 2017 bis 2020 hatte Rabuka wichtige Posten, unter anderem den Parteivorsitz, in der bisher größten fidschianischen Oppositionspartei SODELPA inne, die seit Jahren von internen Machtkämpfen geplagt ist. Im Jahr 2020 wurde Rabuka jedoch bei einem internen Streit als SODELPA-Parteivorsitzender abgesetzt und gab nach einem längeren internen Tauziehen über die zukünftige Ausrichtung von SODELPA schließlich auch sein Abgeordnetenmandat auf, kündigte allerdings bereits damals die mögliche Gründung einer eigenen Partei an.

Seit Verkündung seiner Pläne im Januar 2022 sind bereits mehrere Spitzenpolitiker*innen auf die Seite

Rabukas gewechselt, darunter die SODELPA-Abgeordnete Lynda Tabuya, die zuletzt wieder Oppositionsführerin gewesen ist, nachdem sie bereits nach der Wahl Rabukas zum SODELPA-Partei-vorsitzenden wichtige Positionen in der Partei innehatte. Mit Adi Litia Qionibaravi soll auch mindestens ein weiterer SODELPA-Abgeordneter Rabuka unterstützen, außerdem zahlreiche führende Mitglieder der Partei in verschiedenen Regionen Fidschis.

Wegen des fidschianischen Wahlrechts, bei dem Stimmen zwar auch auf Kandidatinnen und Kandidaten innerhalb der Parteien verteilt werden, letztlich aber primär Parteien gewählt werden, wird diskutiert, ob die Abgeordneten, die zur neuen Partei wechseln, ihre Mandate niederlegen müssen, damit neue SODELPA-Abgeordnete nachrücken können.

Offiziell registriert ist die neue Partei Rabukas noch nicht. Es wird jedoch erwartet, dass er dafür die notwendigen Unterschriften sammeln kann, um bei der Parlamentswahl Ende 2022 anzutreten. Die Opposition geht durch die Gründung der neuen Partei, die eine weitere Spaltung der Stimme der Opposition darstellt, und wegen des anhaltenden internen Streits der bisher wichtigsten Oppositionspartei SODELPA eher geschwächt in das Wahljahr.

Auch die Regierung gilt jedoch als angeschlagen, weshalb Beobachter*innen der neuen Partei von Rabuka durchaus gute Chancen für die Wahl einräumen. Rabuka hat der kleineren der beiden bisher im Parlament vertretenen Oppositionsparteien, der *National Federation Party* (NFP), auch bereits eine zukünftige Koalition angeboten, wozu diese allerdings noch keine Stellung bezogen hat.

(Radio New Zealand 30.11.21, 08.01.22, Fiji Sun 25.02.22, Fiji Village 07.01.22, 17.02.22, FBC News 09.02.22, Wikipedia, siehe frühere Berichterstattung zu SODELPA)

Auswirkungen des Russland-Ukraine-Konflikts

Fidschianische Wissenschaftler*innen befürchten, dass sich der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die in deren Folge eingesetzten Sanktionen gegen Russland auch auf die fidschianische Wirtschaft auswirken werden. Besondere Sorge bereiten Expertinnen und Experten dabei die im Zusammenhang mit dem Konflikt bereits seit Wochen weltweit stark steigenden Preise für Öl und Gas, die insbesondere zu einer Verteuerung von Benzin in Fidschi beitragen. Einige Expert*innen schlagen deshalb vor, dass die Regierung eine erst 2020 eingeführte zusätzliche Steuer für Benzin zurücknimmt. In der fidschianischen Berichterstattung wurde aber auch auf Zusammenhänge mit anderen Produkten hingewiesen, etwa mit Weizen und Sonnenblumenöl, zu deren wichtigsten Exporteuren die Ukraine zählt.

Doch auch in anderen Bereichen erlebt Fidschi, teilweise auch in Folge der Corona-Pandemie, einen Druck zu einer Verteuerung von Produkten. In Fidschi werden die Preise für zahlreiche Produkte von der sogenannten *Fijian Competition & Consumer Commission* bewertet, die für zahlreiche preisgebundene Produkte auch Preissteigerungen genehmigen muss. Die Kommission unterstrich, dass trotz der angespannten weltwirtschaftlichen Lage Preiserhöhungen für preisgebundene Produkte genehmigt werden müssten, bestätigte jedoch auch, dass die Kommission bereits eine Vielzahl entsprechender Anträge erhalten habe.

Fidschi hat den Einmarsch Russlands in die Ukraine und zuvor auch bereits die Anerkennung der Separatistengebiete Donezk und Luhansk durch Russland scharf verurteilt. Fidschis UN-Botschafter Satyendra Prasad, der bei den Vereinten Nationen derzeit auch im Namen aller Mitglieder des *Pacific Islands Forums* spricht, forderte Russland zu einem sofortigen Rückzug seiner Streitkräfte auf. Ebenso wie alle anderen pazi-

fischen Staaten auch, stimmte Fidschi in der Generalversammlung für eine Resolution, die Russlands Angriff verurteilt. Auch Fidschis geschäftsführender Premierminister Aiyaz Sayed-Khaiyum forderte eine Rückkehr an den Verhandlungstisch. Der Leiter der in Fidschi ansässigen EU-Delegation im Pazifik äußerte seine Hoffnung, dass Fidschi sich den von der Europäischen Union (EU) beschlossenen Sanktionen gegen Fidschi anschließen könnte.

Die fidschianische Politikwissenschaftlerin Sandra Tarte betonte, dass gerade kleinere Staaten auf Multilateralismus – also die internationale Zusammenarbeit – angewiesen seien. Sie hätten für sich alleine genommen nie ausreichend Macht gegenüber größeren Staaten und müssten deshalb zu den Verfechtern des internationalen Rechts und von Organisationen wie der UN, in denen alle Staaten formal gleichberechtigt sind, zählen.

In der Vergangenheit hatte Fidschi teils auch zunehmend enge Beziehungen zu Russland gesucht. Zu Beginn des Syrienkonflikts etwa hofften die Vereinten Nationen darauf, Russland zu einer Zustimmung zur Einrichtung einer neuen UN-Friedensmission in dem Land zu bewegen, wenn Fidschi sich bereit erklärte, Soldatinnen und Soldaten für die Mission zu stellen – in der Hoffnung, dass dies für Russland akzeptabler wäre als Soldat*innen unter anderem aus europäischen Ländern, die ihre Blauhelme zuvor wegen der zunehmenden Gefährdungslage aber bereits aus einer schon seit Jahrzehnten bestehenden Mission, welche die Grenze zwischen Syrien und Israel überwacht, abgezogen hatten. (FBC 01.03.22, Fiji Times 01.03.22, Radio New Zealand 26.02.22)

Zyklon und Tsunami: Zwei Opfer und Zerstörungen

Im Januar ist ein Mann auf der fidschianischen Hauptinsel Viti Levu ertrunken, nachdem ein tropischer Sturm starke Überschwemmungen

in Teilen der Insel ausgelöst hatte. Mehr als 4.000 Menschen mussten wegen den Überflutungen ihre Häuser verlassen und in 148 Evakuierungszentren Zuflucht suchen, die von der Regierung eingerichtet worden waren. Seinen Höhepunkt erreichte der Sturm, der schließlich zu einem Zyklon heraufgestuft wurde und den Namen „Cody“ erhielt, am 10. und 11. Januar 2022. Auch anschließend schränkte das Hochwasser in Teilen der Insel das öffentliche Leben noch erheblich ein.

Die Hauptstadt Suva blieb von den Auswirkungen des Sturms jedoch weitgehend verschont. Im Vergleich zu den letzten Jahren – insbesondere zum Jahr 2016, als der heftige Zyklon *Winston* mindestens 43 Todesopfer forderte, und zum Jahr 2021, als innerhalb weniger Wochen gleich vier starke Stürme auf Fidschi trafen – ist die diesjährige Zyklon-Saison in Fidschi vergleichsweise harmlos verlaufen.

Wenige Tage nach Zyklon *Cody* rief jedoch auch der durch den Ausbruch des Hunga-Tonga-Hunga Ha'apai-Vulkans im benachbarten Tonga ausgelöste Tsunami Zerstörungen in Fidschi hervor. Betroffen waren Inseln der Lau-Gruppe, die relativ nah an Tonga liegt. Berichten zur Folge soll eine ältere Frau aufgrund von Erschöpfung zusammengebrochen und verstorben sein, nachdem sie nach ihrer Rettung vor dem Tsunami in ihr Heimatdorf zurückkehren wollte – ob es einen unmittelbaren Zusammenhang mit dem Tsunami gibt, ist jedoch nicht eindeutig geklärt. Auf insgesamt sechs Inseln seien nach dem Tsunami sowohl zivile Helfer*innen der Katastrophenbehörde als auch Militärangehörige im Einsatz gewesen, um das Ausmaß der Schäden zu erfassen und dringende Reparaturen an der Infrastruktur durchzuführen. Unter anderem seien Schulgebäude und zahlreiche Fischerboote beschädigt oder vollständig zerstört worden. Das genaue Ausmaß der Schäden konnte zunächst nicht beziffert werden, allein der Einsatz des Katastrophenteams mit den bereits von ihnen mitgeführten Ma-

terialien für Reparaturen habe jedoch 210.000 Fidschi-Dollar (ca. 90.000 €) gekostet. Für ganz Fidschi und vor allem die Inseln der Lau-Gruppe warnten die Behörden außerdem vor einer starken Luftbelastung nach dem Vulkanausbruch. (*Radio New Zealand 10.01.22, 11.01.22, 15.01.22, 20.01.2022, Wikipedia*)

Corona-Lage: Ausgangssperre aufgehoben, Schulen öffnen wieder

Fidschi hat am 7. Februar 2022 zahlreiche strikte Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie gelockert oder ganz aufgehoben, darunter eine strenge nächtliche Ausgangssperre, die zuvor 22 Monaten in Kraft gewesen war. Außerdem wurden etwa Maßnahmen im öffentlichen Nahverkehr gelockert und es dürfen auch ohne Sportveranstaltungen stattfinden und Nachtclubs öffnen. Andere Maßnahmen wie etwa die Maskenpflicht bleiben aber erhalten. Auch die umstrittene „No jab, no job“-Politik der fidschianischen Regierung, die zur Folge hat, dass ungeimpfte Regierungsangestellte, aber auch Mitarbeiter*innen etwa im Gesundheitswesen ihren Job verlieren können, wird trotz Kritik aufrechterhalten.

Bereits seit Ende Januar sind die Schulen in Fidschi schrittweise wieder geöffnet worden, nachdem sie seit dem Ausbruch einer verheerenden zweiten Corona-Welle in Fidschi seit April 2021 weitgehend geschlossen gewesen sind. Lediglich Schülerinnen und Schüler der 12. und 13. Klassen hatten bereits seit Oktober 2021 wieder Unterrichtsstunden. Nun sollen ältere Schülerinnen und Schüler ausgebildet worden sein, die Umsetzung von Maßnahmen, die im Schulbetrieb gelten, wie etwa eine Maskenpflicht, zu beobachten und mögliche Verstöße zu melden. Ähnlich wie auch in Deutschland wird im Falle von Covid-19-Infektionen im Schulbetrieb nun auch nicht mehr die gesamte Schulklasse in Quarantäne geschickt. Seit Anfang Februar haben auch Kindergärten und

Grundschulen wieder geöffnet. Es wird allerdings davon berichtet, dass teilweise deutlich weniger Kinder am Unterricht teilnahmen als vor der Pandemie – in einigen Regionen nur etwa 60 % der schulpflichtigen Kinder. Dennoch berichteten manche Schulen von völlig überfüllten Klassen, insbesondere im Großraum der Hauptstadt Suva. Grund dafür sei neben einem allgemeinen Mangel an Lehrkräften auch der weiterhin hohe Krankenstand von Lehrer*innen.

In der ersten März-Woche verzeichnete Fidschi 312 bestätigte Neuinfektionen mit Covid-19 – das entspricht einer 7-Tage-Inzidenz von etwa 35. Die tatsächlichen Zahlen dürften aber deutlich höher liegen. Der geschäftsführende Premierminister Aiyaz Sayed-Khaiyum verglich Covid-19 mittlerweile mit anderen endemischen Krankheiten wie etwa der Grippe. Fidschi hat eine Impfquote von über 93 % unter den Erwachsenen. Dennoch gibt es auch Widerstand gegen Impfungen, häufig verbunden mit religiösen Motivationen. So reichten im Februar 11 Pfarrer der *Methodist Church*, die größte fidschianische Kirche, der etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung angehört, ihre Kündigung ein, weil sie sich entgegen des öffentlichen Drucks nicht impfen lassen wollen. Bereits im vergangenen Oktober hatte eine Gruppe von zehn Pfarrern einer kleineren christlichen Gemeinschaft in Fidschi ihren Rücktritt erklärt, weil sie sich weigerten, sich impfen zu lassen.

Auch das Gesundheitssystem steht weiter unter großer Belastung, weil immer mehr Pflegekräfte den Job kündigen. Medienberichten zur Folge sollen in den letzten Monaten mehr als 300 Krankenschwestern und Pfleger ihren Job wegen schlechter Arbeitsbedingungen, schlechter Bezahlung und Stress verlassen zu haben.

Die Koordinatorin der zivilgesellschaftlichen Organisation *Fiji Women's Crisis Centre*, Shamima Ali, kritisierte, viele dieser Menschen, vor allem Frauen, würden sich nicht trauen, über dieses

Thema zu sprechen, weil sie Schikanen durch das Gesundheitsministerium fürchten. Aus Sicht der Behörden spielt jedoch auch eine Rolle, dass immer mehr Krankenschwestern vom Ausland „abgeworben“ werden und zu höherem Lohn etwa in Australien oder Neuseeland arbeiten. (*Radio New Zealand 26.01.22, 02.02.22, 05.02.22, 07.02.22, 10.02.22, 17.02.22, Wikipedia, Covid-19-Datenbank der John-Hopkins-Universität*)

Übertragbare Krankheiten breiten sich weiter aus

Im Schatten der Covid-19-Pandemie breiten sich gerade mehrere übertragbare Krankheiten stark in Fidschi aus, darunter insbesondere Leptospirose, aber auch einzelne Fälle von Dengue-Fieber oder Typhus. Bis zum Redaktionsschluss (Stand: 4 März 2022) verzeichnete das fidschianische Gesundheitsministerium allein 567 Fälle von Leptospirose und 23 Todesfälle durch die durch Bakterien übertragene Infektionskrankheit in diesem Jahr, vor allem seit Anfang Februar. Allein seit dem 23. Februar 2022 habe es vier weitere Todesfälle gegeben, außerdem zahlreiche Krankenhauseinweisungen. Zum Vergleich: In Deutschland, das etwa 90 Mal so viele Einwohner*innen hat wie Fidschi, gab es im gesamten Jahr 2019, in dem die Infektionen hierzulande vergleichsweise auf sehr hohem Stand waren, 278 registrierte Fälle der Krankheit.

Beim derzeitigen Ausbruch in Fidschi ist die Hauptinsel Viti Levu besonders stark betroffen, erhöhte Fallzahlen treten aber in allen Provinzen des Landes auf. Die Gesundheitsbehörden vermuten, dass vor allem Kontakte mit Ratten, aber auch das Schwimmen in verdreckten Gewässern in Folge von Hochwassern zu der Verbreitung beigetragen haben könnten.

Bis Mitte Februar (Stand: 21. Februar 2022) hatte Fidschi außerdem 213 Fälle von Dengue-Fieber und 30 Fälle von Typhus in diesem Jahr verzeichnet. In Deutschland lagen die Werte im gesamten Jahr 2019 (wiederum ein Jahr mit über-

durchschnittlich hohen Zahlen) bei 1.154 Fällen (Dengue-Fieber) und 86 Fällen (Typhus).

(*Fiji Times 04.03.22, Radio New Zealand 18.02.22, 21.02.22, statista.de, RKI, Wikipedia*)

Verurteilung nach 5-fachem Mord in den Nausori Highlands

Ein 65-jähriger Fidschianer ist im Januar 2022 zu einer lebenslangen Haftstrafe für den Mord an fünf Mitgliedern einer befreundeten Familie im Jahr 2019 verurteilt worden. Das Gericht in Lautoka sah es als erwiesen an, dass der Mann, der seit Jahren eigentlich in Neuseeland lebte, im August 2019 ein älteres Ehepaar, ihre erwachsene Tochter und deren zwei minderjährige Kinder in den Nausori Highlands umgebracht hat. Der Mordfall an einem Kliff in einer abgelegenen Gegend sorgte für viel Aufsehen, unter anderem auch deshalb, weil ein etwa einjähriges Kleinkind – eine Enkelin des ermordeten Ehepaars, die bei ihren Großeltern lebte, da ihre Mutter in Australien arbeitete – unverletzt in der Nähe des Tatorts entdeckt wurde. In den Medien wurde das Kind fortan als „*mystery baby*“ bezeichnet, da zunächst nicht klar war, wie lange das Kind bereits alleine im Hochland überlebt hatte (siehe Berichterstattung in der pa im Jahr 2019).

Kurz nach der Tat geriet der nun Verurteilte in den Blick der Ermittler, durfte zunächst nicht zurück zu seinem Wohnort in Neuseeland reisen und wurde schließlich festgenommen. Neben der lebenslangen Haftstrafe für den fünffachen Mord wurde er außerdem auch wegen versuchten Mordes an dem Kleinkind zu weiteren 20 Jahren Haft verurteilt. Der Angeklagte hatte alle Anklagepunkte abgestritten.

Ursprünglich war die Familientragödie auch mit schwarzer Magie und illegalen Heilungspraktiken in Verbindung gebracht worden. Die tatsächlichen Motive waren aus Sicht des Gerichts aber wohl eher finanzieller Natur und mit zahlreichen Lügen des Täters verbunden: So habe der verurteilte Mann

der Familie über Jahre vorgespielt, dass er in Neuseeland insgesamt fünf Eigentümshäuser besitze und versucht, die Familie mit dieser Behauptung ebenfalls zu einer Auswanderung nach Neuseeland zu überreden – und davon möglicherweise finanziell zu profitieren. Kurz vor ihrem Tod versuchte das getötete Ehepaar, eine große Menge Geld bei ihrer Bank abzuheben, das möglicherweise für den späteren Mörder bestimmt gewesen sei. Da es sich um ein langfristig angelegtes Sparkonto handelte, hätten sie jedoch Gründe für die Kündigung angeben müssen, wobei sie sich in Widersprüche verstrickt hätten, sodass sie letztlich nur einen kleinen Teil ihres Vermögens in Bargeld hätten ausgezahlt bekommen können.

(*Radio New Zealand 20.12.21, 10.01.22, 19.01.22, 24.01.22*)

Mann stirbt in Polizeigewahrsam

Erneut ist in Fidschi ein Mann in Polizeigewahrsam ums Leben gekommen. Der Mann soll stark alkoholisiert wegen eines tätlichen Angriffs auf einen Handwerker festgenommen und in eine Zelle gesperrt worden sein, in der er später leblos aufgefunden wurde. Wegen der starken Alkoholisierung des Mannes sei zunächst nicht die Identität des Mannes festgestellt worden. Das bestätigte die *Fiji Human Rights Commission*, die eine Untersuchung des Vorfalles startete. Immer wieder kommt es in Fidschi zu Todesfällen von Häftlingen und teils auch massiven Vorwürfen der Misshandlung gegen die Polizei und Haftanstalten. Die internen Aufklärungsversuche solcher Fälle führen selten dazu, dass Polizist*innen überführt werden, die für Misshandlungen verantwortlich sind oder wie im aktuellen Fall ihre Aufsichtspflichten verletzt haben. (*Radio New Zealand 19.02.22*)

VANUATU

Bitcoin-Insel geplant

Die Insel Lataro in der Provinz Sanma soll in einen Bitcoin-Ort umgewandelt und in *Satoshi Island* umbenannt werden. Auf der 300 Hektar großen Insel Lataro leben seit etwa zehn Jahren der pensionierte Immobilienentwickler Anthony Welch und seine Partnerin Theresa.

„Wir versuchen, hier eine Bitcoin-Gemeinschaft aufzubauen“, sagte Welch der britischen Zeitung *„The Guardian“* über eine Satellitenverbindung von der Insel aus. Die Insel hat derzeit noch keinen Strom-, Wasser-, Telefon- oder Internetanschluss.

Gemeinsam mit einem Investor will das Paar die Insel zu einem „Bitcoin-Paradies“ ausbauen. 21.000 Investoren seien nötig, um diese geplante „Krypto-Hauptstadt der Welt“ zu schaffen, erklärte der Inselbesitzer.

Mit seinen neuen Plänen hat Anthony Welch eine Kehrtwende vollzogen. Bei einem früheren Versuch, die Insel im Jahr 2017 für 12 Millionen Dollar zu verkaufen, wurde Lataro als ökologisches Paradies beschrieben.

Die Familie Welch ging damals sogar so weit, bei der lokalen Regierung von Vanuatu eine Petition einzureichen, um die Insel zu einem Naturschutzgebiet zu erklären. Damit sollte das Aussterben der seltenen Kokosnusskrabbe verhindert werden.

(<https://beincrypto.com/bitcoin-island-a-crypto-paradise-off-the-coast-of-vanuatu/>)

Vanuatu darf wieder bei UN-Versammlung wählen

Das afrikanische Land Guinea, der Iran und Vanuatu haben ihr Stimmrecht bei den Vereinten Nationen (UN) wiedererlangt. Dieses war ihnen Anfang des Jahres 2022 verweigert worden, weil sie ihre Mitgliedsbeiträge an die Weltorganisation nicht gezahlt hatten, so eine UN-Sprecherin.

„Die Generalversammlung hat zur Kenntnis genommen, dass Guinea, Iran und Vanuatu die notwendigen Zahlungen geleistet haben, um ihre Rückstände unter die in Artikel 19 der Charta festgelegten Beträge zu senken“, sagte die UN-Sprecherin Paulina Kubiak. „Dies bedeutet, dass sie wieder in der Generalversammlung abstimmen können“, erklärte die Sprecherin.

Nach Artikel 19 der UN-Charta kann jedem Land der Welt das Stimmrecht in der Generalversammlung der Vereinten Nationen entzogen werden, wenn die Zahlungsrückstände mindestens so hoch sind wie die fälligen Beiträge für die letzten zwei vollen Jahre.

Der Direktor des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten, Yvon Basil, bestätigte, dass die Regierung von Vanuatu 192 USD gezahlt hat, um ihr Stimmrecht wieder zu erlangen. Außerdem wurde ein Betrag von 74.562 USD gezahlt, um ausstehende Rückstände zu begleichen.

„Wir haben unser Wahlrecht ausgezahlt und unsere ausstehenden Rückstände beglichen. Wir haben keine Schulden mehr bei der UNO“, erklärte Basil.

Das lateinamerikanische Venezuela, dem eine Mindestzahlung von fast 40 Millionen US-Dollar bevorsteht, und Papua-Neuguinea, das etwas mehr als 13.000 US-Dollar zahlen muss, sind nach Angaben der Vereinten Nationen nach wie vor nicht stimmberechtigt. Sie sind die einzigen beiden Länder unter den 193 Mitgliedern der Vereinten Nationen, die in diesem Jahr nicht an den Abstimmungen teilnehmen können. (VOA-News 24.02.22, <https://pina.com.fj/2022/01/31/vanuatu-regains-un-voting-right/>)

Infomaterial zur Internetsicherheit

Im Rahmen des Projektes GO! (*Girls online!*) sind Infomaterialien und Videos für junge Mädchen und Frauen entstanden, die eine Handreichung zum sicheren Surfen im Internet und zur Nutzung

der Sozialen Medien beinhalten. Ziel ist es, Mädchen vor kriminellen Machenschaften, digitaler „Anmache“, Pornographie und Cyber-Mobbing besser zu schützen.

Das Besondere an den Materialien ist die Authentizität, denn das Material wurde von jungen Frauen erstellt, die ihre Lebensgeschichte erzählen und Beispiele geben, wie gefährlich z.B. die Weitergabe persönlicher Daten über das Internet ist. „Wir haben mit jungen Frauen zusammengearbeitet, die mutig ihre persönliche Geschichte und die Herausforderungen, mit denen sie im Cyberspace konfrontiert sind, erzählt haben. Junge Frauen leiden unter Depressionen, Angstzuständen, Selbstmordgedanken und verinnerlichter Scham, weil ihre Privatsphäre verletzt wurde, sie Opfer von Cybermobbing wurden oder ihr Bild ohne ihre Zustimmung veröffentlicht wurde. Wir hoffen, dass diese Ressourcen der Beginn einer Bewegung sein werden, die den Cyberspace für junge Frauen und Mädchen sicherer macht,“ so Yasmine Bjornum, die Koordinatorin der Organisation Sista.

Info: Das GO!-Projekt ist eine gemeinsame Initiative der ABC International Development, der Hilfsorganisation CARE und der Nichtregierungsorganisation Sista. Finanziert wird das Projekt von der australischen Regierung im Rahmen des „Cyber and Critical Tech Cooperation Project“.

Auf der Facebook-Seite von Sista können die Print-Materialien und Filme angeschaut werden.

(Loop Vanuatu 13.02.22, www.facebook.com/sistavanuatu/, <https://www.sista.com.vu/>)

Neuer Oberstabsfeldwebel

Jeffery Wimbong wurde Mitte Februar zum neuen Force Sergeant Major (FSM, Oberstabsfeldwebel) der *Vanuatu Mobile Force* ernannt. Der amtierende Kommandant der Mobile Force, Karlshem Bongran, übergab dem neuen FSM in Anwesenheit des scheidenden Oberleutnants der Infanteriekompanie,

Joshua Bong, das Amt. Wimbong stammt aus Malekula und diente vor seiner Ernennung 24 Jahre in Santo. Erstmals haben die *Vanuatu Mobile Force* nun einen FSM aus einer anderen Provinz, alle seine Vorgänger stammten direkt aus der Hauptstadtprovinz Port Vila. (*Vanuatu Daily Post* 09.02.22)

MIKRONESIEN

Neueste Entwicklungen im Amtsenthebungsverfahren gegen Gouverneur Torres

Nördliche Marianen: Am 13. Januar 2022 stimmte das Repräsentantenhaus der Marianen für eine Amtsenthebung des Gouverneur Ralph Torres. Ihm werden mehrere Straftaten vorgeworfen, unter anderem Korruption und Verletzung seiner Amtspflichten.

Das eingeleitete Amtsenthebungsverfahren ist laut der Abgeordneten und Kandidatin für das Gouverneursamt Christina Sablan das Ergebnis einer zweijährigen Untersuchung und der engen Zusammenarbeit zwischen Justiz, Repräsentantenhaus und dem Komitee für Regierungsangelegenheiten.

In einer Rede, die direkt an den Prozess angeschlossen, erhob der Republikaner Torres schwere Vorwürfe gegen das von der demokratischen Partei kontrollierte Repräsentantenhaus und bezeichnete das Verfahren als politisch motivierten Verleumdungsprozess.

Nun muss der Senat entscheiden, ob der Gouverneur freigesprochen werden soll, oder für schuldig erklärt und endgültig seines Amtes enthoben werden muss. Allerdings wird der Senat, im Gegensatz zum Repräsentantenhaus, von Abgeordneten der republikanischen Partei dominiert, der Torres ebenfalls vorsitzt. In dem neunköpfigen Senat benötigt es mindestens einer Zweidrittelmehrheit – also sechs Stimmen - um Gouverneur Ralph Torres endgültig abzusetzen.

Mittlerweile legte der Senat einen Vorschlag zu den Amtsenthebungsregeln für den bevorstehenden Prozess vor. Angesichts der benötigten Zweidrittelmehrheit in dem republikanisch kontrollierten Senat gehen Beobachter*innen und die Öffentlichkeit allerdings nicht davon aus, dass die Senator*innen für eine Amtsenthebung stimmen werden.

(Artikel von Clara Groth.
<https://www.rnz.co.nz/international/pacific-news/459490/cnmi-governor-is-impeached>
<https://www.kuam.com/story/45954952/cnmi-senate-releases-impeachment-trial-rules>)

Politische Kultur der Einschüchterung

Nördliche Marianen: Die Abgeordnete des Repräsentantenhaus Christina Marie E. Sablan wird in der kommenden Wahl für das Gouverneursamt als Kandidatin antreten. Einer ihrer Themenschwerpunkte im Wahlkampf ist das politische Klima der Einschüchterung, gegen das sie sich gemeinsam mit ihrer Vizekandidatin Leila Haveia Fleming C. Staffler einsetzen will. Laut Sablan sei es hauptsächlich der Regierung unter Gouverneur Ralph Torres zu verdanken, dass sich das politische Klima derart negativ entwickelt hat und Regierungsangestellte Angst hätten, sich offen und ehrlich zu äußern, aus Sorge vor Vergeltungsaktionen.

Jetzt, da die Abstimmung über die Amtsenthebung von Torres abgeschlossen ist und die Entscheidung des Senats abgewartet werden muss, werden Sablan und Staffler ihre Vision davon, wie eine Regierung aussehen könnte und sollte, der Öffentlichkeit vorstellen. Für beide seien Fairness und Ehrlichkeit sowie finanzielle Verantwortung essenziell für eine gute Regierungsführung.

In einem Interview sagte Staffler, dass es ihr wichtig sei, Menschen zusammenzubringen und auf ein gemeinsames Ziel hinzuarbeiten. Dafür sei ihrer Meinung nach bei der aktuellen Regierung noch erheblicher Verbesserungsspielraum. Staffler argumentierte, dass

schlechte Führung an der Spitze sich letztendlich immer auf allen politischen Ebenen auswirke, sowie auf das generelle politische Klima. Es sei nicht einfach, diese Kultur zu verändern, aber Sablan und Staffler möchten diesen wichtigen Veränderungsprozess angehen. (Artikel von Clara Groth.

<https://www.saipantribune.com/index.php/sablan-political-intimidation-in-govt-must-end/>)

Chinesischer Einfluss auf den Marianen

Nördliche Marianen: In einer Anhörung des US-amerikanischen Senatsausschusses für Energie und natürliche Rohstoffe wurde der Finanzminister der Nördlichen Marianen, David Atalig, zum chinesischen Einfluss in dem Inselstaat befragt. Es ging vor allem um Arbeitsrechtsverletzungen chinesischer Unternehmen, „Geburtstourismus“ und chinesische Manöver im Pazifik.

Arbeitsrechtsverletzungen gibt es vor allem im Bereich Infrastruktur. Chinesische Unternehmen stellen Arbeiter aus China ein, die dann häufig das 45-tägige Visum überschreiten bzw. versuchen zu umgehen. Laut Atalig hat dieses Problem aber während der Pandemie deutlich abgenommen und politische Entscheidungsträger hätten die letzten beiden Jahre dazu genutzt, Gesetzeslücken zu schließen.

Der sogenannte „Geburtstourismus“, also die Reise in ein anderes Land, damit das dort geborene Kind eine andere Staatsangehörigkeit erhält, ist ebenfalls mit der Pandemie zurückgegangen. Außerdem sei es laut Atalig nun teurer für Tourist*innen aus dem Ausland, Gesundheitsdienste in Anspruch zu nehmen, um Geburtstourismus vorzubeugen. Zusätzlich sollen Grenzkontrollen verstärkt werden.

Mehrere Senator*innen äußerten sich besorgt über den wachsenden Einfluss Chinas im Pazifik und auf den Marianen. Senator Roger Marshall zum Beispiel befürchtet, China könne versuchen, militäri-

sche Einrichtungen zu bauen oder die illegale Fischerei in der Region auszuweiten. Atalig versicherte daraufhin, die Bedenken der Senatoren an Gouverneur Torres weiterzuleiten. (Artikel von Clara Groth. https://www.postguam.com/news/cnmi/us-senators-question-chinas-influence-in-cnmi-at-hearing/article_effdcfea-84b2-11ec-a4b9-17b629ab53f5.html)

Vergleich im Opioid-Prozess

Guam: Der Justizminister und Generalstaatsanwalt Leevin Camacho gab Ende Februar die endgültige Genehmigung der Opioid-Vereinbarung in Höhe von 26 Milliarden US-Dollar mit dem Pharmaunternehmen *Johnson & Johnson* und drei Pharmahändlern bekannt. Die angeklagten Firmen werden am 2. April 2022 Gelder an einen staatlichen Verwalter freigeben, wobei die ersten Zahlungen voraussichtlich bis diesen Sommer an Guam erfolgen sollen. Den Unternehmen wird vorgeworfen, durch fehlende Regulierung dem Medikamentenmissbrauch Vorschub zu leisten und damit die Opioid-Epidemie in Guam anzutreiben.

Die Vereinbarung markiert den Höhepunkt jahrelanger Verhandlungen zur Beilegung von mehr als 4.000 Forderungen staatlicher und lokaler Regierungen in den Vereinigten Staaten und ihren Territorien. Nach dem „*Tobacco Master Settlement Agreement*“ ist es das zweitgrößte Abkommen zwischen mehreren Staaten in der Geschichte der USA und Guams. Das Abkommen und die Gelder sollen für eine effektive Bekämpfung von Medikamentenmissbrauch und Suchtproblemen eingesetzt werden.

Bereits vor einem Jahr erhielt Guam 280.000 US-Dollar aus einem Vergleich mit dem Beratungsunternehmen *McKinsey & Company* für seine Rolle bei der Unterstützung von *Purdue Pharma* und anderen Opioid-Unternehmen bei der Vermarktung ihrer Medikamente, die die Opioid-Epidemie beschleunigten. Die Gelder werden für die

Behandlung von Suchtkrankheiten, Aufklärungs- und Präventionsarbeit sowie Forschungsprojekte eingesetzt. (Artikel von Clara Groth. <https://www.pncguam.com/237498-2/>)

Fördermittel für Infrastrukturprojekte

Guam: Ende Februar gaben die US-Regierung und das Verkehrsministerium die Bereitstellung von mehr als 1,14 Milliarden US-Dollar bekannt, die für die Reparatur und den Wiederaufbau von Straßen und Brücken für US-Territorien verwendet werden. Davon sollen 96 Millionen Dollar über einen Zeitraum von fünf Jahren auch Guam zugutekommen. Bereits in diesem Jahr sollen 18,3 Millionen US-Dollar in kritische Infrastruktur fließen.

Laut Bundesstraßenverwalterin Stephanie Pollack würden die Gelder die Verbesserung der Autobahnnetze erheblich unterstützen, die Wirtschaft stimulieren und die Straßensicherheit erhöhen. Außerdem würden die finanziellen Mittel größere Reparaturen an Autobahnen und Brücken vorantreiben und die Verkehrssysteme verbessern.

Nach Angaben der staatlichen Autobahngesellschaft soll das überparteiliche Infrastrukturgesetz dezidierte Mittel bereitstellen, um alle Gebiete beim Bau und der Verbesserung eines Systems von Haupt- und Sammelstraßen sowie den notwendigen Verbindungen zwischen den Inseln zu unterstützen. (Artikel von Clara Groth. <https://www.pncguam.com/guam-territories-get-huge-funding-boost-for-infrastructure/>)

Taiwan spendet medizin. Versorgungsmaterial

Palau: Insgesamt 10.000 Antigen-Schnelltests, 62.500 Masken für Erwachsene und 10.000 Masken für Kinder sowie andere medizinische Hilfsgüter wurden am 22. Januar 2022 von Taiwan an Palau gespendet. Laut taiwanesischem Außenministerium sei die Spende in Zusammenarbeit mit zwei Krankenhäusern und einem Geräteher-

steller koordiniert worden und soll den pazifischen Inselstaat bei der Pandemiebekämpfung unterstützen.

Taiwan und Palau feierten 2019 ihr 20-jähriges Jubiläum gemeinsamer diplomatischer Beziehungen. Die Inselstaaten teilen ein reiches austronesisches Erbe und arbeiten zusammen, um Frieden, Stabilität und nachhaltige Entwicklung im gesamten Indopazifik voranzutreiben. (Artikel von Clara Groth. <https://taiwantoday.tw/news.php?unit=2,6,10,15,18&post=214123>)

Neue Entwicklungen in der digitalen Staatsbürgerschaft

Palau: Die Republik Palau hat sich mit dem Blockchain-Forschungsunternehmen *Cryptic Labs* zusammengetan, um das weltweit erste digitale Aufenthaltsprogramm zu starten. Weltweit können sich Benutzer*innen auf dieses Programm bewerben und erhalten nach Erteilung einer Genehmigung ihre digitale Staatsbürgerschaft. Diese gewährt ihnen Zugang zu Vergünstigungen und einer physischen Adresse auf Palau.

Der Präsident von Palau, Surangel S. Whipps Jr., hat aber noch weitreichendere Pläne. Die Kooperation mit *Cryptic Labs* sei nur der Anfang einer Wirtschaftsstrategie, die langfristig auf eine größtmögliche Digitalisierung der Wirtschaft setze. Geplant sei daher in Zusammenarbeit mit dem Krypto-Zahlungsunternehmen *Ripple* die Gründung einer Krypto-Börse und einem „digitalen Geldbeutel“ für die Bürger*innen des Inselstaates. Diese Vorhaben sind vor allem das Ergebnis der Coronapandemie und dem Einbruch der Tourismusindustrie, die gezeigt haben, wie abhängig Palau von dem Tourismussektor ist. Die neue Strategie könnte Palau also dabei helfen, sich wirtschaftlich zu diversifizieren. Außerdem werde es laut Whipp zunehmend schwieriger, Bargeld und vor allem Münzen auf die Inseln zu transportieren. Geldknappheit sei ein reales Problem, weshalb die digitale Geldbörse eine erhebliche Entlastung für die

Bürger*innen von Palau sei. Details zur genaueren Umsetzung bleiben vorerst abzuwarten.

(Artikel von Clara Groth.

<https://www.coindesk.com/policy/2022/01/13/palau-president-talks-stablecoin-plans-following-island-nations-digital-residency-rollout/>)

MARSHALL-INSELN

Gewalt gegen Frauen wird häufiger gemeldet

Daten des Obersten Gerichtes der Marshall-Inseln zeigen starke Schwankungen in der Meldung von Gewalt gegen Frauen bei Polizeidienststellen. Im Jahr 2016 wurden 12 Fälle angezeigt, 2017 waren es 16 Fälle und 2018 erneut 12 Fälle. In den Jahren 2019 und 2020 wurden nur 6 bzw. 4 Fälle bekannt. Im vergangenen Jahr 2021 wurden dem Gericht 15 Fälle angezeigt.

Die Direktorin der Frauenschutzorganisation „*Women United Together Marshall Islands*“ (WUTMI), Daisy Alik-Momotaro, erklärt die Schwankungen mit einem Bewusstseinswandel in der Gesellschaft. Zunächst hätten Frauen und Mädchen begeistert auf die Möglichkeit reagiert, Fälle sexualisierter Gewalt melden zu können, doch hätten die Anzeigen bei der Polizei zu noch mehr Gewalttaten geführt, weil sich die Männer für die Anzeige bei ihren Frauen rächen wollten. Deshalb seien in einigen Jahren nur wenige Fälle gemeldet worden. Nun seien die Frauen aber wesentlich selbstbewusster geworden und trauten sich, alleine zur Polizei zu gehen und z.B. Vergewaltigung in der Ehe anzuzeigen.

Leider, so Alik-Momotaro, brächten Nachbarn oder Familienangehörige, die Gewalt in der Ehe beobachteten, diese Fälle meist nicht zur Anzeige mit der Begründung, man wolle sich nicht in die Angelegenheiten anderer Menschen einmischen. Hier müsse es noch zu einem Bewusstseinswandel kommen, forderte die Frauenrechtsaktivistin. WUTMI könne die Frauen nur immer wieder durch

Workshops stärken und ermutigen, gewalttätige Männer bei der Polizei anzuzeigen und sie vor Gericht zu bringen. Bei diesen Prozessen könnten Mitarbeiterinnen von WUTMI die Frauen auch begleiten, erklärte Alik-Momotaro. Frauen müssten sich solidarisieren und sich gegenseitig helfen, sollten sie von Gewalt betroffen sein, forderte sie. (*Marshall Islands Journal* 14.01.22, *RMI High Court online*, <https://www.wutmi.com/category/projects/>)

Hohe Rate an Teenager-Schwangerschaften

In den letzten fünf Jahren, zwischen 2017 und 2021, ist die Rate an Schwangerschaften minderjähriger Mädchen nur wenig gesunken, wie das marshallische Gesundheitsministerium Anfang des Jahres bekanntgab. 14 bis 15 % aller auf den Inseln geborenen Kinder stammen von Müttern zwischen 13 und 19 Jahren.

Die Teenagerschwangerschaftsrate sank von 66 zu 1.000 Müttern im Jahr 2020 auf 60 zu 1.000 minderjährigen Frauen im vergangenen Jahr. Trotzdem handelt es sich hier um die zweithöchste Rate an minderjährigen Müttern in Ozeanien, nur übertroffen von den Salomonen, hier liegt die Quote bei 79 zu 1.000.

Im Jahr 2020 wurden auf den Inseln 1.002 Kinder geboren. Darunter waren 148 minderjährige Mütter, davon wiederum sogar fünf Mütter unter 15 Jahren.

Nach Angaben des Gesundheitsministeriums werden die Mädchen vor allem im letzten und vorletzten Schuljahr schwanger. So meldete etwa die *Marshall Islands High School* für das Jahr 2020 12 schwangere Mädchen unter den 130 Mädchen des Abschlussjahrgangs. Für das noch junge Jahr 2022 wurde bereits eine Schwangerschaft bei zwei Mädchen in der zehnten Klasse und bei einem Mädchen in der elften Klasse gemeldet. Diese High School sieht für den Fall einer Schwangerschaft keinen Schulausschluss vor. Die Mädchen dürfen für zehn Tage der

Schule fernbleiben und können dann sofort wieder in den Unterricht einsteigen, um trotz der frühen Mutterschaft einen Schulabschluss zu erlangen.

Verschiedene Organisationen engagieren sich mit finanzieller Unterstützung aus den USA gegen Teenager-Schwangerschaften.

So hat das US-amerikanische *Office of Population Affairs* etwa das Programm zur Verhütung von Teenagerschwangerschaften eingeführt, das verschiedene Organisationen finanziert, die sich für die Verhütung von Teenagerschwangerschaften in den Vereinigten Staaten einsetzen. Auf den Marshall-Inseln wird so seit 2015 die lokale Nichtregierungsorganisation „*Youth to Youth in Health*“ unterstützt, die Workshops zur Sexualaufklärung, Verhütung und Gesundheit an Schulen durchführt.

Info: Weltweit bringen jedes Jahr gut zwölf Millionen Mädchen zwischen 15 und 19 Jahren ein Kind zur Welt. Das entspricht neun Prozent aller Geburten weltweit.

(*Marshall Islands Journal* 21.01.22, <https://opa.hhs.gov/sites/default/files/2020-07/tpp-spotlighting-success-marshall-islands.pdf>)

ADB-Gelder für Energieprojekt

Die *Asiatische Entwicklungsbank* (ADB) und die Regierung der Marshall-Inseln (RMI) haben Ende des letzten Jahres Vereinbarungen über einen Zuschuss in Höhe von sieben Mio. USD unterzeichnet, um die *Marshall's Energy Company* (MEC) dabei zu unterstützen, ihre Leistung zu verbessern, die Katastrophenresistenz des Energienetzes auf den Inseln zu erhöhen und sich auf die Umstellung auf erneuerbare Energien vorzubereiten.

Die Vereinbarungen, die Teil des RMI-Energiesicherheitsprojekts (*Energy Security Project*) sind, wurden von ADB-Exekutivdirektor Noor Ahmed und der ADB-Generaldirektorin für den Pazifikraum, Leah Gutierrez, unterzeich-

net.

Der Zuschuss stellt zusätzliche Mittel bereit, um die Energiesicherheit auf den Inseln zu verbessern. Die zusätzlichen Gelder fließen in ein bereits 2018 genehmigtes Investitionsprojekt in Höhe von 12,7 Millionen US-Dollar zur Sanierung von Treibstofftanks und der dazugehörigen Infrastruktur auf dem Majuro-Atoll.

Mit dem Zuschuss soll das Stromnetz verbessert werden und die Mitarbeiter*innen des MEC sollen im Bereich der erneuerbaren Energien geschult werden.

Die Regierung der Marshall-Inseln hat für die Zeit bis 2030 einen Fahrplan („*Energy Road Map*“) aufgestellt, nachdem die Energieversorgung der Inseln auf erneuerbare Energien umgestellt werden soll. (*Marshall Islands Journal* 31.12.21, <https://www.eqmagpro.com/adb-signs-7m-grant-to-help-marshall-islands-shift-to-renewables/>)

Taiwan spendet Feuerwehrfahrzeug

Der taiwanische Botschafter für die Marshall-Inseln, Jeffery Hsiao, hat Anfang Januar im Namen der Stadt Taipei City und der Regierung der Provinz Chiayi symbolisch ein Feuerwehrfahrzeug, ein Müllfahrzeug sowie sechs, vom Rotary-Club der Provinz Chiayi in West-Taiwan gespendete, Feuerwehrmannanzüge an die Lokalregierung des Majuro-Atolls (MAL-Gov) übergeben. Der Botschafter überreichte die Übereignungsurkunde bei einer Feierstunde an den Bürgermeister des Atolls, Mayor Ladie Jack. An der Zeremonie nahmen auch der marshallische Präsident David Kabua, Finanzminister Brenson Wase sowie weitere Mitglieder des Parlaments teil.

Botschafter Hsiao sagte in seiner Ansprache, die Materialspende sei ein lebendiges Zeichen für das seit einiger Zeit existierende Hilfsprogramm „*Love from Taiwan*“, mit dem Materialspenden - u.a. Hygieneartikel für die Bekämpfung der Corona-Pandemie oder wie im Januar dieses Jahres 60 Tonnen Reis für die Ernährungssicherung

- aus Taiwan nach Majuro gelangen. Er ergänzte, Taiwans Regierung werde zusätzlich 25.000 US-Dollar bereitstellen, um die Fahrzeuge und die Feuerwehrausrüstung von Taiwan nach Majuro zu transportieren.

Das Feuerwehrfahrzeug soll bei der freiwilligen Feuerwehr von Majuro zum Einsatz kommen. Das Müllfahrzeug wird an die *Majuro Atoll Waste Company* übergeben. (*Marshall Islands Journal* 14.01.22, 28.01.22)

Erste Empfängerin eines taiwan. Mikrokredits

Die Kunsthandwerkerin Alma Abin hat als erste Frau auf den Marshall-Inseln einen taiwanesischen Mikrokredit zum Ausbau ihres Kunsthandwerk-Geschäfts erhalten. Der Fonds „Kora am an Kil“ (kurz: Kora Fund) geht zurück auf eine Idee der damaligen Präsidentin der Marshall-Inseln, Dr. Hilda Heine. Sie hatte 2019 mit der taiwanesischen Präsidentin Tsai Ing-wen vereinbart, einen solchen Fonds aufzulegen, um Frauen bei der Gründung eines eigenen Geschäfts zu unterstützen. Die Gelder im Fonds kommen von der taiwanesischen und der marshallischen Regierung. Korrekt heißt der Fonds „*The Women Business Start-up Small Loan Revolving Fund*“.

An der Übergabezeremonie des Kleinkredits an Alma Abin nahmen der taiwanische Botschafter Jeffrey Hsiao, seine Frau Jasmine sowie Vertreter der örtlichen Industrie- und Handelskammer teil. Übergeben wurde das Geld im Büro der *Marshall Islands Holdings* in Majuro. Abin will mit dem Geld Bastelmaterial für ihre Handwerksarbeiten wie Fächer, Halsketten und Dekoartikel kaufen. (*Marshall Islands Journal* 21.01.22)

Rücktritt und Neuorientierung

Zum 31. Dezember 2021 hat Frau Rhea Moss-Christian ihr Amt als Vorsitzende der *National Nuclear Commission* abgegeben. Zum

Nachfolger wurde Alson Kelen bestimmt.

Moss-Christian war im Juni 2017 zur Vorsitzenden dieser Kommission berufen worden, die erst im März desselben Jahres von der Nitijela (Parlament) der Marshall-Inseln gegründet worden war. Die damalige Präsidentin der Marshall-Inseln, Dr. Hilda Heine, hatte Moss-Christian in das Amt der Kommissionspräsidentin berufen. Unter ihrer Leitung entwickelte die Kommission eine Strategie im Umgang mit den Langzeitfolgen der US-amerikanischen Atom-bombentests auf den Inseln. Dazu führte die Kommission u.a. Interviews mit Opfernverbänden in den Marshall-Inseln. Moss-Christian zeigte sich zufrieden mit den Erfolgen der Kommission. Unter den fünf Zielen der Strategie seien ihr besonders die Ziele „Capacity Building“ und „Education and Awareness“ wichtig gewesen. Hier habe sich vor allem Ariana Tibon hervorgetan, die Leiterin der Abteilung „*Education and Public Awareness*“ in der Kommission. Sie habe sehr gutes Lehr- und Unterrichtsmaterial zu dem Thema Atomtests für das Curriculum der Schulen entwickelt.

Moss-Christian begründete ihren freiwilligen Rücktritt mit ihrem Wunsch, sich wieder ganz auf den Fischereisektor konzentrieren zu wollen, in dem sie über eine 25-jährige Erfahrung habe. Sie plane, sich erneut auf das Amt der Vorsitzenden der *Western and Central Pacific Fisheries Commission* (WCPFC) zu bewerben, plauderte Moss-Christian im Gespräch mit dem *Marshall Islands Journal* aus dem Nähkästchen. Seit 2014 ist sie Vorsitzende dieser Kommission und wurde 2016 erneut in diesem Amt bestätigt. Nun stehen Neuwahlen an.

Info: Rhea Moss-Christian wurde am 31. August 1974 auf den Marshall-Inseln geboren. Sie hat einen *Master of Arts in International Policy Studies* von der Stanford University, ein *Post-Graduate Certificate in Diplomatic Studies*, von der Oxford University und einen *Bachelor of Arts* mit Schwer-

punkt Politik von der *University of California Santa Cruz*. Sie ist verheiratet und hat ein Kind.

(*Marshall Islands Journal* 31.12.21, 11.02.22, Wikipedia)

Neuer japanischer Botschafter

Anfang Januar hat der neue japanische Botschafter Kazunari Tanaka sein Akkreditierungsschreiben an Präsident David Kabua überreicht. Bei der offiziellen Zeremonie im Büro des Präsidenten in Majuro wurde Tanaka von seiner Ehefrau Hiromi sowie Mitarbeiter*innen der japanischen Botschaft begleitet.

Tanaka ist der dritte Botschafter Japans auf den Marshall-Inseln seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen. Die letzten drei Jahre war Tanaka Botschafter in Brisbane (Australien). Davor war er drei Jahre in Honolulu (Hawaii) stationiert.

Botschafter Tanaka verfügt über reichlich Erfahrungen im Fischereisektor, so war er u.a. Direktor des Fischereiministeriums seines Heimatlandes.

Während der Einführungszeremonie erklärte Tanaka, er wolle sich weiterhin für die guten Beziehungen zwischen Japan und den Marshall-Inseln einsetzen und gemeinsam mit der Regierung daran arbeiten, einen „free and open Indo-Pacific“ (Zitat) zu entwickeln.

(*Marshall Islands Journal* 07.01.22, https://www.mh.emb-japan.go.jp/itpr_ja/11_000001_00145.html)

Neue Honorarkonsulin

Jennifer Fowler-Hawley ist die neue französische Honorarkonsulin für die Marshall-Inseln. Sie wurde Mitte Dezember offiziell von Außenminister Casten Nemra vorgestellt und in dieses Ehrenamt eingeführt. Fowler-Hawley ist seit Jahren Managerin bei der Supermarktkette *K & K Corporation* in Majuro. (*Ministry of Foreign Affairs* 15.12.21)

KIRIBATI

Erste Anwältin am Obersten Gericht

Die 30-jährige Tekatau Bio ist die erste gebürtige I-Kiribati, die vom Obersten Gericht in Neuseeland als Rechtsanwältin (engl. *Barrister* and *Solicitor*) zugelassen wurde. Bio studierte Jura an der *University of Waikato* und wollte sich ursprünglich auf das Einwanderungsrecht spezialisieren. Inzwischen arbeitet sie jedoch seit Dezember 2019 im Bereich Familienrecht bei der Kanzlei *Carlile Dowling* in Napier.

Obwohl bereits zwei weitere I-Kiribati ihr Jurastudium erfolgreich in Neuseeland abschlossen, wurden diese beiden nicht von der Rechtsanwaltskammer in Neuseeland zugelassen, weil sie zurück nach Kiribati gingen und sich dort als Anwälte niederließen. So kann Bio für sich verbuchen, die erste in Neuseeland akkreditierte Rechtsanwältin aus Kiribati zu sein.

Tekatau Bio kam im Alter von zwei Jahren nach Neuseeland. Ihre Eltern stammen aus Kiribati, kamen aber aus beruflichen Gründen nach Neuseeland. Ihre Mutter ist Krankenschwester, ihr Vater Arzt. Sie hat noch fünf Geschwister, die alle erfolgreich in verschiedenen Berufen arbeiten.

Neben ihrer anwaltlichen Arbeit engagiert sich Bio als vereidigte Dolmetscherin und Übersetzerin für die I-Kiribati-Gemeinde in Neuseeland. Mit ihren Angehörigen spricht sie nur Kiribatisch.

(*Stuff.co.nz* 03.01.22, <https://www.waikato.ac.nz/study/success-stories/tekatau-bio>, *Marshall Islands Journal* 21.01.22)

Digitale Lernplattform gestartet

Das kiribatische Bildungsministerium hat in Zusammenarbeit mit der regionalen Pazifik-Abteilung des Kinderhilfswerk UNICEF den *Kiribati Learning Passport* entwickelt und am 3. September 2021 in Betrieb genommen. Das ist eine

digitale Lernplattform, die sowohl online als auch offline zugänglich ist und mit Unterstützung von UNICEF und *Microsoft Community Training* bereitgestellt wird. Ziel ist es, Kindern unabhängig von der Internetverbindung einen kontinuierlichen Zugang zu hochwertiger Bildung zu ermöglichen, unabhängig davon, wo sie leben. Die Lernplattform soll auch im Falle Corona-bedingter Schulschließungen zum Einsatz kommen.

Sie enthält Video-Lektionen und Quizfragen für ausgewählte Fächer sowie ergänzende Lernmaterialien. UNICEF arbeitete bei der Entwicklung des neuen *Learning Passport* mit dem Bildungsministerium zusammen und leistete technische und finanzielle Unterstützung, bildete die Lehrer*innen aus und erstellte hochwertige Video-Lektionen.

Neben der Einführung des Lernpasses hat das Bildungsministerium auch sein Fernunterrichtssystem ausgebaut, indem es Lehrkräfte darin geschult hat, das Lernen für zu Hause zu konzipieren und die Schüler*innen beim selbstständigen Lernen zu Hause zu unterstützen, indem es das „*Lernen am und mit dem Radio*“ entwickelt hat.

Informiert wurden alle Handynutzer*innen in Kiribati durch eine sms, die vom Bildungsministerium versandt wurde und die über die neuen kostenlosen Bildungsangebote informierte. Schon kurz nach der Einführung der Lernplattform hatten sich 900 (auch erwachsene) Nutzer*innen registriert.

Finanziell unterstützt hat die digitalen Angebote die *Globale Partnerschaft für Bildung* und das neuseeländische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Handel. (<https://www.unicef.org/pacificislands/stories/earning-passport-brings-innovation-education-kiribati>)

Unterstützung aus China bei der Pandemiebekämpfung

Von China bereitgestellte medizinische Mittel zur Pandemiebekämpfung wurden Ende Februar nach Tarawa, der Hauptstadt von Kiribati, geflogen, um dem südpazifischen Inselstaat bei der Bewältigung der COVID-19-Pandemie zu helfen.

An Bord des Flugzeuges befanden sich Oximeter, EKG- und Ultraschallgeräte, Masken und Schutzausrüstung. Laut chinesischem Botschafter Tang Songgen unterstreiche die Lieferung die tiefe Freundschaft zwischen China und Kiribati. Die Volksrepublik werde dem Inselstaat im Kampf gegen die Pandemie zur Seite stehen und die bilaterale Zusammenarbeit weiter stärken.

Der Gesundheitsminister von Kiribati, Tinte Itinteang, dankte der chinesischen Seite für die Bereitstellung der Hilfsgüter, die der Inselstaat dringend benötigt. Auch er erwartet, dass die beiden Länder die Zusammenarbeit bei den Bemühungen zur Pandemiebekämpfung und der öffentlichen Gesundheit weiter verstärken.

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation wurden vom 3. Januar 2020 bis zum 6. März dieses Jahres 2.985 COVID-19-Infektionen und 11 mit Todesfolge in Kiribati bestätigt. (Artikel von Clara Groth.

<https://www.helsinkitimes.fi/china-news/21065-china-s-anti-epidemic-supplies-arrive-in-kiribati.html>)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Norfolk als britisches Überseegebiet?

Norfolkinsel: Die Insel Norfolk, gelegen zwischen Australien und Neuseeland, wurde 1913 zu einem australischen Territorium und erhielt 1979 eine begrenzte Selbstverwaltung. Im Jahr 2015 wurde jedoch die gesetzgebende Versammlung abgeschafft und durch einen Verwalter und einen Regionalrat ersetzt.

Nun befürchten die rund 1.750 Bewohner*innen, dass ihre Insel Australien ganz „einverleibt“ werden soll. Der konservative Abgeordnete Andrew Rosindell, Vorsitzender der „United Kingdom-Norfolk Island Friendship Group“, äußerte diese Sorge. Man müsse den Einwohnern von Norfolk die Möglichkeit geben, frei und selbstbestimmt über ihre politische Zukunft zu entscheiden, forderte er gemeinsam mit anderen Aktivist*innen. Und diese Zukunft könne auch daraus bestehen, dass Norfolk sich zu einem „British Overseas Territory“ erkläre, sagte Rosindell weiter.

Die „Norfolk Island People for Democracy Group“ setzt sich für das "Recht auf Selbstbestimmung" ein. Sie behauptet, die Inselbewohner*innen seien ein "eigenständiges Volk", das seiner Demokratie beraubt worden sei. Viele der Einwohner*innen sind Nachfahren der Meuterer von der *HMS Bounty*, die von der britischen Königin Victoria die Erlaubnis erhielten, sich auf der Insel niederzulassen.

Der australische Rechtsanwalt Geoffrey Robertson unterstützt die Inselbewohner*innen dabei, eine Beschwerde bei den Vereinten Nationen einzureichen. Er sagte: „Die Norfolk-Inulaner haben ihre inneren Angelegenheiten viele Jahre lang selbst geregelt und ein

einzigartiges englisches und polynesisches Erbe bewahrt, das bis zur Meuterei auf der *Bounty* zurückreicht. Aber die australische Regierung hat Norfolk wieder kolonisiert und die Demokratie abgeschafft.“

„Sie haben sich bei der UNO beschwert und wollen, dass Großbritannien sie gegen diese Auslöschung ihrer demokratischen Rechte unterstützt“, erläuterte der Anwalt weiter. Er habe die Insel bereits zweimal besucht und fände die Bewohner*innen „very british“, meinte Robertson. Deshalb könne er sich vorstellen, dass Norfolk sich sogar für den Status eines britischen Überseegebietes entscheiden könnte. (UK Express 12.02.22, Wikipedia)

90 % sind übergewichtig

Wallis und Futuna: Nach kürzlich vorgelegten Statistiken sind 90 % der Bevölkerung auf Wallis und Futuna übergewichtig. Nach Angaben des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zeigen die Zahlen, dass von diesen 90 % wiederum knapp über 70 % von krankhafter Fettleibigkeit (Adipositas) betroffen sind. Der stärkste Anstieg an Fettleibigkeit war zwischen den Jahren 1980 und 2009 zu verzeichnen, als sich die Zahl der Dicken von 30 % auf 65 % mehr als verdoppelte.

Die Fettleibigkeit betrifft auch Kinder und Jugendliche. Vor fünf Jahren waren 22 % der Fünfjährigen als fettleibig registriert, drei Jahre später waren es bereits 41 %.

Faktoren für den Anstieg der Übergewichtigen sind vermutlich die zunehmend sitzenden Tätigkeiten im Beruf sowie eine ungesunde fett- und zuckerhaltige Ernährung mit wenig Obst und Gemüse. (Radio NZ 20.03.20, <https://data.worldobesity.org/country/wallis-and-futuna-234/>)

Enorme Schäden durch Vulkanausbruch und Tsunami

Tonga: Nach Schätzungen der Weltbank belaufen sich die Kosten für die Schäden des Vulkanausbruchs und des anschließenden Tsunamis, der am 15. Januar 2022 weite Teile Tongas verwüstete, auf mehr als 90,4 Millionen US-Dollar (ca. 208 Millionen Pa'anga). Diese Summe entspricht etwa 18,5 % des tongaischen Bruttoinlandproduktes.

Der „*Global Rapid Post-Disaster Damage Estimation (GRADE) report*“ der Weltbank zur Folgenabschätzung der Naturkatastrophe ergab, dass 85 % der Bevölkerung des Landes von der beispiellosen Eruption betroffen waren, die den Archipel im Herzen des Pazifischen Ozeans mit zentimeterdicker Asche bedeckte und sintflutartige Wellen verursachte.

Der Weltbankbericht zeigt auf, dass der Ascheregen und der Tsunami große Verwüstungen anrichteten, die Auswirkungen jedoch je nach Sektor unterschiedlich waren, so Natalia Latu, die Verbindungsbeauftragte der Weltbank.

„*Im Landwirtschaftssektor beispielsweise waren die Auswirkungen des Vulkans größer als die des Tsunamis*“, sagte Latu.

„*Der Schaden, der auf den Vulkanausbruch zurückzuführen ist, betrug 80 %, während der Schaden, der auf den Tsunami zurückzuführen ist, 20 % betrug*“, so die Weltbank-Vertreterin.

85 % der Haushalte (ca. 85.000 Menschen) im ganzen Land waren betroffen, wobei große Schäden an Ernte, Viehbestand und Fischerei entstanden. Teile der am dichtesten besiedelten Inseln Tongas - Tongatapu, 'Eua und die Ha'apai-Gruppe - waren am stärksten vom Tsunami betroffen, wobei die Wasserversorgung durch den Ascheregen stark beeinträchtigt wurde. Tongatapu verzeichnete mit rund 69 Millionen US-Dollar den höchsten geschätzten Schaden. Die Schäden scheinen jedoch sehr unterschiedlich auf die ein-

zelnen Inseln verteilt zu sein, wobei einige Inseln wie Atatā und Mango fast vollständig zerstört wurden, während die Vava'u-Gruppe nur minimale Schäden durch Ascheniederschlag erlitt.

Den größten Schaden richtete der Tsunami im Tourismussektor an. Wasser und Asche zerstörten touristische Infrastrukturen wie Hotels, Ferienhäuser und Resorts, öffentliche Plätze und natürliche Ressourcen wie Seen und Flüsse.

Dem Bericht der Weltbank zufolge wurden etwa 600 Gebäude, darunter 300 Wohnhäuser, in ganz Tonga durch den Tsunami beschädigt oder zerstört.

Die von der Weltbank durchgeführte Bewertung der Schäden nach der Katastrophe soll der Regierung von Tonga und ihren Partnern helfen, die Maßnahmen für den Wiederaufbau des Königreiches zu koordinieren.

Australien ist eines von mehreren Ländern aus der Region, die Tonga Hilfe leisten. „*Bis heute haben wir 220 Tonnen Hilfsgüter geliefert, hauptsächlich auf dem Luftweg*“, sagte Generalleutnant Greg Bilton von der *Australian Defence Force*. Auch habe man mit den Aufräumarbeiten auf einigen Inseln begonnen.

Hunderte von australischen und neuseeländischen Soldaten waren schon kurz nach dem verheerenden Vulkanausbruch nach Tonga geflogen, um im Rahmen der *Operation Tonga Assist 2022* erste Hilfe bei der Bewältigung der Naturkatastrophe zu leisten. Die chinesische Regierung schickte Anfang Februar 100 Lastwagen und Bagger für die Aufräumarbeiten. Der chinesische Außenamtssprecher Wang Wenbin nannte die Lieferung eine „*Freundschaftsgeste*“.

Hier geht es zu dem Bericht: <https://thedocs.worldbank.org/en/doc/b69af83e486aa652d4232276ad698c7b-0070062022/original/GRADE-Report-Tonga-Volcanic-Eruption.pdf>
(ABC 15.02.22, <https://www.worldbank.org/en/news/press->

[release/2022/02/14/tonga-volcanic-eruption-and-tsunami-world-bank-disaster-assessment-report-estimates-damages-at-us-90m](https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2022/02/14/tonga-volcanic-eruption-and-tsunami-world-bank-disaster-assessment-report-estimates-damages-at-us-90m))

Musk spendet Satellitensysteme

Tonga: Der Multi-Milliardär und Tesla-Gründer Elon Reeve Musk spendet 50 Satellitenterminals mit sehr kleiner Öffnungsweite (VSAT) für Tonga, nachdem die Insel nach dem Vulkanausbruch und dem Tsunami im letzten Monat Kommunikationsprobleme hatte. Ingenieure der tongaischen Regierung und von Musks Unternehmen SpaceX sollen an der Installation der Geräte arbeiten, damit sie schnell einsatzbereit sind.

Musks Spende erfolgte, nachdem mehrere Personen, darunter der nationale Abgeordnete Shane Reti, den Tech-Milliardär um Hilfe bei der Wiederherstellung der Verbindung zu den Inseln gebeten hatten. Reti hatte über Twitter um Unterstützung gebeten und Musk direkt angeschrieben. (1News 20.02.22)

Tiefseebergbau-Lizenzen vergeben

Cook-Inseln: Das Kabinett der Cook-Inseln hat am 16. Februar drei Anträge auf Explorationslizenzen für Meeresbodenmineralien (*seabed minerals*, SBM) formell genehmigt. Die Lizenzen gingen an diese Unternehmen: *CIC Limited*, *CIIC Seabed Resources Limited* und an *Moana Minerals Limited*.

„*Dies ist ein historischer Meilenstein für unser Land - die ersten SBM-Explorationslizenzen, die von den Cook-Inseln vergeben wurden*“, sagte der Minister für Meeresbodenmineralien, Premierminister Mark Brown.

Das Kabinett war Mitte Februar zusammengetreten, um die Explorationslizenzen zu prüfen. Zusätzlich zu den Genehmigungsunterlagen erhielt es eine Präsentation der *Seabed Minerals Authority* (Behörde für Meeresbodenschät-

ze), in der die einzelnen Schritte des Genehmigungsverfahrens erläutert wurden.

Das Genehmigungsverfahren hat 16 Monate gedauert und umfasste zahlreiche interne und unabhängige Prüfungen und Abwägungen, wobei eine Reihe von Entscheidungen von der Behörde, dem SBM-Genehmigungsausschuss, dem SBM-Beratungsausschuss, dem Minister und dem Kabinett getroffen wurden. Es fanden über 50 Konsultationen und unzählige Sitzungen mit Regierungsbeamten, Beratern, den drei Explorationsunternehmen und anderen Beteiligten statt.

„Das Kabinett war beeindruckt von dem umfassenden Genehmigungsverfahren. Dies trug zu unserer Entscheidung bei, diese SBM-Explorationslizenzen zu erteilen“, erklärte Premierminister Brown.

Der Vorsitzende des beratenden Ausschusses für die SBM, Bischof Tutai Pere, bemerkte: *„Wir wären mit Sicherheit nicht so weit gekommen, wenn unser Premierminister Mark Brown, sein Kabinett und die Regierung der Cook-Inseln nicht so eine erstaunliche Tatkraft an den Tag gelegt hätten.“*

„Während wir die rechtlichen und wissenschaftlichen Aufgaben in die Hände der Behörde gelegt haben, bestand unsere Hauptaufgabe als beratender Ausschuss darin, dafür zu sorgen, dass jedes einzelne Mitglied unserer Gemeinschaften und der Bevölkerung der Cook-Inseln erreicht und mit den notwendigen Informationen und dem nötigen Verständnis für die SBM-Exploration versorgt wird“, erklärte Bischof Pere.

Zwischen 1974 und 2007 wurden 21 Erkundungsexpeditionen in den Gewässern der Cook-Inseln durchgeführt. In den nächsten fünf Jahren sind über 60 Explorationsfahrten geplant.

„Um es klar zu sagen: Die Regierung erlaubt in dieser Phase nur die Exploration und hat noch keine Entscheidung darüber getroffen,

ob in Zukunft Mineralien abgebaut werden dürfen“, machte der Premierminister klar.

(<https://www.sbma.gov.cv/news-3/article-87>)

Japan spendet Fahrzeuge

Cook-Inseln: Die japanische Regierung und das Kinderhilfswerk UNICEF haben dem Gesundheitsministerium der Cook-Inseln zwei Geländewagen und weiteres Fahrzeugzubehör gespendet, um die COVID-19-Impfkampagne im Land zu unterstützen.

Diese Fahrzeuge und das Zubehör kommen zu den 15 Motorrädern und 30 Helmen hinzu, die bereits einige Monate zuvor eingetroffen waren, um die Regierung der Cook-Inseln bei ihren Bemühungen zu unterstützen, die gesamte in Frage kommende Bevölkerung zu impfen. Mit den Fahrzeugen soll vor allem die Kühlkette beim Transport der empfindlichen Impfstoffe gewahrt bleiben. Dazu wurden die Motorräder an die lokalen *Pa Enea Health Clinics* auf den Inseln verteilt, damit von dort aus medizinisches Personal zu den Impfungen fahren kann.

„Japan engagiert sich sehr, um die Regierung der Cook-Inseln bei den Vorbereitungen auf die COVID-19-Pandemie zu unterstützen“, sagte der japanische Honorarkonsul John Webb. Der UNICEF-Pazifikbeauftragte Jonathan Veitch bedankte sich ebenfalls für die Spende. Die UNICEF werde weiter alles dafür tun, um die Einschleppung und Verbreitung des Virus in den Gemeinden zu verhindern.

Info: Die Soforthilfe in Form der Fahrzeuge ist eine zusätzliche Finanzierung zu der laufenden Hilfe Japans im Rahmen des Programms für wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Höhe von 100 Mio. Yen im Jahr 2020 und 150 Mio. Yen im Jahr 2021, die den Cook-Inseln für die Beschaffung von medizinischer Ausrüstung zur Verfügung gestellt werden soll.

Mit Datum 18. Februar sind vier Corona-Fälle für die Cook-Inseln gemeldet. Es gab keinen Todesfall. (WHO Infografik, ReliefWeb 08.02.22)

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI

Frankreich gibt Atomtest-Dokumente frei

Frz.-Polynesien: Eine von der französischen Regierung im Februar eingesetzte Kommission hat entschieden, 34.598 Dokumente, 433 Fotos und 43 Filme im Zusammenhang mit den französischen Atomtests, die von 1966 bis 1996 in Polynesien durchgeführt wurden, freizugeben.

Im Rahmen des neuen Rechtsrahmens können 90 % der überprüften Dokumente für die interessierte Öffentlichkeit freigegeben werden, hieß es am 4. Februar in einer Pressemitteilung des französischen Verteidigungsministeriums.

Seit dem 5. Oktober 2021 hatten Mitarbeitende aus den staatlichen Verwaltungen und aus den Archiven alle Dokumente über die Atomtests in Französisch-Polynesien analysiert. Nur wenige dieser Dokumente seien strikt vertraulich und dürften nicht veröffentlicht werden, hieß es aus dem Ministerium. Präsident Édouard Fritch konnte Anfang Februar bereits einen ersten Zwischenbericht entgegennehmen.

Anlässlich der Öffnung der Archive hat Fritch weitere Maßnahmen im Sinne einer transparenteren Aufarbeitung der nuklearen Vergangenheit Frankreichs angekündigt, so (1) die Einrichtung einer den Atomtests in Französisch-Polynesien gewidmeten Seite auf der Website *Mémoire des hommes*, die es ermöglicht, den Verlauf des Freigabeverfahrens in den verschiedenen betroffenen Departements zu verfolgen und sich über die vorhandenen dokumentarischen Ressourcen zu informieren; (2) die Finanzierung eines Doktorandenvertrags für einen polynesischen Wissenschaftler*in durch das Ministerium der Streitkräfte ab dem nächsten akademischen Jahr und (3) die Organisation einer Ausstellung Anfang 2023

in Papeete durch den Historischen Dienst der Streitkräfte, um der lokalen Bevölkerung die ersten Informationen aus dem Erschließungsverfahren der Dokumente zu präsentieren.

Die Archive zu den ab 1960 in Algerien durchgeführten Tests bleiben wie bisher unzugänglich.

Info: Am 27. Juli 2021 hatte der französische Präsident Emmanuel Macron bei seinem Staatsbesuch in Papeete (Insel Tahiti) die Schuld Frankreichs gegenüber Französisch-Polynesien anerkannt. Bei dieser Gelegenheit forderte er, dass alle Archive geöffnet werden, mit Ausnahme derjenigen, die sogenannte „verbreitungsrelevante Informationen“ enthalten könnten, die die Herstellung einer Atomwaffe erleichtern könnten.

(Get to next 06.02.22, Defense World 07.02.22, Wikipedia, <https://moruroa-files.org/en/investigation/moruroa-files>)

Meeresschutzgebiet geplant

Frz.-Polynesien: Die Regierung von Französisch-Polynesien plant, bis zum Jahr 2030 ein Meeresschutzgebiet in der Größe von einer halben Million Quadratkilometern im Südosten des polynesischen Archipels zu schaffen. Dies kündigte Präsident Edouard Fritch auf dem „One Ocean Summit“ in Brest (Frankreich) an.

Das zukünftige Reservat soll den Namen *Rahui Nui* tragen. Es beherbergt 21 Haiarten, 176 Korallenarten und 1.024 Fischarten.

Präsident Fritch sagte außerdem, er wolle die industrielle Fischerei in den Gewässern der Region um etwa 20 % einschränken. Dazu möchte er die Gebiete rund um einige Inseln nur für den traditionellen Küstenfischfang freigeben und industrielle Fischerei dort ganz verbieten.

Um die Korallenökosysteme zu schützen, will die Regierung von Französisch-Polynesien verbindliche Ankerzonen einrichten. Nach Angaben von Fritch nehmen die Korallen im zukünftigen Meeres-

schutzgebiet eine Fläche von 15.000 Quadratkilometern ein, das entspricht in etwa einem Fünftel der weltweit vorkommenden Korallenriffflächen.

Fritch bot an, den *One Ocean Summit* im September nächsten Jahres in Tahiti auszurichten. Zum Schluss seiner Rede auf dem Ozean-Gipfel erinnerte er an die Notwendigkeit, das polynesisches Gebiet als „*besonders empfindliches Meeresgebiet*“ (Particularly Sensitive Sea Area, PSSA) anzuerkennen.

Info: Vom 9. bis zum 11. Februar 2022 veranstaltete die Französische EU-Ratspräsidentschaft in Brest (Bretagne) den „*One Ocean Summit*“. Experten*innen, Aktivist*innen und Politiker*innen aus 41 Ländern - darunter zwanzig zum Teil auch außereuropäische Staats- und Regierungschefs - nahmen an Foren und Workshops zum Thema „Leben im Meer“ teil. Sie diskutierten u.a. über Maßnahmen zum Schutz der Ozeane. Zum Abschluss des Gipfels wurde eine Reihe von Initiativen bekanntgegeben, die auch Bildung und Forschung in den Blick nehmen.

Neben Französisch-Polynesien schlossen sich weitere Länder der Koalition „*High Ambition Coalition for Nature and People*“ an, die den gezielten Ausbau von Schutzzonen auf 30% der weltweiten Land- und Meeresflächen bis 2030 verfolgt. Mittlerweile gehören 84 Staaten diesem Bündnis an. Der französische Präsident Emmanuel Macron kündigte auf dem letzten Tag der Veranstaltung in Brest an, dass das nationale Naturschutzgebiet der Französischen Süd- und Antarktisgebiet auf den Crozet Archipel, die Kerguelen sowie die Inseln Saint-Paul und Amsterdam im Indischen Ozean ausgedehnt wird. Dieses Gebiet wird damit zum zweitgrößten Meeresschutzgebiet der Welt.

Für die Entwicklung der „*Initiative für saubere Ozeane*“, die praktische Wege zur Bekämpfung des Plastikmülls im Meer aufzeigen soll, haben die Nationalbanken

Deutschlands, Frankreichs und Spaniens gemeinsam mit der *Europäischen Investitionsbank* (EIB) die bedeutende finanzielle Zusage in Höhe von vier Milliarden Euro bis 2025 gegeben.

(<https://www.oneoceansummit.fr/en/>, <https://ocean-climate.org/en/looking-back-at-the-one-ocean-summit-what-commitments-for-the-ocean/>. Radio NZ Intern. 14.02.22)

Flosse vor Gericht

Frz.-Polynesien: Der ehemalige Präsident von Französisch-Polynesien, Gaston Flosse, muss im April wegen des Vorwurfs der Urkundenfälschung vor dem Strafgerichtshof erscheinen.

Dem 90-Jährigen wird vorgeworfen, im Jahr 2020 einen ungültigen Mietvertrag vorgelegt zu haben, als er versuchte zu beweisen, dass er in Papeete wohnt, um sich als Wähler zu registrieren.

Das Dokument, aus dem hervorgeht, dass er eine 15 Quadratmeter große Wohnung gemietet hatte, soll von einer Person unterzeichnet worden sein, die dazu nicht befugt war.

Im Falle einer Verurteilung droht dem 90-jährigen Parteivorsitzenden eine einjährige Haftstrafe und eine Geldstrafe von 17.000 US-Dollar.

Nachdem er wegen Korruptionsvorwürfen jahrelang ausgeschlossen worden war, wollte Flosse bei den Kommunalwahlen 2020 kandidieren, doch die Stadtverwaltung lehnte seine Bewerbung ab.

Seitdem hat er erneut versucht, in der Politik wieder Fuß zu fassen, indem er seine Kandidatur für einen Sitz bei den diesjährigen Wahlen zur neuen französischen Nationalversammlung angemeldet hat.

Letzten Monat lehnte Frankreichs höchstes Gericht jedoch seine Berufung zur Aufhebung einer Verurteilung wegen Korruption aus dem Jahr 2020 ab, was bedeutete, dass er für weitere fünf Jahre von allen öffentlichen Ämtern ausgeschlossen bleibt.

Der Mitangeklagte im Fall von 2020, Präsident Edouard Fritch (der damalige Schwiegersohn von Flosse), durfte im Amt bleiben, wurde aber zu einer Geldstrafe verurteilt.

Für die Wahl zur französischen Nationalversammlung hat Flosse nun seine Lebenspartnerin Pascale Haiti an seiner Stelle nominiert.

Info: Gaston Flosse (* 24. Juni 1931 in Rikitea auf der Insel Mangareva) ist Mitgründer der Partei *Tahoera'a Huiraatira* und war bis 2014 in fünf verschiedenen Zeiträumen Präsident von Französisch-Polynesien. (*Radio NZ intern*, 22.02.22, *Wikipedia*)

Grenzöffnung ab März

Pitcairn: Die COVID-19-freie Insel Pitcairn wird ab dem 31. März 2022 wieder Kreuzfahrtschiffe, Yachten und Tourist*innen empfangen. Da der Großteil der 50-köpfigen Bevölkerung vollständig geimpft ist, bereitet sich die abgelegene Insel jetzt darauf vor, nach einer fast zweijährigen Grenzschließung zum Schutz der gefährdeten Bevölkerung wieder Besucher*innen zu empfangen.

Das Pitcairn-Versorgungsschiff *MV Silver Supporter* wird ab dem 3. April 2022 eine Direktverbindung zwischen Tauranga (Neuseeland) und Pitcairn für Reisende anbieten. Die *MV Silver Supporter* wird nicht nur lebenswichtige Güter von und nach Pitcairn transportieren, sondern auch Einwohner*innen der Insel Pitcairn, Vertragsarbeiter und eine begrenzte Anzahl von Tourist*innen befördern.

Dazu wurden strenge Hygiene-Regeln eingeführt, die vorsehen, dass alle potenziellen Besucher*innen bei der Buchung der Reise einen Impfnachweis erbringen, innerhalb von 72 Stunden vor der Einschiffung einen negativen PCR-Test vorlegen und sich vor der Abreise sieben Tage lang selbst isolieren.

Der Lockdown in der Hochphase der Corona-Pandemie war für die Einwohner*innen von Pitcairn wirtschaftlich verheerend, da sie praktisch ihr gesamtes Einkommen aus dem Besuch von Kreuzfahrtschiffen, aus Feriengästen, die in Privathäusern übernachteten, und aus dem Verkauf einer breiten Palette von selbst hergestelltem Kunsthandwerk bezogen haben. Mit der Abriegelung der Insel fielen alle diese Einkünfte weg. Die Grenzschließung brachte auch Komplikationen bei der medizinischen Behandlung von Pitcairnern mit sich, die außerhalb der Insel behandelt werden mussten, da das nächstgelegene Krankenhaus 1.450 Kilometer entfernt auf Tahiti (Französisch-Polynesien) liegt.

(*Scoop News* 24.12.21, <https://www.visitpitcairn.pn/blog/>)

Moai kehrt auf die Osterinsel zurück

Rapa Nui: Das chilenische Kulturministerium hat am 21. Februar damit begonnen, den sogenannten „Tau-Moai“, den ältesten aus der Sammlung dieser monolithischen Statuen, aus dem *Nationalmuseum für Naturgeschichte* in Santiago de Chile auf die Osterinsel zu überführen. Im Jahr 1870 war der Moai nach Santiago gebracht worden, um als Objekt in der Dauer Ausstellung des Nationalmuseums gezeigt zu werden.

„Heute ist ein beispielloser Tag. Zum ersten Mal wird ein Moai vom Festland auf die Insel zurückkehren,“ begeisterte sich die chilenische Kultusministerin Consuelo Valdés. Während einer feierlichen Zeremonie mit Vertretern der Rapa Nui-Bevölkerung fügte die Ministerin hinzu, dass es *„bei diesem Prozess nicht nur um die Rückgabe eines Kulturgutes geht, sondern um die Rückgabe eines Vorfahren und die Schaffung einer neuen Form der Beziehung zwischen dem Staat und der Insel.“*

Cristián Becker, der wissenschaftliche Leiter des Museums in Santiago, ergänzte, dass die Rückführung des Moai auf die Osterinsel eine *„große Geste“* für die Bewohner*innen der Insel sei.

Info: Die 715 Kilogramm schwere Statue aus Basaltfelsen wurde auf mehrere Beton- und Metallsockel und Plattformen montiert. Insgesamt 1.255 Kilo wurden sorgfältig verpackt und vom Museum in Santiago zum Hafen der Küstenstadt Valparaiso gebracht, von wo aus die Statue am 28. Februar auf einem Lastkahn in See stechen wird.

Sobald der Moai sein Herkunftsland erreicht hat, wird er im Anthropologischen *Museum Padre Sebastian Englert* auf Rapa Nui ausgestellt werden. (*Deutsche Welle Chile* 22.02.22)

Moai-Emoji

Rapa Nui: Bereits seit dem Jahr 2015 gibt es auf Smartphones und in den sozialen Netzwerken TikTok und Instagram ein neues Emoji (Bildschriftzeichen) - einen grauen Moai-Kopf von der Osterinsel.

Laut Dictionary.com soll dieses Emoji *„Stärke oder Entschlossenheit ausdrücken und wird auch häufig in Beiträgen der japanischen Popkultur verwendet“*.

Manche Nutzer*innen glauben auch, dass das Emoji eine Anspielung auf die Statue von Moyai ist, die sich am Bahnhof Shibuya in Tokio (Japan) befindet und als lokales Wahrzeichen gilt.

Unabhängig von seiner Herkunft hat das Emoji jetzt eine neue Bedeutung entwickelt, die über Stärke oder Entschlossenheit hinausgeht. Viele verwenden es jetzt, wenn sie ein Gesicht senden wollen, das ausdruckslos wirkt. Anstelle von Entschlossenheit wird das Emoji von Menschen verwendet, die trockenen Humor in ihren Nachrichten nutzen. Wer das Gefühl hat, dass der Sender sich dumm anstellt oder dass er/sie eine konträre Meinung zur eigenen Meinung hat, kann ebenfalls mit diesem Emoji antworten.

(<https://emojipedia.org/moai/>, <https://www.distractify.com/p/what-does-moai-emoji-mean-on-tiktok>)

HAWAI'I

Büro für gesundheitliche Chancengleichheit geplant

Gesundheitsorganisationen und Interessensgruppen befürworten die Pläne des US-amerikanischen Gesundheitsministeriums, ein *Büro für gesundheitliche Chancengleichheit* einzurichten. Grundlage für die Einrichtung sind aktuelle Daten zu den Corona-Fallzahlen auf Hawai'i. So waren indigene Hawaier, Filipinos und Pazifik-Insulaner*innen ungleich stärker von den gesundheitlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie betroffen als andere Bevölkerungsgruppen.

Die staatliche Gesundheitsbehörde auf Hawai'i erhielt im Juni letzten Jahres 2,5 Millionen US-Dollar, um dieses Büro einzurichten und acht Mitarbeitende einzustellen. Dies war Teil eines Bundeszuschusses in Höhe von 24,5 Millionen Dollar zur Bekämpfung von Ungleichheiten durch verschiedene Programme. Die Bundesmittel sind nicht nur für die neue Gleichstellungsstelle bestimmt, sondern sollen dem Staat unter anderem auch bei der Finanzierung von Impfungen und telemedizinischen Diensten helfen. Das Geld läuft am 31. Mai 2023 aus.

Das geplante Büro soll Beziehungen zu marginalisierten Gemeinschaften aufbauen, Datenanalysen zu gesundheitlichen Ungleichheiten durchführen und darüber berichten, mit verschiedenen Abteilungen des Gesundheitsministeriums zusammenarbeiten und auf politische Maßnahmen drängen, um die gesundheitlichen Ungleichheiten zu beseitigen.

Doch bisher hat das Büro noch nicht seine Arbeit aufgenommen, was von Senator*innen kritisiert wurde. Auch Sprecher*innen von Interessensgruppen beklagten, dass das Büro noch nicht in Betrieb gegangen ist.

Liza Gill, die Co-Vorsitzende der *Hawaii Coalition for Immigrant Rights*, die 25 Organisationen ver-

tritt, die sich für Zuwanderer einsetzen, meinte: *„Wir denken, dass es wirklich wichtig ist, dass dieses Büro existiert, dass es voll besetzt ist, dass es die Autorität und die Kapazität erhält, um das Vertrauen der Marginalisierten in das Gesundheitssystem zu stärken.“*

Sheri Daniels, Geschäftsführerin von *Papa Ola Lokahi*, einer gemeinnützigen Organisation, die sich für eine bessere Gesundheitsversorgung der hawaiianischen Ureinwohner*innen einsetzt, sagte, dass gesundheitliche Ungleichheiten nicht nur mit der ethnischen Zugehörigkeit zu tun haben, sondern auch mit der geografischen Lage, der sexuellen Orientierung, einer Behinderung und anderen Faktoren. Gill stimmte ihr zu und wies darauf hin, dass Hawaii auch in anderen Bereichen wie dem Wohnungsmarkt und dem Bildungssektor deutliche Ungleichheiten aufweist. (*Honolulu Civil Beat 21.02.22*)

Forderungen der Cannabis-Industrie

Ein Bericht der hawaiianischen medizinischen Marihuana-Industrie fordert weniger behördliche Regulierungen, da die Bedenken über die Nachhaltigkeit der lizenzierten Abgabestellen in dem US-Bundesstaat wachsen.

Die *Hawaii Cannabis Industry Association* (HCIA) beauftragte den Wirtschaftswissenschaftler Paul Brewbaker für diesen Bericht.

Darin wird festgestellt, dass 31 % der Cannabispatienten Marihuana von lizenzierten Abgabestellen beziehen, während 69 % ihr Marihuana auf andere Weise erhalten. Dem Bericht zufolge deutet dies darauf hin, dass es nicht gelingt, den Verkauf von illegalem Marihuana zu unterbinden.

Der Bericht führt außerdem an, dass die offiziellen Verkäufe in den letzten Jahren stark zurückgegangen sind - von einem Wachstum von 110 % im Jahr 2019 über 68 % im Jahr 2020 auf nur 12 % im letzten Jahr.

Die Cannabis-Branche gibt den behördlichen Regulierungen die Schuld und führt die Steuerlast, die Beschränkung der Anzahl der Einzelhandels- und Produktionsstandorte und das schwerfällige Verfahren zur Einstufung als „medizinisches Cannabis“ für die Schwierigkeiten an.

Die HCIA schlug als Lösung vor, mehr lizenzierte Verkaufsstellen zu errichten, die Produktion zu steigern und schließlich den Verkauf zwischen Lizenznehmern zu erlauben. Diese Großhandelstransaktionen zwischen Lizenznehmern könnten die Kosten senken und das Angebot erhöhen, so ein Ergebnis der Studie.

Die HCIA gibt weiter an, dass sie im vergangenen Jahr eine Wirtschaftsleistung von 99 Millionen Dollar sowie 4,7 Millionen Dollar an staatlichen Steuereinnahmen erbracht und etwa 780 direkte und indirekte Arbeitsplätze geschaffen hat.

Der von der HCIA beauftragte und bezahlte Studienautor Paul Brewbaker erklärte, die Cannabisindustrie auf Hawai'i *„laufe Gefahr, unter dem Gewicht der Steuerlast zu implodieren“*.

Info: Cannabis ist das lateinische Wort für Hanf. In Deutschland und vielen anderen Ländern wird der Begriff Cannabis allerdings oft umfassend für Hanfpflanzen und THC-haltige Produkte der Pflanze genutzt.

Als Marihuana oder Gras bezeichnet man die getrockneten Blüten der weiblichen Hanfpflanze.

Cannabis ist in Hawaii für den Freizeitkonsum illegal, der Besitz von drei Gramm oder weniger ist jedoch straffrei. Die medizinische Verwendung wurde durch ein im Jahr 2000 verabschiedetes Gesetz legalisiert. Damit war Hawaii der erste US-amerikanische Bundesstaat, der die medizinische Verwendung durch die staatliche Gesetzgebung und nicht durch eine Wahlinitiative legalisierte.

Im Jahr 2015 wurde das *Medical Marijuana Dispensary Program* of

Hawaii ins Leben gerufen. Menschen, die sich für die Einnahme von medizinischem Marihuana qualifizieren, werden damit verpflichtet, sich zu registrieren, bevor sie Marihuana für medizinische Zwecke verwenden. Um sich zu registrieren, muss ein zugelassener Arzt bescheinigen, dass der Gesundheitszustand des Patienten von medizinischem Marihuana profitieren kann. Der Patient erhält dann eine vom Gesundheitsministerium ausgestellte Registrierungskarte. (*Hawaii News Now 02.02.22*)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Maori ertrinken häufiger als ,weiße' Neuseeländer

Seit dem 1. Dezember 2021 (Beginn des Sommers) sind in Neuseeland 39 Menschen im Meer und in Flüssen ertrunken.

In der offiziellen Sommerferienzeit vom 24. Dezember bis 5. Januar 2022 gab es 15 Tote durch Ertrinken - ein Anstieg um 180 % gegenüber dem Fünfjahresdurchschnitt, wie aus den Daten der *Water Safety New Zealand* hervorgeht.

Im Jahr 2021 gab es insgesamt 74 Todesopfer durch Ertrinken, darunter 15 Menschen unter 24 Jahren - gleichauf mit dem Jahr 2020, trotz längerer Sperrzeiten im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie.

Eine alarmierende Zahl der Todesopfer sind Māori-Männer. Im Jahr 2021 waren 31 % Māori (23 Todesfälle) und davon 96 % Männer, obwohl die Māori nur 16,5 % an der Gesamtbevölkerung Neuseelands ausmachen.

Die Māori haben eine enge Beziehung zum Meer und sind Experten für die Sternen-Navigation auf dem Meer sowie für das Jagen und Fischen von kaimoana (Meeresfrüchten). Viele Menschen überschätzen sich beim Tauchen nach Meerestieren, geraten in Unterwasserströmungen und werden auf das offene Meer hinausgezo-

gen, wo sie an Unterkühlung und Erschöpfung sterben.

Nicht alle Ertrinkungsfälle stehen im Zusammenhang mit dem Sammeln von Nahrung im Ozean und in den Flüssen. Nach Ansicht von *Water Safety New Zealand* gibt es eine Reihe von Faktoren, darunter die mangelnde Schwimm-Ausbildung von Kindern; Menschen, die sich nicht über die Wetter- und Meeresbedingungen auf dem Laufenden halten; das Bevölkerungswachstum und Neuankömmlinge, die mit den unruhigen Gewässern Neuseelands nicht vertraut sind.

Eine alternde Bevölkerung mit mehr Einkommen und Freizeit und eine Zunahme von Wassersportarten wie Kajak- und Bootfahren sowie risikofreudige Extremsportarten könnten ebenfalls zu dem Anstieg der Zahlen beitragen. Ein weiterer Grund könnten auch die durch den Klimawandel bedingten heißeren Tage sein und die Verlockung eines Bades im Meer oder in einem Fluss, um sich von der Hitze zu erholen.

Ertrinken ist nach wie vor die häufigste Todesursache bei Freizeitaktivitäten und die dritthäufigste Ursache für einen Unfalltod in Neuseeland.

(<https://watersafety.org.nz/WSNZ%20Media%20Releases/Seventy-four-New-Zealanders-drowned-in-2021---despite-lockdowns>, *The Guardian* 28.01.22)

Grenzöffnung für Geimpfte

Menschen aus Nauru, Tuvalu und Amerikanisch-Samoa können ab dem 27. Februar ohne Quarantäne oder Selbstisolierung wieder nach Neuseeland einreisen, kündigte der Minister für die pazifischen Inselstaaten, Aupito William Sio, an. Dieser Schritt ist Teil der von der Regierung geplanten schrittweisen Wiederöffnung der Grenzen. „*Damit wird anerkannt, dass es in diesen drei Ländern keine Covid-19-Fälle gibt*“, sagte Sio.

Zunächst können Personen einreisen, die ein Aufenthaltsrecht in Neuseeland haben, sowie Personen, für die Ausnahmen an der

Grenze gelten. Es wird kein Test vor der Ausreise verlangt, aber nicht-neuseeländische Staatsbürger müssen geimpft sein.

Neuseeland hat außerdem mit Niue, Vanuatu, Tokelau und Samoa ein Reiseabkommen für das Programm für anerkannte Saisonarbeiter geschlossen. Diese dürfen ab sofort ebenfalls ohne Quarantäne einreisen. (*Stuff Nz 18.02.22*)

Rekordtief bei Reisenden

Im Jahr 2021 gab es nur 826.400 Grenzübertritte, die sich aus 398.600 Ankünften und 427.800 Abreisen zusammensetzten. Im Jahr 2019, ein Jahr vor der COVID-19-Pandemie, erreichte die Gesamtzahl der Grenzübertritte 14,2 Millionen.

COVID-19-bedingte Grenz- und Reisebeschränkungen waren das ganze Jahr 2021 über in Kraft und hielten die Zahl der Reisenden niedrig, wie Tehseen Islam, Manager für Bevölkerungsindikatoren, erläuterte.

„*Reiseblasen mit Australien und den Cook-Inseln in der Mitte des Jahres ließen die Zahlen steigen, bevor die Reiseblasen Mitte August platzten. Mehr als drei Viertel der im Jahr 2021 unternommenen Reisen fanden in den Monaten April bis August statt, als die Reiseblasen noch in Kraft waren.*“

Die Zahl der Ankünfte ausländischer Besucher*innen lag im Jahr 2021 bei 206.900 und damit deutlich unter den 1,0 Millionen des Vorjahres und den 3,9 Millionen des Jahres 2019.

Australien blieb auch 2021 das wichtigste Herkunftsland für Besucher*innen aus Übersee und machte 77 Prozent der gesamten Besucherankünfte aus Übersee aus.

Aufgrund der Auswirkungen von COVID-19 auf die Grenze und den internationalen Reiseverkehr machten neuseeländische Staatsbürger*innen, die in Übersee leben, im Jahr 2021 45 % der Ankünfte von Besuchern aus Über-

see aus, verglichen mit 14 % im Jahr 2019 vor der Corona-Krise. (<https://www.stats.govt.nz/news/lowest-international-travel-numbers-in-50-years>)

Corona verzögert Mega-Bauprojekt

Dem Milliardär Furu Ding, der im Zentrum von Auckland das höchste Hochhaus des Landes bauen will, wurde in letzter Minute eine Verlängerung der Baugenehmigung um acht Jahre gewährt, nachdem er die Stadtbahnverbindung (City Rail Link) und Corona für die Verzögerungen beim Bau seines geplanten Hotels verantwortlich gemacht hatte.

Der Shanghaier Geschäftsmagnat Furu Ding ist Eigentümer einer Kette von Spitzenhotels in China und Singapur und verfügt über beträchtlichen Grundbesitz in Neuseeland.

Im Jahr 2012 kaufte er ein riesiges, 4.417 Quadratmeter großes leerstehendes Grundstück in der Albert Street 106 mitten in Auckland für 53 Millionen Dollar. Im Jahr 2017 erteilte das *Overseas Investment Office* (OIO) Herrn Ding die Genehmigung zum Bau des 350 Millionen Dollar teuren Fünf-Sterne-Hotels *Ritz Carlton* und eines 52-stöckigen Turms auf dem Grundstück.

Da mit dem Projekt noch nicht begonnen wurde, lief eine vom *Auckland Council* erteilte Genehmigung für die Entwicklung des Grundstücks im Oktober 2021 aus.

Das Planungsbüro konnte nun erfolgreich die Verlängerung der Baugenehmigung beantragen. Auf dem Grundstück geplant sind ein Hotel mit 300 Zimmern, ein Einzelhandelszentrum, ein Food Court und ein Kinokomplex. (*NZ Herald* 23.02.22)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

„Weicherer Ansatz“ in Westpapua?

Indonesien: Ende letzten Jahres hat die indonesische Regierung sich dazu geäußert, in Zukunft einen wohlfahrtsbasierten Ansatz in Westpapua zu verfolgen, der sich, laut dem Minister für politische, rechtliche und sicherheitspolitische Angelegenheiten, Mahfud MD, auf gemeinsame Anstrengungen der Regierungsbeteiligten konzentrieren werde, um Programme zur Verbesserung des Lebens der Papuas durchzuführen. „*Die Regierung wird einen neuen Ansatz einführen, der auf Wohlfahrt basiert*“, hatte Mahfud bei einer Pressekonferenz Ende Dezember 2021 erklärt.

Mahfuds Erklärung kam nicht lange nachdem der kürzlich in sein Amt eingeführte Befehlshaber des indonesischen Militärs (TNI), General Andika Perkasa, den Gesetzgebern bei einer Anhörung zur Bestätigung seines Amtes mitgeteilt hatte, dass er einen „*weicheeren Ansatz*“ bei der Behandlung von Sicherheitsfragen in Papua verfolgen wolle. Infolgedessen wurde auch die Sicherheitsoperation in Papua von *Nemangkawi Operation* in *Cartenz Peace Operation* umbenannt und soll nun vorrangig für das Gemeinwohl eingesetzt werden.

Sebby Sambom, Sprecher der Organisation für ein freies Papua (OPM), sagte, dass der Plan nicht auf die Wurzeln der Probleme in Westpapua eingehe. „*Es wird genau das Gleiche sein. Denn die Wurzeln des Papua-Problems sind Verstöße gegen das politische Recht auf Selbstbestimmung. Was immer Indonesien also in Papua tun will, es wird sinnlos sein*“, so Sambom.

Die OPM fordert weiter einen von den Vereinten Nationen geleiteten Dialog über die politische Zukunft Westpapas.

Seit seiner Wahl im Jahr 2014 hat Präsident Joko Widodo wiederholt betont, dass sich die Regierung auf die Entwicklung in Westpapua durch den Ausbau der Infrastruktur und Wohlfahrtsprogramme konzentriere, in der Hoffnung, dass dadurch die langjährigen Konflikte in der Region gelöst werden können.

Menschenrechtsverteidiger*innen kritisieren diesen wirtschaftlichen Fokus zur Konfliktbewältigung jedoch stark und auch die Bestrebungen der Papuas richten sich darauf, dass der reine Entwicklungs- und Infrastrukturansatz Jakartas in Westpapua durch politische Lösungen ergänzt wird und der Rassismus gegenüber Papuas mit dem mangelnden Schutz der Menschenrechte und der Entwicklungsprobleme verbunden wird.

Die überarbeiteten Bestimmungen des Sonderautonomiegesetzes, die der Zentralregierung mehr Macht in der Verteilung und Verwaltung der Autonomiefonds zuschreiben, werden dabei von vielen kritisiert. Trotz erhöhter Autonomiemittel für Bildung und Gesundheit sind es nun nicht mehr die Provinzregierungen, die diese Mittel verwalten, sondern die Zentralregierung in Jakarta.

Das *Nationale Komitee Westpapas* (KNPB) sagt, dass die Überzeugungsarbeit, die der Staat mit Hilfe der Sicherheitskräfte in Westpapua leisten wolle, ein altes Lied sei, das mit Beginn des neuen Jahres wieder gespielt werde.

„*Ein humanitärer Ansatz, ein wohlfahrtsstaatlicher Ansatz, ein Ansatz für friedliche Operationen und so weiter, das sind Worte, die für die Menschen in Papua sehr langweilig sind, wenn sie sie hören. Es ist eine alte Leier. Diese Melodie wird gespielt, um die 305 Zivilisten [die getötet wurden] und die 67.000 Menschen, die als Folge der Nemangkawi-Militäroperation seit 2018 vertrieben wurden, zu täuschen*“, sagte KNPB-Sprecher Ones Suhuniap in einer Pressemitteilung vom 14. Januar 2022.

Der Plan, die *Nemangkawi-Operation* in *Cartenz Peace Operation* umzubenennen, werde nichts an dem militaristischen Muster ändern, das bisher im Land Papua angewandt wurde, so Suhuniap weiter. Zukünftige Menschenrechtsverbrechen durch Angehörige der Sicherheitskräfte würden Gefahr laufen, unter einer humanistischen Wortwahl als legal angesehen zu werden. Ernsthaft friedliche Absichten seien nicht durch weiteres Militär umzusetzen.

„Um die Operation fortzusetzen und gleichzeitig ihr kriminelles Gesicht zu verbergen, wird der Name der *Nemangkawi Operation* der *Polri* [indonesische Polizei] in *Cartenz Peace Operation* geändert. Währenddessen werden die militärischen Operationen der *TNI* [indonesisches Militär] in territoriale Operationen umbenannt damit sie legal erscheinen. Dies ist nur eine Taktik, um um die Öffentlichkeit zu täuschen“, erklärte Suhuniap.

Laut Medienberichten wurden Mitte Januar erst 1.925 weitere Sicherheitskräfte nach Westpapua geschickt. (*Westpapua Netzwerk online* 01.02.22)

Ankauf von 100 Kampffjets geplant

Indonesien: Indonesien investiert derzeit massiv in die Modernisierung seiner Luftstreitkräfte. Nach eigenem Bekunden will das Land mindestens 100 neue Kampfflugzeuge kaufen.

In Frankreich wurden bereits 42 Rafales bestellt. Das sind zweistrahlige Mehrzweckkampfflugzeuge des französischen Herstellers *Dassault Aviation*. Demnächst könnte auch Boeing eine Order aus Indonesien erhalten – für die F-15EX. Von der US-Regierung kam bereits grünes Licht.

Es geht um bis zu 36 Flugzeuge, deren Wert das US-Außenministerium auf 13,9 Milliarden US-Dollar (12,27 Mrd. Euro) beziffert. Indonesien hatte bei der US-Regierung beantragt, die Boeing F-15EX Eagle II für den

Export freizugeben – und die *Defense Security Cooperation Agency* hat dem Vorhaben Anfang Februar zugestimmt. Ob es tatsächlich zu einem Vertrag kommt, ist noch nicht klar, zumal in den USA binnen 30 Tagen der Kongress sein Einverständnis für den Verkauf an Indonesien geben muss.

Info: Die F-15EX ist ein Allwetter-Mehrzweck-Kampffjet. Sie verfügt über ein digitales Netzwerk, das die Einführung zukünftiger Technologien vereinfachen soll. Zur Ausstattung gehört eine Fly-by-Wire-Flugsteuerung, ein völlig neues digitales Cockpit, ein modernes AESA-Radar und der ADCP-II, laut Boeing der schnellste Missionscomputer der Welt. Eingebaut ist ferner das elektronische Kampfführungssystem Eagle Passive/Active Warning and Survivability System, das die Effektivität der Mission und die Überlebensfähigkeit des Kampffjets verbessern soll.

(<https://www.flugrevue.de/militaer/eagle-ii-indonesien-wird-wohl-auch-die-f-15ex-kaufen/>, Wikipedia)

Verlegung der Hauptstadt

Indonesien: Die Hauptstadt von Indonesien soll von Jakarta (auf der Insel Java) auf die Insel Borneo verlegt werden. Ein entsprechendes Gesetz wurde jetzt von den Abgeordneten des Parlaments mit großer Mehrheit angenommen, nachdem die Pläne für die Umsiedelung der Hauptstadt schon seit 2019 feststehen.

Vor drei Jahren hatte der indonesische Präsident Joko Widodo angekündigt, die langsam im Meer versinkende Metropole Jakarta als Hauptstadt aufgeben zu wollen. Die Kosten für den Umzug in die von Regenwald bedeckte Provinz Ostkalimantan auf der Insel Borneo betragen ersten Schätzungen zufolge 32 Milliarden Dollar (28 Mrd. Euro).

Mitte Januar war bekannt geworden, dass die neue Hauptstadt Nusantara heißen soll - ein alt-javanisches Wort, das so viel wie "äußere Inseln" bedeutet und im

täglichen Sprachgebrauch als Synonym für das indonesische Archipel verwendet wird.

Hintergrund des Umzugs sind die zahlreichen Probleme, die auf Jakarta lasten. In der Metropolregion Jakarta leben etwa 35 Millionen Menschen. Staus und Smog sind an der Tagesordnung. Zudem kommt es regelmäßig zu Überschwemmungen, weil 40 % der Hauptstadt unter dem Meeresspiegel liegen.

Bis 2050 könnte laut Experten das gesamte Gebiet von Nord-Jakarta überflutet sein. Ursache für die Probleme ist vor allem das exzessive Abpumpen von Grundwasser. Hinzu kommen der tägliche Verkehrskollaps und eine hohe Luftverschmutzung.

Auf Borneo müssen nun 6.000 Hektar Wald gerodet werden, um wichtige Gebäude wie den neuen Präsidentenpalast zu bauen. Borneo ist die drittgrößte Insel weltweit. Sie ist zwischen Brunei, Malaysia und Indonesien aufgeteilt. Der indonesische Teil heißt Kalimantan.

Nusantara soll im Osten Kalimantan entstehen. Bereits 2024 sollen erste Behörden umziehen, kurz vor dem Ende der zweiten und letzten Amtszeit von Präsident Joko Widodo. (*Tagesschau.de* 18.01.22)

Solidaritätsbesuch in Westpapua

Westpapua: Vom 2.-9. Februar 2022 haben 18 Kirchenvertreter*innen aus Mitgliedskirchen der Vereinten Evangelischen Mission (VEM) in Asien unter Führung des Moderators der VEM Ephorus a.D. Willem T.P. Simarmata und der Vize-Moderatorin Pfarrerin Rosmalia Barus sowie Vertretern des Indonesischen Kirchenrates die Protestantische Kirche in Papua (GKI-TP) besucht. Zur Delegation gehörten Kirchenleiter*innen der VEM-Mitglieder aus Sumatra, Java, Mentawai, Nias und Kalimantan sowie der Moderator der VEM und die Vize-Moderatorin der Region Asien mit den Mitarbeitenden des Regionalbüros Asien der VEM und Vertreter*innen des Indonesi-

schen Rates der Kirchen.

Im Anschluss an die Begegnungen mit der GKI und ihres Leiters Pfarrer Andrikus Mofu sowie Gesprächen mit Regierungsvertretern und Zivilgesellschaft haben die Teilnehmenden der Delegation eine Stellungnahme mit Forderungen an die Regierung und Empfehlungen an die ökumenischen Partner weltweit verabschiedet.

Afrikanische Kirchenführer*innen, die sich zeitgleich in Botswana zu einer VEM Africa-Board Tagung trafen, haben den Solidaritätsbesuch begrüßt und ihre Verbundenheit mit der GKI-TP und den Menschen in Papua bekundet.

In ihrem Statement äußern die Delegationsmitglieder ihre Sorge über die sich verschlechternde humanitäre Lage, die sie während ihres Besuchs in Westpapua feststellen konnten. In zahlreichen Begegnungen und Gesprächen mit der Kirchengemeinschaft in Westpapua (PGGPB), mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs), lokalen Unternehmens- und Regierungsvertreter*innen sowie mit Vertreter*innen der indigenen Bevölkerung machte sich die Delegation ein Bild von der Situation vor Ort. Eine Ursache für die schlechte humanitäre Lage sei der Konflikt zwischen den indonesischen Streitkräften und Gruppen in Papua, die als Separatisten betrachtet würden. Berichtet wird außerdem von massiven und systematischen Vertreibungen. Tausende Papuas seien auf der Flucht und hätten ihr Land verloren, das sie seit Generationen bewohnten.

Außerdem seien im Zuge des Konflikts unter anderem Bodenschätze und Minen beschlagnahmt sowie Wälder in Palmölplantagen umgewandelt worden. Vor allem die neuen Palmölplantagen wie in Sorong und Manokwari hätten zu Veränderungen in der sozialen Lebensordnung der indigenen Bevölkerung geführt, da diese Investitionen für die Papua kaum Vorteile mit Blick auf die Befriedigung ihrer Grundbedürfnissen wie Bildung, Gesundheit, Basisinfrastruktur und wirtschaftliche Prosperität brächten.

Den Mitgliedern der Delegation wurde berichtet, dass humanitäre Aktivisten wie Anwalt*innen oder Gemeindevertreter*innen sowie kirchliche Mitarbeitende zum Schweigen gebracht würden, indem sie als Rebell*innen stigmatisiert, eingeschüchert und in einigen Fällen sogar ermordet werden. Folge von Gewalt, Einschüchterung und Vertreibung ist die Traumatisierung insbesondere von Frauen und Kindern. Die Mehrheit der Papuas lehnte das in Vorbereitung befindliche Gesetz über die Sonderautonomie für die Provinz Papua ab, weil die vorgesehene gesetzliche Beteiligung der indigenen Bevölkerung durch den Volksrat in Westpapua bislang nicht erfolgt sei.

Der Moderator der VEM, Pfarrer Dr. Willem T.P. Simarmata, zeigte sich während des Besuchs bestürzt darüber, dass ein Land wie Papua, das mit reichhaltigen natürlichen Ressourcen gesegnet sei, mit Armut und Hunger zu kämpfen habe. Mit Blick auf die vorgefundene Gesamtsituation meinte der indonesische Theologe und Aufsichtsratsvorsitzende der VEM: *„Wir sind jedoch auch besorgt über Vorfälle wie Menschenrechtsverletzungen, Armut, Unterernährung bei Kindern, Diskriminierung und Rassismus, die das Volk von Papua auch heute noch erlebt. In der Tat sehen wir an verschiedenen Orten Fortschritte in der Entwicklung. Die Entwicklung der Infrastruktur muss jedoch einhergehen mit dem Wohlergehen der Gemeinschaft, der Schaffung von Gerechtigkeit und Frieden und der Beendigung der verschiedenen Formen von Gewalt gegen die Gemeinschaft.“*

Die Delegation rief die indonesische Regierung und das Parlament unter anderem dazu auf, die Landrechte der Papua zu schützen, das Gesetz zum Schutz indigener Völker zu ratifizieren, die Rückkehr von Vertriebenen in ihre Wohngebiete zu ermöglichen und deren Schutz zu garantieren. Außerdem solle die Lösung des Konflikts nicht durch Militär und Waffengewalt, sondern durch den Dialog herbeigeführt werden, um die

Verletzung von Menschenrechten der Papua zu beenden.

In ihrer Erklärung bringen die Delegationsmitglieder ihre Solidarität mit der Papua-Kirche GKI-TP zum Ausdruck. Gemeinsam mit anderen Kirchen, lokalen Regierungen, ökumenischen Partnern, NGOs und der indigenen Bevölkerung wollen sie sich für Gerechtigkeit und Frieden in Westpapua einsetzen. Geschehen soll dies über eine engere Zusammenarbeit und Vernetzung sowie mit der Unterstützung der Opfer von Gewalt und durch Fürbitte.

Kirchenführer*innen aus Afrika, die sich in Botswana zeitgleich versammelten, haben in einer Botschaft als Reaktion auf den Solidaritätsbesuch in Papua ihre Anteilnahme und Verbundenheit mit den Glaubensgeschwistern ausgedrückt.

Gemeinsam wollen sie mit dazu beitragen, dass Papuas ohne Angst vor Gewalt und Unrecht in Würde leben können.

Die Evangelische Kirche im Rheinland, die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern und die Evangelische Kirche von Westfalen hatten bereits auf ihren Landessynoden 2020 und 2021 Solidaritätsbotschaften verabschiedet.

(Pressemeldung der VEM 14.02.22)

Illegaler Goldabbau

Westpapua: Der Volksrat der Provinz 'Papua Barat' (MRPB) hat das indonesische Militär (TNI), die Polizei und die Einwanderungsbehörde in Manokwari aufgefordert, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um die illegalen Goldabbauaktivitäten im Dorf Wasirawi im Distrikt Masni im Landkreis Manokwari zu unterbinden, von denen vermutet wird, dass sie von ausländischen Akteuren kontrolliert werden.

Der Vorsitzende des MRPB, Maxsi Nelson Ahoren, sagte, dass sie Beschwerden von der Gemeinde erhalten haben, der das Land gehört, auf dem die Goldminen liegen, und dass einige der Großinvestoren, die an den illegalen Akti-

vitäten beteiligt sind, vermutlich nicht indonesische Staatsbürger sind.

Ahoren berichtete, dass der Goldbergbau in den vergangenen zwei Jahren wiederaufgenommen wurde, weil es an Aufsicht und Kontrolle durch die Regierung und die Strafverfolgungsbehörden in Papua Barat mangle. „Zwischen 2016 und 2018 gab es Verhaftungen von Hunderten von illegalen Bergleuten, darunter auch Ausländer, als die Polizei von Papua Barat unter der Leitung von Insp. Gen. Martuani Sormin und das Militärkommando XVIII Kasuari unter der Leitung von Lt. Gen. Joppie Onisimus Wayangkau standen“, sagte er.

Maxsi Nelson Ahoren erklärte, dass der Volksrat der Provinz Papua Barat bald ein Treffen mit dem Gouverneur von Papua Barat, dem Landrat von Mankowari, und dem Landrat des Arfak-Gebirges abhalten werde, um die Eindämmung illegaler Bergbauaktivitäten in den beiden Gebieten zu besprechen.

Seblon Mandacan, einer der Landbesitzer in Wasirawi, berichtete, dass Hunderte von Baggern im Bergbau eingesetzt würden, was eine Bedrohung für den Wald und die hydrologischen Funktionen im Oberlauf des Warioriflusses darstelle. „In den Goldminen von Wasirawi sind Hunderte von schweren Geräten und mehr als 3.000 Arbeiter im Einsatz“, so der Landbesitzer. (*Westpapua Netzwerk online 01.02.22*)

Niedrige Impfquote

Westpapua: Die beiden indonesischen Provinzen *Papua Barat* und *Papua* im westlichen Teil der Insel Neuguinea haben weiterhin die niedrigsten Impfquoten in Indonesien.

Ziel der Regierung ist es, in den beiden Provinzen je ca. 70 % der Menschen zu impfen. In *Papua Barat* wurden bisher nach offiziellen Angaben knapp 797.000 Personen und in der Provinz *Papua* wurden ca. 2.584.000 Menschen gegen Corona geimpft. Die tat-

sächliche Impfquote ist jedoch deutlich geringer. In *Papua Barat* haben aktuell 456.000 Personen die erste Impfdosis erhalten (= 57,2% des Impfziels), während in *Papua* ca. 785.000 Personen mindestens die erste Impfdosis erhalten haben. Die Provinz *Papua* hat damit mit einer Impfrate von 30,4% des angestrebten Impfziels die niedrigste Impfquote in Indonesien.

In der Vergangenheit gab es mehrfach Berichte darüber, dass Polizei- und Militärangehörige die Impfungen in Westpapua unterstützen sollen – und das zu einer Zeit im letzten Jahr, in dem viele indigene Papuas vor den anhaltenden bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Militär und TPNPB-OPM ihre Dörfer und Häuser verlassen mussten und somit wenig Vertrauen in die Aktivitäten der Polizei und des Militärs hatten und weiterhin haben. Dies zeigt sich in der anhaltend niedrigen Impfquote, die auch in Zusammenhang mit der mangelnden Gesundheitsversorgung außerhalb der Städte Westpapas gesetzt werden kann.

Um die Impfkampagne zu beschleunigen, drängte der indonesische Präsident Joko Widodo Mitte Februar darauf, angesehene lokale religiöse Persönlichkeiten in die Durchführung der Impfung in Westpapua einzubeziehen, um der Öffentlichkeit die Bedeutung der COVID-19-Impfung näher zu bringen. „Für Westpapua müssen alle Menschen eingeladen werden. Beziehen Sie prominente religiöse Persönlichkeiten ein, damit sie der Bevölkerung ein direktes Verständnis vermitteln können“, erklärte Präsident Jokowi. Gleichzeitig lobte er auch die enge Zusammenarbeit zwischen den regionalen Regierungen, der nationalen Polizei und dem Militär (TNI) bei der Durchführung der Impfkampagne. (*Westpapua Netzwerk online 21.02.22*)

AUSTRALIEN

Bedrohte Koalas

Nach Angaben der „*Australian Koala Foundation*“ gibt es höchstens noch 100.000 Koalas in freier Wildbahn. Grund für den dramatischen Rückgang von *Phascolarctos cinereus* sind anhaltende Dürren, verheerende Buschbrände, Krankheiten und der Verlust des Lebensraumes. Besonders die gewaltigen Buschbrände zwischen August 2019 und März 2020 haben den Beutelsägern schwer zugesetzt. Die Umweltschutzorganisation WWF schätzt, dass damals über 60.000 Tiere getötet oder sehr schwer verletzt wurden.

Nun sollen die Koalas in weiten Teilen von down under besser geschützt werden. In den Bundesstaaten New South Wales, in Queensland sowie im Australian Capital Territory mit der Hauptstadt Canberra wird der Gefährdungsstatus der Koalas offiziell von „vulnerable“ (gefährdet) hochgesetzt auf „endangered“ (stark gefährdet). Zum Schutz der Tiere will die Regierung in den nächsten vier Jahren 50 Millionen AUSDollar aufwenden.

Die Hochstufung des Gefährdungsstatus erfolgte auf der Grundlage zweier neuer Studien zur Koala-Population in Australien. Das teilte die Tierschutzorganisation „*International Fund for Animal Welfare*“ (IFAW) mit. Die Studien haben ergeben, dass die Koala-Population im Bundesstaat Queensland seit 2001 um 50 % zurückgegangen ist. Im Staat New South Wales gelten die Tiere inzwischen sogar als vom Aussterben bedroht.

Rebecca Keeble, die IFAW-Regionaldirektorin für die Region Ozeanien, begrüßte den höheren Schutzstatus für die nationale Ikone des fünften Kontinents. Jetzt müssten die Lebensräume der Koalas besser geschützt werden und es müssten Wildtierkorridore miteinander verbunden werden.

Info: Die *Australian Koala Foundation* ist eine wissenschaftliche internationale gemeinnützige Organisation mit dem Ziel, die kontinuierliche Populationsabnahme der Koalabestände zu stoppen, so das Überleben des Koalas zu sichern und dabei ein globales Bewusstsein für die gefährdete Flora und Fauna in Australien zu schaffen. Sie wurde 1986 gegründet. Schon jetzt befindet sich Australiens Natur in einer Welle des Artensterbens. Das Land hat in den letzten 200 Jahren mehr von seiner Artenvielfalt verloren als jedes andere entwickelte Land.

(<https://www.ifaw.org/de/press-releases/schutzstatus-koala-hochgestuft>
Pressemeldung 11.02.22,
<https://www.savethekoala.com/>)

Mindestlöhne für Saisonarbeiter*innen

Australische und pazifische Gewerkschaftsführer haben die Einführung eines höheren Mindestlohnes für Saisonarbeitskräfte aus den pazifischen Inselstaaten begrüßt.

Anfang Februar hatte die australische Fair-Work-Kommission das Datum für die neue Verordnung festgelegt, die am 28. April 2022 in Kraft treten soll. Sie verpflichtet alle Arbeitgeber*innen, einen Mindeststundenlohn von 25,41 AUS-Dollar zu zahlen.

Gewerkschaften aus den pazifischen Staaten, die Saisonarbeitskräfte nach Australien entsenden, hatten sich seit Jahren für die Erhöhung des Lohnes ausgesprochen, nachdem es immer wieder zu Klagen der saisonalen Arbeitnehmer*innen über schlechte Bezahlung und erniedrigende Lebensbedingungen gekommen war.

Der Vorsitzende der *Tonga Australia Seasonal Workers Association* (TASWA), Falepini Maile, erklärte gegenüber *Radio New Zealand Pacific*, dass sich die tongaischen Saisonarbeiter auf die Lohnerhöhung freuen. *„Die Saisonarbeiter sind sehr, sehr glücklich über die Erhöhung des Mindestlohns pro Stunde. Dass der Ombudsmann der Kommission für faire Arbeit die Bezahlung und die*

Art und Weise, wie sie an die Arbeiter gezahlt wird, geklärt hat, ist ein Schritt in die richtige Richtung“, sagte Maile.

Maile erklärte weiter, dass tongaische Saisonarbeiter in Australien aufgrund der Beschränkungen der Corona-Pandemie vor Herausforderungen stünden.

Eine seit 2020 andauernde Grenzschließung zwingt die Arbeiter, ihre Arbeitsvisa zu verlängern, wobei die meisten in den letzten zwei Jahren nicht mehr nach Hause zurückkehren konnten. Nach Schätzungen des australischen Außen- und Handelsministeriums (DFAT) hielten sich im Jahr 2021 etwa 5.000 tongaische Saisonarbeiter*innen im Land auf.

Das Problem hat sich durch die Vulkan- und Tsunami-Katastrophe vom 15. Januar in Tonga und den jüngsten Ausbruch der Omicron-Variante noch verschärft.

„Die Abriegelung in Tonga hat ihre Situation nicht verbessert. Die meisten von ihnen sitzen schon seit zwei Jahren hier fest“, so Maile.

Ein Sprecher der Gewerkschaft in Vanuatu äußerte sich ebenso zufrieden über die Lohnerhöhung für die Saisonarbeitskräfte, die überwiegend im Obstbau und in der Landarbeit tätig sind. (RNZ 15.02.22)

Neue Botschafterin für Vanuatu

Heidi Bootle wurde im Januar zur neuen australischen Botschafterin für Vanuatu ernannt. Sie ist Nachfolgerin von Sarah de Zoeten, die das Amt seit 2019 innehatte.

Bootle ist eine hochrangige Beamtin im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Handel (DFAT) und war zuletzt stellvertretende Sekretärin in der Abteilung für pazifische Partnerschaften und Entwicklung. Zuvor war sie im Ausland in Nouméa (Neukaledonien), Honiara (Salomonen) und Paris tätig. In Canberra war sie leitende Beraterin des Außenministers und bekleidete mehrere Führungspositionen im DFAT, die mit

pazifischen und regionalen Fragen zu tun hatten.

Sie hat einen Bachelor of Commerce von der *University of Tasmania* und ein Diplom in Außenpolitik und Handel von der *Australian National University*. (Pressemitteilung DFAT 31.01.22)

Italienische Botschafterin stirbt bei Balkonsturz

Die italienische Botschafterin in Australien, Francesca Tardioli, ist nach einem Sturz von einem Balkon in ihrer Heimatstadt Foligno in der Region Umbrien (Italien) am 19. Februar gestorben. Sie war dort auf Heimaturlaub.

Berichten zufolge wurde die 56-jährige Botschafterin Tardioli tot vor ihrem Haus aufgefunden, nachdem sie offenbar aus dem dritten Stock gestürzt war. Der Vorfall wird derzeit von der italienischen Polizei untersucht.

„Sie soll das Gleichgewicht verloren haben, als sie sich über ihren Balkon lehnte“, berichtete die italienische Nachrichtenagentur AGI. Auch ein Suizid wird nicht ausgeschlossen.

Tardioli, die zwei Kinder im Alter von 27 und 24 Jahren hinterlässt, hatte sich einige Tage in Foligno aufgehalten, nachdem sie an einem Treffen des italienischen Präsidenten Mattarella mit anderen Botschaftern zum Abschluss des ersten Teils ihrer siebenjährigen Amtszeit teilgenommen hatte. Sie sollte in Kürze nach Canberra zurückkehren. Tardioli, die seit September 2019 das Amt der Botschafterin für Australien innehatte, sprach fließend Englisch und Französisch und hatte gute Kenntnisse in Deutsch und Spanisch. Sie war 1991 in den nationalen diplomatischen Dienst Italiens eingetreten. (*Corriere della Sera* 20.02.22, *The Guardian* 20.02.22)

SPORT

Gold für Neuseeland bei den olympischen Winterspielen

China: Bei den olympischen Winterspielen in Peking hat es die Neuseeländerin Zoi Sadowsky-Synnott zum ersten Mal geschafft, ihrem Land eine Goldmedaille einzubringen. Die 20-jährige Snowboarderin hat in der Slopestyle-Disziplin den ersten Platz belegt. Bei dieser Art des Snowboardens geht es darum, dass die Sportler*innen über verschiedene Hindernisse springen und diese umfahren, so zum Beispiel Geländer und Rampen.

In einem spannenden finalen Rennen ist es der Athletin gelungen, Amerika in dieser Disziplin von seinem bisherigen Thron zu stoßen und Neuseeland auf Platz eins zu befördern.

Drei Jahre zuvor hatte Sadowsky-Synnott erstmals den dritten Platz für ihr Land geholt und hat sich seitdem kontinuierlich steigern können, bis hin zu den olympischen Winterspielen dieses Jahrs.

Als Reaktion auf ihren Sieg hat sie auf ihrem Instagram-Kanal lediglich mit den Worten „*What the F*ck*“ reagieren können. „*Ich habe versucht, letzte Nacht darüber nachzudenken, was es bedeuten würde, wenn ich tatsächlich gewinnen und mit Gold rausgehen würde und ganz ehrlich: es fühlt sich schon ziemlich surreal an.*“

So hat die 20-Jährige ihren Sieg beschrieben, nachdem sie ihre letzte Runde mit der Gold-Medaille beendet hatte.

Auch ihr Vater hat seinen Stolz noch vor der Kamera zum Ausdruck gebracht: „*Es ist einfach verdammt aufregend Das war einfach unglaublich.*“ Zu guter Letzt hat auch noch der Premierminister von Neuseeland Grant Robertson seinen Stolz gegenüber Sadowsky-Synnott ausgesprochen und ihr im Namen seines Landes gratuliert. (Artikel von Jakob Renner. FAZ, The Guardian 01.03.22)

Box-Verband wählt neuen Präsidenten

Pazifik: Seit Dienstag, den 17. Februar 2022 hat der Ozeanische Box-Verband (*Oceania Boxing Federation*, OCBC) einen neuen Präsidenten: Tauhiti Nena. Der 51-Jährige stammt aus Französisch-Polynesien und wird den Australier Ted Tanner in seiner bisherigen Funktion ersetzen. Tenner hat das Amt insgesamt 23 Jahre geführt, nachdem er bereits Vizepräsident der OCBC gewesen war. Sein Nachfolger Nena ist ebenfalls seit einiger Zeit in die Boxerszene involviert und hat außerdem auch einige politische Ämter bekleidet, u.a. war er Minister für Bildung, Jugend und Sport von Französisch-Polynesien. Er ist ebenfalls Präsident des französisch-polynesischen Box-Komitees gewesen und hat selbst einige Jahre als Boxer und Coach verbracht.

Nach seiner Wahl zum Präsidenten hat ihm unter anderem Umar Kremlev, der Präsident des Internationalen Boxverbandes (IBA), gratuliert und ihm seine Mithilfe bei den Pazifischen Spielen nächstes Jahr zugesichert. Außerdem deutete Kremlev sein Vorhaben an, eine neue IBA-Akademie in Fidschi zu eröffnen. (Artikel von Jakob Renner. inside the games 02.03.22)

Rugby-Spieler spielt trotz Verurteilung

Fidschi: Die Teilnahme des früheren fidschianischen Rugby-Stars Amenoni Nasilasila an einem Rugby-Turnier in der fidschianischen Stadt Nadi hat im Februar heftige Proteste von Frauenorganisationen, aber auch Kritik seitens der Regierung ausgelöst.

Nasilasila war im Jahr 2019 wegen der Vergewaltigung einer jungen Frau eigentlich zu acht Jahren Gefängnis verurteilt worden. Offensichtlich hat er für das Turnier, aber auch bereits für mehrere Trainings im vergangenen Jahr, eine Sondergenehmigung erhalten, das Gefängnis zu verlassen, um an den Sportveranstaltungen

teilzunehmen. Besondere Kritik löste dabei aus, dass er in einem Team eingesetzt wurde, das eigentlich von Beschäftigten von Justizbehörden im Land gegründet worden ist. Die Leiterin des *Fiji Women's Crisis Centre*, Shamima Ali, forderte, dass Nasilasila umgehend aus dem Team ausgeschlossen werde und sagte, dass es unglaublich sei, dass es ihm erlaubt worden sei, für eine Mannschaft von Regierungsbeamten zu spielen, die indirekt auch die Regierung repräsentiere. Auch Vertreter der Regierung schlossen sich der Kritik an. (Artikel von Oliver Hasenkamp. Radio New Zealand 21.02.22)

Chinesische Gastarbeiter angeworben

Salomonen: Die Salomonen haben die Vorbereitungen für die Pazifikspiele 2023 vorangetrieben und zusätzliche Arbeitskräfte aus China angeworben, um die durch die COVID-19-Pandemie verursachten Verzögerungen beim Bau der Sportanlagen auszugleichen. Die Arbeiter wurden vor der Einreise von der Regierung PCR-getestet, trafen Ende Januar in Honiara ein und wurden einer 14-tägigen Hotel-Quarantäne unterworfen.

Jimmie Rodgers, der Vorsitzende der Nationalen Aufnahmebehörde der Salomonen und Sekretär des Premierministers, bestätigte gegenüber der Zeitung *Solomon Times*, dass die chinesischen Gastarbeiter nach dem erfolgreichen Ausbau der benötigten Sportstätten das Land sofort wieder verlassen müssen.

„*Aufgrund der Kombination von COVID-19 und den sozialen Unruhen im November und Dezember letzten Jahres ist der Baufortschritt stark beeinträchtigt*“, erklärte Rodgers die Anwerbung der Arbeiter aus China. „*Mit der derzeitigen Belegschaft - sowohl Einheimische (derzeit mehr als 300) als auch Ausländer - werden wir nicht in der Lage sein, die Anlagen rechtzeitig für die Spiele im nächsten Jahr fertig zu stellen*“, sagte er weiter.

Nach Beendigung der Spiele sollen die errichteten Sportler-Unterkünfte an den Kukum-Campus der *Solomon Islands National University* zur Nutzung durch die Studierenden übergeben werden.

Info: Letztes Jahr hatte das staatliche chinesische Unternehmen *China Civil Engineering Construction Corporation* den Zuschlag für den Bau von sieben Großprojekten, darunter das Nationalstadion mit 10.000 Plätzen, das 53 Millionen Dollar kosten wird, erhalten.

Die *Pacific Games* sollen vom 19. November bis zum 1. Dezember 2023 ausgetragen werden. (Artikel von Julia Ratzmann. *inside the games* 16.02.22)

„TOK BILONG PASIFIK“

Hohe US-Auszeichnung für marshallesischen Arzt

Arkansas (USA): Der Allgemeinmediziner Dr. Sheldon Riklon ist mit der höchsten ärztlichen Auszeichnung der USA geehrt worden. Er erhielt 2021 den „*Dr. Edith Irby Jones Excellence in Diversity and Inclusion Lifetime Achievement Award*“.

Riklon ist auf den Marshall-Inseln geboren und aufgewachsen. Nach dem Schulabschluss zog er in nach Hawai'i, wo er 1989 an der *University of Hawai'i* in Hilo seinen Bachelor-Abschluss in Biologie machte. Er absolvierte das Imi Ho'ola Post Graduate Program an der *University of Hawaii at Manoa* und machte 1998 seinen Doktor an der *John A. Burns School of Medicine*. Nach Abschluss seiner Ausbildung zum Facharzt für Allgemein- und Familienmedizin im Jahr 2001 kehrte er auf die Marshall-Inseln zurück, wo er unter anderem als Hausarzt im Majuro-Krankenhaus tätig war, den Vorsitz des *RMI Medical Referral Committee* innehatte, dem Pharmazie- und Therapieausschuss des Majuro-Krankenhauses vor-

stand und das *Special Medical Care Program* leitete, das sich um die medizinische Versorgung der strahlengeschädigten Bevölkerung auf den Inseln kümmert. 2009 kehrte er nach Hawai'i zurück und war Mitglied des Lehrkörpers der Abteilung für Familienmedizin und Community Health der University of Hawai'i.

Dr. Riklon engagiert sich aktiv für die Gesundheit der Marshalliesen und die anderen mikronesischen Bevölkerungsgruppen in Hawai'i. Er gehört zu den Gründungsmitgliedern der *Micronesian Health Advisory Coalition* und ist ein aktives Mitglied des *Compact of Free Association - Community Leadership and Advocacy Network*.

Dr. Riklon ist derzeit außerordentlicher Professor in der Abteilung für Familien- und Präventivmedizin und Co-Leiter im Büro für Gesundheit und Forschung an der *University of Arkansas for Medical Sciences (UAMS)*. Er ist der erste Inhaber des Peter O. Kohler-Stiftungslehrstuhls für Gesundheitsdisparitäten am UAMS-Campus. Außerdem arbeitet er als Hausarzt an der Community Clinic in Springdale, die eine große Zahl von Patienten aus den Marshall-Inseln und unterversorgte Bevölkerungsgruppen im Nordwesten von Arkansas betreut.

Dr. Riklons Forschungsarbeiten befassen sich mit kulturell kompetenter Gesundheitsforschung, Gesundheitsdiensten und Palliativmedizin für indigene Pazifikinsulaner*innen. Dr. Riklon hat sich auch für die Schaffung von gesundheitlicher Chancengleichheit für in den USA lebende Pazifikinsulaner*innen eingesetzt. Zu den laufenden Forschungsarbeiten an der UAMS gehören die Intensivierung der patientenzentrierten Forschung mit unterrepräsentierten pazifischen Bevölkerungsgruppen, ein Familienmodell für die Diabetes-Selbsthilfeausbildung zur Verringerung von Ungleichheiten und die Verbesserung des Zugangs der Marshalliesen zu gesunden Lebensmitteln und kulturell kompetenten Gesundheitsdiensten.

In seiner Freizeit hört er gerne marshallische Musik, arbeitet im Garten und verbringt Zeit mit seiner Frau Lynda, seinen Kindern und Enkelkindern.

(<https://www.pacificleaders.com/sheldon-riklon-md/>, *Marshall Islands Journal* 04.02.22)

Minister aus Tuvalu für Nobelpreis nominiert

Tuvalu: Der norwegische Politiker Guri Melby (Liberal Party) hat den tuvaluischen Minister Simon Kofe für den diesjährigen Friedensnobelpreis nominiert. Kofe ist Justizminister, Außenminister und Kommunikationsminister der polynesischen Insel mit ihren rund 12.000 Einwohner*innen. Tuvalu ist eine parlamentarische Monarchie und Mitglied des britischen *Commonwealth of Nations*.

Minister Kofe war zu einiger medialer Berühmtheit gelangt, als er während der UN-Klimakonferenz COP 26 im schottischen Glasgow im November vergangenen Jahres ein Video hoch lud, das ihn in formeller Kleidung knietief im Wasser stehend zeigt. Mit dem Video wollte Kofe auf die existentielle Bedrohung der niedrig gelegenen Insel durch den Anstieg des Meeresspiegels hinweisen.

Der norwegische Politiker Melby begründete seine Nominierung von Kofe für den Friedensnobelpreis damit, dass dieser und weitere pazifische Regierungsvertreter eine wichtige „Weckruf-Funktion“ für die Welt hätten. Sie könnten drastisch vor Augen führen, welche Folgen der globale Klimawandel für die Menschheit haben könnte.

Simon Kofe schloss seinen Bachelor of Laws und sein Professional Diploma in Legal Practice an der *University of the South Pacific (USP)* 2005 ab. Der Vizekanzler und Präsident der USP, Professor Pal Ahluwalia, beglückwünschte Kofe mit den Worten: „*Der Friedensnobelpreis ist eine Anerkennung für Ihre herausragenden Bemühungen, das Bewusstsein für die Realität des Klimawandels in Tuvalu zu schärfen. Dies ist ein*

stolzer Moment für die USP und im Namen der Universität gratuliere ich Ihnen zu Ihrer Nominierung“.

Info: Minister Simon Kofe ist nicht der erste pazifische Politiker, der für den Nobelpreis nominiert wurde. 2016 war Tony DeBrum von den Marshall-Inseln nominiert und der ehemalige Präsident von Kiribati, Aote Tong, war bereits zweimal nominiert worden.

Das norwegische Nobelkomitee, das die Preisträger auswählt, äußert sich generell nicht zu den Nominierungen und hat die Namen der Nominierten und der erfolglosen Bewerber*innen in den letzten 50 Jahren geheim gehalten.

Der Preisträger/die Preisträgerin des Jahres 2022 wird im Oktober bekannt gegeben.

(Solomon Times 07.02.22, Marshall Islands Journal 11.02.22)

Regierung kauft Urheberrecht an Aborigine-Flagge

Australien: Die australische Regierung hat Ende Januar das Urheberrecht an der Flagge der Aborigines erworben und damit einen langen Streit zwischen den Rechteinhabern und den Nutzern des Copyrights gelöst-

Die Flagge der Aborigines ist seit 1995 als offizielle Flagge Australiens anerkannt, sie wird von Regierungsgebäuden gehisst und von Sportvereinen benutzt.

Nach einer mit ihrem Schöpfer, dem indigenen Künstler Harold Thomas, ausgehandelten Vereinbarung kann die Flagge zukünftig ohne Genehmigung oder Zahlung einer Gebühr auf Sporthemden, Sportplätzen, Websites und Kunstwerken verwendet werden, wie die Regierung erklärte.

Thomas sagte, er habe die schwarz-gelb-rote Flagge zum ersten Mal im Jahr 1971 hergestellt, um eine Demonstration anzuführen, und sie sei zu einem Symbol der Einheit und des Stolzes der australischen Ureinwohner*innen geworden.

Die Regierung hat 20 Millionen US-Dollar an Thomas gezahlt und dafür die Lizenzen einer kleinen Anzahl von Unternehmen gelöscht.

Eine parlamentarische Untersuchung im Jahr 2020 hatte ergeben, dass der Lizenzinhaber Zahlungen von Gesundheitsorganisationen und Sportvereinen verlangt hatte. Das könnte dazu führen, dass Gemeinden die Verwendung der Flagge einstellen, um rechtliche Schritte zu vermeiden. Dies sei nicht im Sinne der Aborigines-Bevölkerung.

Prominente Aborigines, darunter die ehemalige Olympiateilnehmerin Nova Peris, hatten die „Free the Flag“-Kampagne angeführt.

Der Minister für indigene Australier, Ken Wyatt, meinte, die Flagge sei zu einem dauerhaften Symbol für die Ureinwohner geworden.

„In den letzten 50 Jahren haben wir uns das Kunstwerk von Harold Thomas zu eigen gemacht – wir sind unter der Flagge der Aborigines marschiert, haben uns dahinter gestellt und sie als Zeichen des Stolzes hochgehalten“, sagte er in einer Erklärung.

„Jetzt, da das Commonwealth das Urheberrecht besitzt, gehört es allen, und niemand kann es wegnehmen,“ zeigte er sich begeistert. *(BBC News 25.01.22)*

Mann stirbt bei Hai-Angriff

Australien: Erstmals seit über 60 Jahren ist ein Mann durch den Angriff eines drei Meter großen Weißen Hais am Strand der Little Bay in Ost-Sydney ums Leben gekommen.

Der 35-jährige Tauchlehrer Simon Nellist war in dem Dorf Ludgvan in West-Cornwall in der Nähe von Penzance (Irland) aufgewachsen, bevor er nach Australien auswanderte, wo er sich mit seiner Verlobten Jessie Ho niedergelassen hatte, die er demnächst heiraten wollte.

Der ehemalige Ingenieur der britischen *Royal Air Force*, der zwei Einsätze in Afghanistan überlebte, war ein *„stolzer Einwohner Corn-*

walls“ und ein *„sehr talentierter Fotograf“*, so die Familie gegenüber der Presse.

Nellist schwamm regelmäßig am Strand von Little Bay und hatte dort für ein Wohltätigkeitsschwimmen trainiert, als er von dem Hai angegriffen und getötet wurde.

Info: Tödliche Haiangriffe sind in Sydney selten, da es in den Gewässern verschiedene Abschreckungsmaßnahmen, darunter Netze, gibt. Der letzte tödliche Haiangriff in Sydney soll im Jahr 1963 stattgefunden haben.

Aus Respekt für das Opfer wurde das *Murray Rose Malabar Magic Ocean Swim*, das ursprünglich für den 20. Februar geplant war, abgesagt. *(The Guardian 19.02.22, <https://people.com/human-interest/fatal-sydney-shark-attack-victim-identified-simon-nellist/>)*

Luxusreisen für Super-Reiche

Kanada: Die internationale Luxushotelkette *Four Seasons Hotels and Resorts* hat ihr Portfolio an Privatjet-Reisen für das Jahr 2023 um weitere drei Reiseziele erweitert. Zu den neuen Routen gehören Aufenthalte in der Antarktis, auf der Osterinsel und am Great Barrier Reef (Australien).

Christian Clerc, Präsident von *Four Seasons*, erklärte: *„Unser Privatjet-Angebot stößt weltweit auf großes Interesse bei Reisenden, die ihr nächstes Abenteuer wirklich außergewöhnlich gestalten wollen.“*

Four Seasons bietet für das Jahr 2023 jetzt sieben Reisen im Privatjet an. Das Flugzeug vom Typ A321neo-LR wurde nach den genauen Vorgaben von *Four Seasons* und unter Mitwirkung früherer Passagiere vollständig umgebaut. Es gibt 48 Plätze in der Kabine. Die Passagiere genießen einen Rund-um-die-Uhr-Service mit einem Concierge, einem Chefkoch und einem Bordarzt.

An den Zielorten werden die zahlungskräftigen Passagiere in Luxusunterkünften beherbergt, die

eigens von *Four Season* ausgewählt wurden.

Info: **Hier** können die Luxusreisen im Privatjet gebucht werden. <https://www.fourseasons.com/privatjet/>.

Die meisten Stopps im Pazifik (Osterinsel, Bora Bora, Great Barrier Reef und Bangkok) verspricht die Reise „Ancient Explorer“ vom 16. August bis zum 8. September 2023.

(Globetrender 27.01.22, www.fourseasons.com)

IM MEMORIAM

† Atomtestopfer Nerje Joseph

Marshall-Inseln: Eine der letzten Zeitzeuginnen der Bravo-Bombe auf dem Bikini-Atoll, die Rongelapesin Nerje Joseph, ist jetzt im Alter von 74 Jahren im Krankenhaus von Majuro (Marshall-Inseln) gestorben.

Als die US-amerikanische Wasserstoffbombe „Bravo“ am 1. März 1954 über Bikini explodierte, erreichten die Fallwinde mit radioaktiver Asche auch das 160 Kilometer entfernte Atoll Rongelap mit seinen 64 Bewohner*innen sowie das Atoll Ailinginae mit seinen 16 Bewohner*innen. Auch das Atoll Rongerik war vom Fallout betroffen.

Die damals siebenjährige Nerje lebte auf Rongelap und wurde bestrahlt, weil sie wie die anderen Kinder mit der Asche spielte, den sie für Schnee hielt. Ihre Haut verbrannte und sie verlor ihre Haare. Später hatte sie mehrere Fehlgeburten und entwickelte Schilddrüsenkrebs. Zeit ihres Lebens litt sie an diversen gesundheitlichen Folgen der radioaktiven Verstrahlung.

Aus eigener Betroffenheit wurde Nerje Joseph deshalb zu einer überregional bekannten Aktivistin gegen Atomtests und gegen die Nutzung von Atomenergie. Aufsehen erregte vor allem das im Jahr 1954 entstandene Foto von ihr,

das sie als junges Mädchen mit kahlen Stellen am Kopf und verbrannter Haut zeigt. Bei ihren späteren Auftritten vor der Presse hielt Joseph dieses Foto stets in der Hand.

1985 verließ Joseph gemeinsam mit den anderen Bewohner*innen das Atoll Rongelap auf dem Schiff „Rainbow Warrior“ der Umweltschutzorganisation Greenpeace. Die Umweltschützer hatten die Bewohner*innen auf deren eigenen Wunsch hin von dem stark radioaktiv verstrahlten Atoll evakuiert. Nerje Joseph ging ins Exil nach Majuro, andere Rongelapesen siedelten sich auf den Atollen Ebeje und Kwajalein an.

Nerje Joseph verbrachte in ihren letzten Lebensjahren viel Zeit vor dem Bürogebäude des *Rongelap Atoll Local Government* in Majuro. Hier verwies sie Besucher*innen an die richtigen Ansprechpartner und hielt ein Schwätzchen mit Passanten. Im Gespräch mit Journalist*innen betonte Joseph mehrfach, wie sehr sie ihre Heimat Rongelap vermisse und wie sehr sie sich psychisch eingeschränkt fühle auf einem Atoll zu leben, das nicht ihr Heimatatoll sei.

Mehrere Journalist*innen interviewten sie für ihre (auch wissenschaftlichen) Publikationen zu den Folgen der Atomtests auf den Marshall-Inseln. Noch im Januar 2020, kurz vor dem ersten Corona-Lockdown, wurde sie für die einstündige Dokumentation „The final years of Majuro“ des Filmemachers Sam Denby und der Ko-Produzentin Karen Earnshaw interviewt.

Info: Diese Dokumentation kann man sich **hier** anschauen: <https://www.infommarshallislands.com/the-final-years-of-majuro> (Marshall Islands Journal 07.01.22, <https://www.civilbeat.org/2015/10/health-care-migration-is-often-a-matter-of-survival/day4-nerje-joseph/>)

† Historiker Brij Vilash Lal

Australien: Am 25. Dezember 2021 verstarb in Brisbane (Australien) im Alter von 69 Jahren der indisch-fidschianische Historiker Brij Vilash Lal.

Lal wurde am 21. August 1952 in Tabia, Labasa auf der nördlichen Insel Vanua Levu (Fidschi) als Sohn von Analphabeten geboren. Sein Großvater väterlicherseits war ein nordindischer Zuckerrohrbauer aus dem indischen Uttar Pradesh, der als „girmitya“ bekannt war - der Schwerpunkt von Lals frühen akademischen Forschungen. Er schloss ein Grundstudium in Geschichte an der *University of the South Pacific* ab und erwarb einen MA (1976) an der *University of British Columbia* sowie einen PhD (1980) an der *Australian National University*.

Lal war von 1990 bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2015 Professor für pazifische und asiatische Geschichte an der *School of Culture, History and Language* der *Australian National University*. Zuvor lehrte er von 1983 bis 1990 an der *University of Hawai'i* in Manoa, außerdem an der *University of the South Pacific* in Suva und an der *University of Papua New Guinea*. Außerdem war er Leiter des Zentrums für Diasporastudien an der *University of Fiji*.

Zu seinen zahlreichen Büchern gehört auch die Autobiografie „Mr. Tulsis Store: A Fijian Journey“ (2001), das 2002 mit dem Kiriya-Preis in San Francisco als „bemerkenswertes“ Buch ausgezeichnet wurde. Zudem schrieb er „Chalo Jahaji: On a journey through indenture in Fiji“ (2000) und war Herausgeber von „Bittersweet: The Indo-Fijian Experience“ (2004). Lal war Herausgeber des *Journal of Pacific History* und Gründungsredakteur der Literaturzeitschrift *Conversations*.

1996 wurde er zum *Fellow der Australian Academy of the Humanities* gewählt. Am 1. Januar 2001 wurde er mit der Australian Centenary Medal „für Verdienste um die australische Gesellschaft und die Geisteswissenschaften im

Bereich der pazifischen Geschichte" ausgezeichnet.

1998 wurde er zum Officer of the Order of Fiji ernannt, nachdem er 1995 im Ausschuss zur Überprüfung der fidschianischen Verfassung mitgearbeitet hatte.

Im Rahmen der *Queen's Birthday Honours* (Australien) 2015 wurde Lal zum Mitglied des *Order of Australia* ernannt, „für bedeutende Verdienste um die Bildung durch die Bewahrung und Lehre der pazifischen Geschichte als Wissenschaftler, Autor und Kommentator“.

Er wurde vom Fidschi-Millenniumskomitee für seine herausragenden wissenschaftlichen Leistungen geehrt und als eine der siebzig Personen genannt, die die Geschichte Fidschis im 20. Jahrhundert geprägt haben.

In den 1990er Jahren war Lal als Kandidat des Oppositionsführers Jai Ram Reddy Mitglied der dreiköpfigen Kommission zur Überprüfung der Verfassung, deren Arbeit 1997-1998 in der Verabschiedung der aktuellen fidschianischen Verfassung gipfelte.

Lal verurteilte den Militärputsch, durch den die Regierung von Premierminister Laisenia Qarase am 5. Dezember 2006 gestürzt wurde.

Im November 2009 sprach er in einem Interview mit *Radio New Zealand* über die anhaltende politische Situation in Fidschi nach der Ausweisung der Hohen Kommissare Australiens und Neuseelands. Kurze Zeit später wurde er in Gewahrsam genommen und zu seinen Äußerungen befragt. Während des Verhörs berichtete Lal, dass er beschimpft und aufgefordert wurde, das Land innerhalb von 24 Stunden zu verlassen, was er auch tat. Lal hat später klargestellt, dass er ausgewiesen und nicht abgeschoben wurde.

Im März 2015 verkündete der damalige fidschianische Verteidigungsminister Timoci Natuva, dass Lal auf unbestimmte Zeit nicht nach Fidschi zurückkehren dürfe, da seine Äußerungen „dem Frieden, der öffentlichen Sicher-

heit, der öffentlichen Ordnung und der Sicherheit der Regierung von Fidschi abträglich“ seien.

Lal starb jetzt friedlich im Schlaf in Brisbane im Beisein seiner Ehefrau, der Historikerin Padma Narsey Lal, die man ebenfalls aus Fidschi ausgewiesen hatte und die mit ihm ins australische Exil gegangen war.

(*The Wire* 27.12.21, Wikipedia, <https://devpolicy.org/tribute-to-brij-lal-20220121/>, <https://researchprofiles.anu.edu.au/en/persons/brij-lal>)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

[Kirchliche Nachrichten von Jakob Renner, FSJ'ler in der Pazifik-Infostelle.]

AUS PAPUA-NEUGUINEA

ELC-PNG

Lutherische Universität genehmigt

Das Balob Teachers College, die Lutherische Krankenpflegeschule (Lutheran School of Nursing) und das Martin-Luther-Seminar werden zur Lutherischen Universität von PNG zusammengefasst. Das erklärte der Vorsitzende des Rates des *Lutheran Institute of Higher Learning*, Dr. Eric Kwa, am 24. Februar 2022. An diesem Tag war im Parlament in Port Moresby das Gesetz zur Schaffung dieser evangelischen Universität (*Lutheran University of Papua New Guinea Bill 2022*) mit großer Mehrheit verabschiedet worden.

Dr. Kwa sagte, dass der Rat seit dem Jahr 2012 mit dem Ministerium für Hochschulbildung, Forschung, Wissenschaft und Technologie zusammengearbeitet habe, um alle Anforderungen an die Gründung einer Universität in Lae zu erfüllen. Besonders wichtig war hier die Akkreditierung der *Lutheran School of Nursing* als offizielle Krankenpflegeausbildungseinrichtung. Die Krankenpflegeschule er-

hielt Anfang des Jahres das ersehnte Zertifikat des *Lutheran Institute of Higher Learning* und darf nun Diplom- und Abschlusskurse anbieten.

Der Rat warte jetzt noch auf die von der Regierung zugesagten fünf Millionen Kina, um den Prozess der Akkreditierung in den beiden anderen Einrichtungen (Balob Teachers College und Martin Luther Seminary) einzuleiten, erklärte Dr. Kwa weiter.

„Die Verleihung des Universitätszertifikats und die Verabschiedung des Gesetzes sind ein großer Impuls für unsere Kirche und wir hoffen, dass wir damit mehr zur Entwicklung in diesem Land beitragen können,“ äußerte sich Kwa weiter. (*Loop PNG* 05.03.22, Facebook-Seite der LUPNG)

Todesstrafe abgeschafft

Am Rande der 33. Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Papua-Neuguinea (ELC-PNG) erklärte Premierminister James Marape die Abschaffung der Todesstrafe in Papua-Neuguinea. Marape sagte bei seiner Ansprache vor den Synodalen, dass PNG eine christliche Nation sei und die Todesstrafe nicht mehr angebracht sei. Die zum Tode Verurteilten sollen stattdessen eine lebenslange Haftstrafe ohne die Möglichkeit auf Bewährung verbüßen.

Der neuguineische Justizminister Bryan Kramer hatte bereits letztes Jahr angekündigt, die Todesstrafe überprüfen zu wollen.

Der Beauftragte für den Strafvollzug, Stephen Pokanis, erklärte gegenüber der lokalen Zeitung „*The National*“, dass 14 Insassen des Bomana-Gefängnisses in Port Moresby in der Todeszelle sitzen, während es auch in anderen Gefängnissen des Landes Insassen in der Todeszelle gibt.

Info: Die Todesstrafe wurde 1970 abgeschafft, als PNG vor der Unabhängigkeit 1975 unter australischer Verwaltung stand, aber 1991 wurde sie von der Regierung PNGs für das Verbrechen des

„vorsätzlichen Mordes“ erneut eingeführt.

Seitdem gibt es de facto ein Moratorium für die Todesstrafe. Seit 1954 hat es in PNG keine Hinrichtungen mehr gegeben. (*The National* 12.01.22)

Lutheran Shipping-Schiff auf Grund gelaufen

Anfang März ist das Passagierschiff *MV Ialibu* der Reederei *Lutheran Shipping*, das von IROK Services betrieben wird, am Strand von Kampalap auf der Insel Siassi in der Provinz Morobe auf Grund gelaufen. An Bord des Schiffes befanden sich 140 Passagiere und 13 Besatzungsmitglieder. Die Passagiere blieben unverletzt und wurden – zusammen mit ausreichend Lebensmitteln und Wasser – auf die Insel Siassi evakuiert, während die Besatzung an Bord blieb. Von Siassi aus werden die Passagiere auf Beibooten auf die *MV Momase*, ein zweites Passagierschiff der *Lutheran Shipping*, mit Ziel Kimbe und Rabaul gebracht.

Der Leiter der Nationalen Behörde für die Sicherheit des Seeverkehrs (NMSA), Paul Unas, sagte, dass die *MV Ialibu* bis zur Überprüfung ihres seetüchtigen Zustands auf Siassi festgehalten werde.

„Die NMSA hat zwei parallele Untersuchungen des Vorfalls eingeleitet. Die eine wurde von der Abteilung für Schiffsbesichtigung und -inspektion aus behördlicher Sicht durchgeführt, die zweite von unseren Untersuchungsbeamten für Seeunfälle.“ erklärte Unas. (*Post-Courier* 07.03.22)

RÖM.-KATH. KIRCHE

Förderung der Frauen in Port Moresby

In der Hauptstadt Port Moresby (Papua-Neuguinea) setzen sich die „Töchter der Makellosen Jungfrau Maria“ (Engl. *Daughters of Mary Immaculate Sisters*, DMI) speziell für die Förderung von

Frauen und deren Familien ein. Dazu bietet die Schwesternschaft diverse Bildungsmöglichkeiten an, die Frauen in verschiedenen Lebensbereichen weiterbringen sollen. Dazu gehören u.a. Workshops zur richtigen Geldanlage und zum Thema Buchhaltung. Aber auch das geistige und soziale Wohl der Frauen soll gestärkt werden. Selbsthilfegruppen sollen dabei helfen, den Frauen einen Austausch untereinander zu ermöglichen. In diesen Gruppen liegt der Fokus auch auf der Beziehung der Frauen zu Gott. Die Ordensfrauen benutzen dazu Rosenkränze, die beim Gebet helfen sollen und vom katholischen Erzbischof von Port Moresby gesegnet worden sind. Ein weiterer Schritt zur Frauenförderung ist die Eröffnung eines „Skill Centers“, also eines Bildungszentrums, an dem Frauen, ähnlich wie an einer Schule bestimmte Fähigkeiten in ökonomischen, sozialen und spirituellen Bereichen erwerben können.

Durch die Förderprogramme und auch durch materielle Spenden, wie etwa Lebensmittel, ist es den Schwestern in den letzten Jahren erfolgreich gelungen, die Lebensverhältnisse der Frauen in Port Moresby und auch die Verhältnisse innerhalb der Familien zu verbessern und zu stärken. (*The Catholic Reporter*, *agenzia fides* 15.02.22)

„House of Hope“ gegründet

Leider kommt es in Papua-Neuguinea immer wieder zu dem Phänomen, dass vor allem Frauen verfolgt und der Hexerei beschuldigt werden. Die betroffenen Frauen sind dann meistens gezwungen, ihr Heimatdorf

zu verlassen und vor Gewalt und Misshandlung zu fliehen. Die Vereinten Nationen gehen jährlich von ungefähr 200 Todesfällen in Zusammenhang mit Hexenverfolgungen aus. Um den Opfern, die zusammen mit ihren Familien oftmals nur schwer anderswo Zuflucht finden, zu helfen, hat die katholische Ordensschwester Lorena Jenal einen Ort ins Leben gerufen, der sich „House of Hope“ nennt. Seit letztem Jahr nimmt Sister Lo-

rena zusammen mit einem lokalen Team Flüchtige auf und bietet den Frauen und Kindern Schutz im Frauenhaus der Diözese Mendi. Im Jahr 2021 ist es ihr gelungen, insgesamt 22 Frauen zu retten und ihnen im „House of Hope“ eine neue Lebensperspektive zu schenken.

Das Ziel des Projektes ist es, den geflüchteten Frauen einen ganzheitlichen Heilungsprozess zu ermöglichen und sie, sofern es geht, wieder in ihr normales Leben zurückzuführen. Dazu arbeitet das Team um Sister Lorena zusammen mit den Gemeinden und der Kirche. Das „House of Hope“ ist in die örtliche Kirchengemeinde Pomberel Parish mit integriert, um den Anschluss an das öffentliche Leben zu erleichtern. Die Bewohnerinnen des Hauses lernen Stück für Stück wieder, sich im Alltag zurechtzufinden, mithilfe eines gemeinsamen Tages- und Wochenablaufs, der Dinge wie Waschen, Kochen, Gartenarbeiten, aber auch kreative und gruppenfördernde Aktivitäten, wie das Singen oder den Sport beinhaltet. Dadurch gehen die Frauen nicht nur einen Schritt in ihr altes Leben zurück, sondern es gelingt Sr. Lorena auch, das Haus ein Stück finanziell unabhängiger zu machen durch den Anbau und den Verkauf von Lebensmitteln aus dem Garten.

Aber die Aufmerksamkeit liegt ebenso auf den Familien der Betroffenen. Denn eine ganzheitliche Erholung der psychischen Gesundheit ist nur möglich, wenn auch die Kinder und Partner der Frauen mit in den Prozess einbezogen werden, so die engagierte Schwester, deren Projekt vom deutschen katholischen Hilfswerk MISSIO finanziell und personell unterstützt wird. (*Catholic Reporter*, *Spiegel*, *missio.de*, *agiamondo.de* 23.02.22)

Niemals die Hoffnung aufgeben

Schwester Theresa ist gebürtige Vietnamesin und hat acht Jahre ihres Lebens als Missionarin der Salesianer in Papua-Neuguinea verbracht. Nachdem sie seit 2018 wieder aus Papua ausgewandert ist,

erzählt sie beeindruckt von der Reise, auf die sie Gott geschickt hat, insbesondere auch im Hinblick auf den Tod ihrer Mutter.

„Was ich allein nicht schaffen konnte, das hat Gott für mich gemacht.“ Mit diesem Satz beschreibt sie eindrücklich, die Jahre in und nach ihrer Zeit in Papua-Neuguinea. Dort durfte sie erfahren, was es heißt, Gottes Botschaft weiterzutragen und jungen Menschen mitzugeben.

Ein weiterer bedeutender Punkt für Schwester Theresa, an dem sie die Fürsorge Gottes erfahren hat, war der Tod ihrer Mutter. Als sie während der Covid-19 Pandemie zu Hause bleiben musste und deshalb auf ihre kranke Mutter aufgepasst hat, hat sie erfahren, dass diese seit langer Zeit für ihre Tochter gebetet hatte, damit diese zu einer „women of love“ (dt. „Frau der Liebe“) werden würde, genau wie ihre Namensvetterin Mutter Theresa. Der Glaube ihrer Mutter beeindruckte Schwester Theresa enorm. „Das enorme Vertrauen, das sie in Gott hatte, [...] ermöglichte es ihr, viele schwere Aufgaben im Leben zu meistern“. Diese positive Ausstrahlung ist auch deutlich geworden, als der Vater von Schwester Theresa im Gefängnis gewesen ist und sich ihre Mutter alleine um die Familie gekümmert hat.

Man dürfe die Hoffnung nicht aufgeben und Gott in sein Leben lassen, so die vietnamesische Ordensschwester. „Es ist nicht einfach, wirklich jeden Tag nach diesem Motto zu leben, [...] aber ich habe einen sehr guten Freund gefunden, der mir geholfen hat, über meine Grenzen hinaus zu wachsen und mit ehrlichen und vertrauensvollen Gebeten habe ich [...] eine bedingungslose Liebe in mir gespürt. Und dieser Freund heißt Jesus.“ (Salesian Bulletin 17.02.22)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Brief der Ermutigung

Tonga: Nach dem unterseeischen Vulkanausbruch am 15. Januar bei Tonga, der Tsunamiwellen, Über-

schwemmungen und Ascheregen auslöste, hat der erste Präsident der Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage am 21. Januar einen Brief der Liebe und Ermutigung an die Mitglieder der Religionsgemeinschaft veröffentlicht.

„Wie sehr wir Sie lieben!“, heißt es in dem Brief. „Euer tiefer und beständiger Glaube an unseren himmlischen Vater und seinen geliebten Sohn Jesus Christus ist auf der ganzen Welt bekannt und wird bewundert.“

Der Brief übermittelte Hoffnung und Gebete für betroffene Familien und die Kirchengemeinden und versprach Unterstützung bei den Wiederherstellungs- und Wiederaufbaubemühungen in den kommenden Monaten. Er wurde von Präsident Russell M. Nelson und seinen Beratern, Präsident Dallin H. Oaks und Präsident Henry B. Eyring, unterzeichnet.

„Wir beten, dass der Herr Segen über jeden von Ihnen ausgießt, dass Ihre Herzen beruhigt und gestärkt werden, dass Ihre Familien und Häuser wiederhergestellt werden und dass Ihre Gemeinden wieder friedlich und schön sind“, heißt es in dem Schreiben. (Deseret News 21.01.22)

„World Youth Day“

Salomonen: „Holy, Formed and Sent for Service“ (dt.: „Heilig, berufen und gesandt für den Gottesdienst“): Das war das Motto des Welt-Jugend-Tags, der vom 2. bis zum 5. Dezember 2021 auf den Salomonen begangen worden ist. In dieser Zeit haben sich am „Don Bosco Rural Technical Centre Tere“ (DBRTC) 450 Jugendliche versammelt, um das viertägige Programm gemeinsam erleben zu können. Geleitet wurde die Veranstaltung von Pfarrer Robinson, dem Rektor des DBRTC und Pfarrer der Gemeinde „Christ the King“ (dt.: „Christus der König“). Er hatte vor allem den Blick auf die Jugendlichen, als Nachwuchs der Gemeinde und Stütze der Kirche geworfen: „Wenn die Jugend die-

ser Generation fällt, dann fällt auch die Menschheit; wenn aber die Jugend sich erhebt, erhebt sich auch die Menschheit. Ihr als junge Menschen seid das Rückgrat der Kirche.“ Mit diesen Worten hat der Pfarrer die jungen Anwesenden dazu aufgefordert, sich in der Kirchengemeinde zu engagieren und ihnen die Aufgabe vor Augen geführt, der Kirche als Ganzes neue Lebendigkeit und Lebenskraft zu geben.

Auf den geistigen Input erfolgten am letzten Abend des Welt-Jugend-Tags verschiedene interaktive Angebote, wie Spiele oder musikalische Angebote, verpackt in eine Art Talentshow. Dieser Abend beinhaltete diverse Dramen, Tänze und Songs aus unterschiedlichen Gemeinden auf den Salomonen. (Church Alive, Facebook-Seite der „Catholic Bishops Conference of Papua New Guinea and Solomon Islands“, agenzia fides 01.03.22)

Neuer Seemannspastor

Singapur: Die Stelle der Lutherischen Seemannsmission in Singapur ist wieder besetzt. Im Rahmen eines Gottesdiensts in der Kronacher Christuskirche wurde Andreas Latz von Mission Eine-Welt dorthin entsendet. Der Theologe ist Nachfolger von Diakon Mike Hofmann und dessen Frau Isabella La Marca, die Anfang 2021 in den Ruhestand gingen.

Neben der Arbeit mit den Seeleuten, deren Schiffe am gigantischen Containerhafen in Singapur anlegen, ist auch der Einsatz für die oft unter katastrophalen Bedingungen arbeitenden Besatzungen der Fischtrawler ein Element in der Arbeit für die International Lutheran Seafarers' Mission (ILSM). Dafür wurde im Fischereihafen ein kleines Zentrum eingerichtet.

Latz reiste am 7. März von Frankfurt aus nach Singapur. Der 59-Jährige bringt jede Menge internationaler Erfahrung mit. Seit September 2018 war er Leiter der Deutschen Seemannsmission Hannover mit Dienstsitz in Bremerhaven, zuvor war er u.a. in Sizilien im Einsatz. (Pressemeldung Homepage Mission-EineWelt 01.03.22)

Weltkirchenrat-Interview zur Menschenrechtssituation

Schweiz: In einem Videointerview spricht Peter Prove, der Direktor für internationale Angelegenheiten des Weltkirchenrates (Genf), über die Menschenrechte und die humanitäre Lage in Westpapua.

Westpapua ist seit langem ein Schwerpunkt der Sorge des Weltkirchenrates. In dem jüngsten Interview weist Prove darauf hin, dass die Besorgnis um die indigene Papua-Bevölkerung dieser Provinzen zunimmt *„aufgrund der anhaltenden und ziemlich ernststen Menschenrechts- und humanitären Situation in der Region, die die indonesische Regierung offen gesagt nicht angegangen und korrigiert hat“*.

Unter Hinweis auf die Geschichte des so genannten – und immer noch umstrittenen – „Act of Free Choice“, durch den Westpapua 1969 zu einem Teil des indonesischen Staatsgebietes wurde, stellt Prove fest, dass Jakartas Versäumnis, seine Versprechen gegenüber dem papuanischen Volk zu erfüllen, zu einem verstärkten lokalen Widerstand gegen die indonesische Herrschaft geführt hat. *„Was wir über Jahrzehnte hinweg gesehen haben, ist ein sehr hohes Maß an Menschenrechtsverletzungen“*, darunter außergerichtliche Tötungen, Verweigerung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit und viele andere Verstöße, so Prove.

Während der COVID-19-Pandemie *„haben die schweren Menschenrechtsverletzungen sogar zugenommen“*, so Prove.

Der Weltkirchenrat und seine Partner arbeiten gemeinsam an der Überwachung der bürgerlichen und politischen Rechte sowie der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte in der Region. Die zunehmende Militarisierung (...) hat die Situation verschärft, trotz der Versprechungen eines Dialogs mit der indigenen Bevölkerung Papuas, sagt Prove: *„Diese Versprechungen wurden auf politischer Ebene gemacht, aber nicht eingelöst“*, sagte er. Die Gewalt

gegen friedliche Demonstranten sei eskaliert. *„Viele der Tötungen, Verletzungen und das gewaltsame Verschwindenlassen von Menschen sind eine Reaktion auf solche Proteste“*, so Prove, der das brutale Vorgehen von Militär und Polizei in Westpapua beschreibt. Darüber hinaus erhalten Menschen, die aus den vom Konflikt betroffenen Gebieten fliehen, von den nationalen Behörden nicht die Hilfe, die sie benötigen, und internationalen humanitären Organisationen wird nur wenig oder gar kein Zugang zu dem Gebiet gewährt, fügte Prove hinzu.

„Die indonesischen Behörden müssen sich unbedingt mit der seit langem bestehenden, anhaltenden und eskalierenden Menschenrechtskrise in der Region befassen“, so Prove abschließend.

Das Video-Interview ist **hier** kostenlos abrufbar:

<https://www.youtube.com/watch?v=xZpKH1FV0wE>

(Westpapua Netzwerk online 01.02.22)

+